Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935
1925

22.10.1925 (No. 291)

Visual Library

Badischer Beobachter

Bezugspreis: Monatlich 2.60 Mk. frei ins Haus, 2.50 Mk. bei der Geschäftsstelle abgeholt, Mk. 2.60 durch die Post ohne Zustellgebühr. Einzelnummer 10 Pfg., Samstags und Sonntags 15 Pfg. Abbestellungen nur bis 20. auf den Monatsschluß. Im Falle höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises

Hauptorgan der badischen Zentrumspartei

Erscheint 7 mal wöchentlich als Morgenzeitung

Beilagen: Kunst und Wissen, Frauenrundschau, Blätter für den Familientisch, Aus der kathol. Welt, Illustrierte Tiefdruckbeilage „Sterne und Blumen". Geschäftsstelle, Redaktion und Verlag: Adlerstr. 42. Fernsprecher: Geschäftsstelle 6235, Redaktion 6236, Verlag 6237. Drahtadresse: Beobachter. Postscheckkonto: Amt Karlsruhe Nr. 4844

Anzeigenpreis: Die 9 gespaltene 30 mm breite Millimeterzeile im Anzeigenteil 10 Pfg., für Familien- und Gelegenheits-Anzeigen 6 Pfg. die 4 gespaltene 65 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 30 Pfg. Rabatt nach Tarif. — Bei zwangsweiser Eintreibung oder Konkurs kommt der Rabatt in Wegfall. Schluß der Anzeigenannahme 5½ Uhr

Nummer 291 — **Karlsruhe, Donnerstag, den 22. Oktober 1925** — **63. Jahrgang**

In Kürze

Dr. Marx sprach gestern abend vor Tausenden von begeisterten Zuhörern in Rastatt und Karlsruhe.

•

Die deutschen Ministerpräsidenten sind in Berlin zur Besprechung des Vertragswerkes von Locarno zusammengetreten.

•

Der französische Präsident Doumergue begibt sich nach London.

•

Die griechische Militärregierung ließ den Hauptort der mazedonischen Bewegung besetzen. Die griechischen Truppen haben die Grenze überschritten.

•

Im Osten droht ein Konflikt Japans gegen Rußland wegen der russischen Unterstützung der chinesischen Revolution.

•

Die Lage vor Damaskus hat sich von neuem verschärft.

„Die logische Folgerung" von Locarno

TU. London, 22. Okt. Funkspruch. „Daily News" berichten aus Paris, daß man es dort in gut unterrichteten Kreisen für gewiß ansehe, daß die logische Folgerung aus dem Locarnoer Abkommen mit Deutschland eine Neuordnung im Rheinland sein werde. Die vorgestrigen Unterhaltungen zwischen Chamberlain, Painleve und Briand seien sehr ausführlich gewesen. Das Datum der Räumung Kölns und vielleicht noch manches andere hänge von der Ausführung der im letzten Juni durch die Botschafterkonferenz genannten Bedingungen ab. Indessen gebe es Grund zu der Annahme, daß Deutschland nach Erfüllung dieser Bedingungen, insofern es eine Politik, die wirklich mit den eben geschlossenen Verträgen übereinstimme, befolge, Vergünstigungen gewährt werden würden, und nicht nur Köln geräumt werde, sondern eine allgemeine Modifikation der Besatzungsbedingungen stattfinden würde.

*

Locarno und Rußland

TU. Paris, 22. Okt. (Funkspruch.) Von den heutigen Morgenblättern bestätigt der „Quotidien", daß Tschitscherin bei Briand angefragt hat, ob ihm sein Besuch in Paris erwünscht sei. Die Antwort des französischen Außenministers wird unzweifelhaft bejahend ausfallen. Das Blatt stellt zum erstenmal ausdrücklich fest, daß auf der Konferenz von Locarno bedeutsame Erklärungen hinsichtlich Rußlands abgegeben wurden. Der genaue Wortlaut dieser Erklärungen wird an dem Tage bekannt gegeben werden, an dem man sich dazu entschließen wird, den Bericht der Vollsitzungen der Konferenz zu veröffentlichen. Auf alle Fälle hat Stresemann auf einer dieser Vollsitzungen ausdrücklich hervorgehoben, daß Deutschland durch die Unterzeichnung des Paktes und den Eintritt in den Völkerbund nicht gewillt sei, seine guten Beziehungen zu Rußland aufzugeben. Briand erklärte hierauf ausdrücklich, es sei ihm nie in den Sinn gekommen, daß die Abmachungen von Locarno als ein gegen Rußland gerichteter Pakt ausgelegt werden könnten. Vandervelde betonte seinerseits, daß seine Regierung, wenn sie auch noch nicht offizielle Beziehungen zu Sowjetrußland wieder angeknüpft habe, sie auf keinen Fall einem Pakt zustimmen werde, der auf die Einkreisung Rußlands hinziele. Wenn die Verhandlungen von Locarno dieses Ziel verfolgt hätten, so würde er an ihnen nicht teilgenommen haben. Schließlich erklärte Chamberlain, daß, wenn er auch kein Wort über den praktischen Wert der Anerkennung Sowjetrußlands durch Großbritannien, die von einer früheren Regierung vorgenommen worden sei, verlieren wolle, er doch ausdrücklich hervorheben möchte, daß Großbritannien nicht daran denke, daß der Sicherheitspakt eine Spitze gegen Rußland enthalten solle. Briand werde nicht verfehlen, so meint der „Quotidien", gelegentlich seiner Aussprache mit Tschitscherin den russischen Außenminister darauf hinzuweisen, daß für Rußland keinerlei Grund zur Beunruhigung vorliege.

*

Reise des französischen Präsidenten nach London

TU. Paris, 22. Okt. Funkspruch. Nach einer Meldung des „Journal" beabsichtigt Präsident Doumergue, sich in der nächsten Zeit nach London zu begeben. Die Reise sei dazu bestimmt, die französisch-englische Entente, die durch den Vertrag von Locarno erneut gebildet worden sei, noch stärker hervortreten zu lassen.

Lenkt die Rechte ein?

(Eigener Drahtbericht.)

J. H. **Berlin, 21. Okt.** Nachdem der Inhalt der Verträge von Locarno bekannt geworden ist, hat auch die deutschnationale Presse, im Gegensatz zu ihrer bisherigen Stellungnahme, ihre Zustimmung zu dem in Locarno Erreichten mehr oder minder deutlich ausdrücken müssen. Nach der erst krassen Ablehnung hat die deutschnationale Presse jetzt die Formel gefunden, in der sie ihren Lesern die plötzliche Meinungsänderung verständlich machen zu können glaubt. Fast übereinstimmend heißt es in der deutschnationalen Presse, daß man dem in Locarno geschaffenen Werke zustimmen könne, daß eine abschließende Beurteilung aber erst möglich sei, wenn volle Klarheit über die Rückwirkungen auf das Rheinland bestehe. Das ist genau der Standpunkt, den alle übrigen Parteien von vornherein eingenommen haben. Von den deutschnationalen Pressestimmen seien einige besonders Bemerkenswerte wiedergegeben.

Der „Berliner Lokalanzeiger", der bisher scharfe Opposition gemacht hatte, schreibt, „man könne sich vorstellen, daß man das eine oder andere Bedenken unterdrücken könnte".

Noch klarer ist die Aeußerung der parteioffiziösen „Tagespost", die „gewaltige Verbesserungen" anerkennt und zugibt, daß man „am Anfang einer neuen Epoche" stehe.

Nach diesem Wandel der deutschnationalen Presse darf man annehmen, daß die Zustimmung der Deutschnationalen zu den Verträgen ziemlich sicher ist. Die deutschnationale Reichstagsfraktion wird schon bald in ihrer Sitzung dazu Stellung nehmen. Man kann voraussehen, daß die Besprechungen im zustimmenden Sinne verlaufen werden. Allerdings hat sich im Laufe des Dienstag die Lage insofern etwas verschoben, als der Wortlaut der Ergänzungsverträge, die Frankreich mit Polen und der Tschechei in Locarno abgeschlossen hat, bekannt geworden ist. Der Inhalt dieser Verträge entspricht nicht ganz den Erwartungen, die man sich bisher in der deutschen Oeffentlichkeit darüber gemacht hatte. Man war hier der Meinung, daß die Garantie Frankreichs für die Ostschiedsverträge gänzlich gefallen sei. Der jetzt veröffentlichte Wortlaut der Ergänzungsverträge läßt aber immerhin die Schlußfolgerung zu, daß das nicht in vollem Umfange der Fall ist. Wir teilen diese Ansicht allerdings nicht, sondern meinen vielmehr, daß auch die französischen Ergänzungsverträge nur im Zusammenhang und im Geiste der Gesamtverträge von Locarno beurteilt werden können. Der Wortlaut der französischen Ergänzungsverträge ist der deutschen Delegation nicht bekannt gewesen. Sie hat die ihr von Briand angebotene Einsichtnahme abgelehnt, da sie nicht den Anschein erwecken wollte, als sei diesen Verträgen eine besondere Bedeutung zuzumessen.

Der „Berliner Lokalanzeiger" äußert sich ziemlich heftig über die Zusatzverträge Frankreichs mit den Oststaaten, und meint, die französische Ostgarantie, die durch die Vordertür entfernt war, sei durch die Hintertür in ihrer vollen Tragweite wieder da.

Die „Kreuzzeitung" erklärt, daß ihre Bedenken gegen die Abmachungen durch die Veröffentlichung der Ostverträge Frankreichs erheblich verstärkt worden seien. Der Wortlaut dieser Verträge zeige, daß Frankreich sich doch einen erheblichen Ersatz der ursprünglich von ihm geforderten Garantenreihe geschaffen habe.

Wesentlich ruhiger urteilt die „Deutsche Tageszeitung", die u. E. mit Recht erklärt, daß den Ostverträgen Frankreichs durch die übrigen Abmachungen Schranken gezogen seien.

Auffallend ist, daß auch der „Vorwärts" dieselben Bedenken hegt, wie die „Kreuzzeitung" und der „Lokalanzeiger" und erklärt, das Gleichgewicht des Vertragswerks von Locarno erleide dadurch eine empfindliche Störung.

Die „Tägliche Rundschau", die bekanntlich nahe Beziehungen zum Reichsaußenminister unterhält, sucht die aufgebauschten Bedenken mit dem Hinweis zu zerstreuen, daß man bei der Beurteilung der Ostverträge Frankreichs nicht so sehr am Buchstaben kleben darf, sondern den neu geschaffenen Verhältnissen zwischen Deutschland und Frankreich, sowie der neuen Stellung Deutschlands unter den Großmächten vertrauen müsse. Die Ostverträge Frankreichs bedeuten daher weder eine Beunruhigung noch eine Beeinträchtigung der in Locarno geschaffenen Friedensgrundlage.

Außerordentlich wichtig ist die Mitteilung der „Täglichen Rundschau", daß in Locarno von allen Seiten zugestanden worden sei, daß die durch den Versailler Vertrag geschaffenen Grenzen im Osten gänzlich unmöglich sind und weder den Interessen Deutschlands, noch den Polens offenbar gerecht werden können.

Eine Rede General Dawes'

TU. **Berlin, 22. Okt.** Funkspruch. Die B. Z. meldet: Bei einem in Chicago zu Ehren der deutschen Delegierten zur interparlamentarischen Union veranstalteten Lunch knüpfte General Dawes in seiner Ansprache an die Erklärung Dr. Wirths an, daß Deutschland den Willen habe, seine Zahlungsverpflichtungen zu erfüllen. Dawes führte weiter aus, wenn aber Deutschland zahle, könnten auch andere Schuldner Amerikas zahlen. Er beklagte den Mangel an Verständnis in der amerikanischen Oeffentlichkeit für den Dawesplan, der eine wirkliche dauernde Regelung bedeute, weil er die Zahlungen von der Leistungsfähigkeit Deutschlands abhängig mache.

*

Griechischer Vormarsch gegen Bulgarien

TU. **Athen, 22. Okt.** Der Oberbefehlshaber der griechischen Armee hat den Grenztruppen befohlen, die bulgarische Grenze zu überschreiten und die Stadt Petritsch, den Mittelpunkt der nationalen Bewegung Mazedoniens, zu besetzen.

*

Kritische Lage in Damaskus

TU. **Paris, 22. Okt.** Funkspruch. Nach Meldungen aus Beirut haben die französischen Truppen den südlichen Teil der Stadt Damaskus, in dem sich die aufständischen Drusen eingenistet hatten, mit Sturmwagen angegriffen. Die Lage sei trotz der angeblichen Waffenstreckung der Aufständischen noch sehr kritisch. Das französische Oberkommando habe das Kriegsministerium telegraphisch um Entsendung von 15 000 Mann Verstärkung ersucht. Der „Matin" stellt erregt fest, General Sarrail habe nach seiner Gewohnheit die Regierung über die Vorgänge nicht genügend aufgeklärt. Alles lasse darauf schließen, daß die Lage äußerst kritisch sei. Der Ministerpräsident müsse sofort Maßnahmen ergreifen, damit die versäumte Berichterstattung nachgeholt werde. Nach einer Meldung aus Beirut sei die Verhängung des Belagerungszustandes über Beirut geplant gewesen. General Sarrail habe aber von dieser Maßnahme abgesehen, weil er keinen ungünstigen Eindruck in Paris hervorrufen wollte. Die Lage sei umso bedrohlicher, als Damaskus die Verpflegungsbasis für die in Djebel Druse operierenden Truppen des Generals Gamelin bildet.

*

Die Gefahr im Osten

Japan gegen Rußland.

TU. **London, 21. Okt.** Funkspruch. „Daily Expreß" meldet aus Tokio, daß die Entwicklung der Lage in China die japanischen Kreise mit starker Besorgnis erfülle. Man erwäge offen die Möglichkeit eines Konfliktes zwischen Rußland und Japan. Wenn die Generale Feng und Wupeifu von Sowjetrußland mit Munition und Geld versorgt würden, werde es ihnen wahrscheinlich gelingen, Tschang-Tso-Lin aus der Mandschurei zu verdrängen.

Freiherr v. Schorlemer-Alst

Zum 100. Geburtstag des verdienten Bauernführers und Parlamentariers.

Wenige Wochen vor seinem Tode († 11. Juli 1877) äußerte der edle Mainzer Kirchenfürst Ketteler noch seine Genugtuung darüber, daß die katholische Sache in Deutschland, wofür er so viele Jahre seines Lebens gekämpft und geduldet, auch weiterhin von aufrechten, mutigen Männern vertreten und verfochten werde. Nicht zuletzt dachte er dabei an seinen edlen westfälischen Landsmann, Burghard Freiherr von Schorlemer zu Alst. Vor allem konnte er sich über die herzerfrischenden Reichs- und Landtagsreden dieses Sohnes der „roten Erde" freuen und schrieb darüber noch am 2. März 1877 an seine Nichte: „Wenn du Frau v. Schorlemer siehst, so sage ihr, ich gratuliere ihr zu dem Glück, einen Mann zu haben, der so, in solchen Zeiten und in solchen Umständen für Gottes Sache zu kämpfen versteht. ..."

Die Worte des Mainzer Bischofs waren keine leere Höflichkeitsbezeugung, sondern entsprachen innerster Hochachtung vor einem Manne, der gleich ihm zu den großen Männern seines Jahrhunderts zu zählen ist. Zu Herringhausen bei Lippstadt am 21. Oktober 1825 geboren, gehört er zum uralten, besten westfälischen Adel, der 1844 die preußische Freiherrnwürde erhält. Mit 37 Jahren (im Jahre 1862) gründet er den Westfälischen Bauernverein, die älteste Organisation zur Wahrung der Standesinteressen und Hebung der sozialen Stellung des Bauernstandes in Deutschland. Er regelt hier eigentlich zum ersten Male das bäuerliche Genossenschafts- und Versicherungswesen in großem Maßstab, sorgt für billigen Personalkredit und veranlaßt durch seine Erfolge dann im Laufe der 80er Jahre die Gründung weiterer Bauernvereine in Preußen und Süddeutschland. Bereits im Jahre 1870 hatte ihn das Vertrauen seiner Landsleute in den preußischen Landtag entsandt, wo er in der neugegründeten Zentrumsfraktion stets in den vordersten Reihen neunzehn Jahre lang kämpfte. Von 1875 bis 1887 gehörte er auch dem deutschen Reichstag an. Hier und im preußischen Landtag war er eifrig bemüht, die unselige Kulturkampfgesetzgebung zu verhindern, und als das ihm und seinen Freunden nicht gelang, bemühte er sich dann aufs angelegentlichste — insbesondere im Verein mit dem edlen Kardinal Kopp — um den allmählichen Abbau dieser Gesetze und den Frieden zwischen Kirche und Staat. Er war sich bewußt, damit den wahren deutschen Staats- und Volksinteressen weit besser zu dienen als der „eiserne Kanzler" mit seiner anscheinend so sehr auf das Staatswohl und staatliche Allmacht abzielenden Gesetzgebung. Den Kultusminister Falk warnte er nachdrücklich vor den Folgen einer kirchlichen Knebelung: dies könne nichts anderes zeitigen als Unglauben und ein Hochkommen des staatsverneinenden Sozialismus. Wie klar er bezüglich der in ihrer Entwicklung stehenden sozialdemokratischen Bewegung gesehen hat, beweist einmal seine entschiedene Stellungnahme gegen die gehässige Maßregel des Sozialistengesetzes in der Erkenntnis, daß mit Polizeimaßnahmen derartige Bewegungen nicht unterdrückt werden können; dann aber auch sein eifriges Wirken auf sozialem Gebiete, sein Kampf um die soziale Besserstellung — insbesondere auch der kleinen Gewerbetreibenden und des Mittelstandes — in den Parlamenten und in der Presse. Im „Westf. Kurier", der als sein Sprachrohr galt, wandte er sich öfters gegen jene Bestrebungen, die allzusehr dem staatlichen Einfluß die sozialen Maßnahmen unterstellen wollten. Er wollte nicht eine überstürzte, sondern eine überlegte, gut fundierte und freiheitlich aufgezogene soziale Tätigkeit, die möglichst den Zugriffen und Einflüssen eines omnipotenten Staates entzogen sei. Er war ein entschiedener Gegner des Liberalismus und sah klar die verderblichen Folgen, die solch ein politisch und wirtschaftlich verkehrtes System nach sich ziehen mußte. Darüber, daß der Liberalismus vom Sozialismus abgelöst werden würde, bestand bei ihm kein Zweifel. Er sprach den Satz aus — vielleicht als erster —, daß „der Sozialismus der zwar ungeratene — aber anerkannt natürliche Sohn des Liberalismus sei". Daß er die liberale Kirchenpolitik als verhängnisvoll ansah, wurde bereits angedeutet. Interessant ist hier übrigens, daß sich Schorlemer-Alst bezüglich der Stellung des Zentrums zum [illegible] gegen die gleichen Angriffe zu

wehren hatte, wie wir in unseren Tagen; er sagte darüber in der Reichstagssitzung vom 10. Mai 1880: „... einmal sagt man uns (dem Zentrum): Ihr seid zu abhängig von Rom, dann sollen wir wieder mehr Rücksicht nehmen auf Rom, dann versucht man eine Beeinflussung von uns durch Rom, dann sucht man wieder das Kompromiß mit Rom über unsere Köpfe weg ...“ Heute erscheinen gerade noch wie damals inspirierte, auf Gimpelfang eingestellte Leitartikel „Friede mit dem Papst, Krieg dem Zentrum“.

Auch in anderer Beziehung besteht eine Parallele und damals. Wenn heute es wieder den Katholiken schwer gemacht wird, an höhere und einflußreiche Stellen bei Staat und Gemeinde zu gelangen, und wenn die seither dorthin gelangten wieder daraus entfernt werden sollen, so teilen wir hierin nur das Schicksal unserer Väter. Gerade im Hinblick auf den, dessen hundertstes Geburtstagsjubiläum wir in diesen Tagen feiern, schrieb am 23. September 1893 die „Kölnische Volkszeitung“: „Vollends ein kirchentreuer Katholik, wie Freiherr v. Schorlemer-Alst, kann zur Not noch Rittmeister, aber nicht Oberpräsident oder Minister werden.“

Schorlemer arbeitete im Dienst der guten Sache noch unverdrossen und zäh weiter bis in seinen Lebensabend hinein. Beim Deutschen Katholikentag in Köln hielt er das grundlegende Referat zur sozialen Frage und behandelte dabei insbesondere die Organisation der Gesellschaft nach Berufsständen auf christlicher Grundlage und trat nachdrücklich ein für die Erhaltung eines gesunden Mittelstandes.

Als die Deutsche Landwirtschaft 1895 kritische Tage durchmachte, erlebte Schorlemer noch die späte Genugtuung, die Nützlichkeit seines Lebenswerkes, die Organisation der genossenschaftlichen Bauernvereine, aus hohem amtlichem Munde anerkannt zu sehen. Der preußische zuständige Minister wies angesichts der landwirtschaftlichen Notlage auf die vorbildlichen Selbst-Hilfe-Organisationen des „Westfälischen Bauernvereins“ Schorlemers als gegebenes Auskunftsmittel hin. Doch im selben Jahre, am 17. März, wurde der alte Zentrumskämpe, oder, wie er überall genannt wurde, „der westfälische Bauernkönig“ durch den Tod seinem höchsten Bannerherrn zugeführt, der ihm sicherlich die Anerkennung seiner Lebensarbeit nicht versagte. B. — O.

Zusammentritt der Ministerpräsidenten

TU. Berlin, 22. Okt. Funkspruch. Gestern vormittag um 11 Uhr sind die Staats- und Ministerpräsidenten der Länder unter dem Vorsitze des Reichskanzlers zusammengetreten, um das Vertragswerk von Locarno zu erörtern. An der Beratung nehmen sämtliche Kabinettsmitglieder teil.

Am Schlusse der eingehenden Aussprache wurde folgende Mitteilung herausgegeben:

Heute vormittag traten die Staats- und Ministerpräsidenten der Länder mit den Mitgliedern der Reichsregierung unter dem Vorsitz des Reichskanzlers zu einer Aussprache über das Ergebnis der Ministerzusammenkunft von Locarno in der Reichskanzlei zusammen. Nach Berichterstattung durch den Reichskanzler und den Reichsaußenminister fand ein eingehender Gedankenaustausch über die mit dem Werk von Locarno zusammenhängenden Fragen statt. Insbesondere wurden die für die besetzten Gebiete zu erwartenden Rückwirkungen ausführlich erörtert. Die Erschienenen sprachen den deutschen Delegierten für die im Interesse der Sicherung des Weltfriedens und der Verständigung der Völker getätigten Arbeiten ihren Dank aus, gaben jedoch dabei übereinstimmend der Ueberzeugung Ausdruck, daß das Vertragswerk erst dann als endgültig abgeschlossen angesehen werden könne, wenn insbesondere in den besetzten Gebieten Maßnahmen erfolgten, die dem verkündeten Geist des Friedens entsprächen und den berechtigten Erwartungen des deutschen Volkes Rechnung trügen.

*

„Eine nette Zentrumsblüte“

Wir entnehmen der „Germania“ folgenden netten Hereinfall: Unter dieser Spitzmarke lesen wir im „Deutschen Tageblatt“ (Nr. 244 vom 17. Oktober 1925) folgende Notiz:

„Wie am Mittwoch abend in der sozialistischen Versammlung mitgeteilt wurde, war der wegen der großen Veruntreuungen festgenommene Reichsbankoberinspektor Arnold-Charlottenburg langjähriges Mitglied der Zentrumspartei und Vorsitzender der Zentrumspartei Charlottenburg.“

Diese Art der Berichterstattung erweckt den Anschein, als ob Arnold bis zum Tage seiner Verhaftung zur Zentrumspartei gehörte. Die Tatsachen liegen jedoch wesentlich anders. Als im Jahre 1919 die unselige Hetze gegen Erzberger begann, teilte Arnold die Auffassungen der „nationalen“ Kreise und trat unter Anspielung auf seine Eigenschaft als Reserveoffizier noch in demselben Jahre aus der Partei aus. Hoffentlich genügt diese einmalige Feststellung, daß Arnold seit mehr als sechs Jahren mit uns in keiner Weise Fühlung hatte.

Dr. Marx in Rastatt und Karlsruhe

Freudig begrüßt, sprach Dr. Marx gestern abend ½8 Uhr im überfüllten Fruchthallesaal zu Rastatt. Der Vorsitzende der dortigen Zentrumspartei, Professor Peter, entbot den Willkommgruß. Der Altreichskanzler gab zunächst die Richtlinien unserer äußeren Politik von der Regierung Wirth bis zu Marx und ging dann auf die Londoner Konferenz sowie die Konferenz von Locarno ein. Er betonte dabei, daß auch dem deutschen Reichstag nichts anderes übrig bleibe, als den Paktvertrag, den die deutschen Minister in Locarno mit den Franzosen abgeschlossen haben, zu unterschreiben. Er könne den Vertrag weder verbessern, noch sonstige Aenderungen anbringen.

Dr. Marx bemerkte, daß bereits auf der Konferenz von London die Deutschen gleichberechtigt waren. Die französische Regierung habe das von Herriot gegebene Versprechen eingelöst, das Ruhrgebiet innerhalb Jahresfrist zu räumen. Die Räumung der Kölner Zone sei ein verbrieftes Recht, das uns nicht genommen werden darf.

Interessant war, was Dr. Marx zu der gelegentlich auftauchenden Ansicht bemerkte, er sei kein Berufs-Diplomat. Herriot habe ihm erklärt, daß er auch kein Berufs-Diplomat sei. Und doch haben beide Männer ihrem Volke neue und fruchtbare Wege und Methoden gezeigt! Nicht minder wurden beide Staatsmänner von denselben nationalistisch-chauvinistischen Kreisen hüben und drüben verfolgt.

Zum Schlusse seiner Rede, die ein tiefes Erlebnis wurde, forderte der Kanzler zu restloser Wahlbeteiligung auf. Die Wahlpflicht sei eine Ehrenpflicht und als von Gott gewollt auszuüben.

Nach dem Altreichskanzler sprach als zweiter Redner des Abends Landtagspräsident Dr. Baumgartner, der sich eingehend über die badische Politik ausließ.

Karlsruhe, 21. Okt. 1925.

Zu einem glänzend besuchten letzten Appell rief die Zentrumspartei Karlsruhe heute abend in der Festhalle zusammen. Während bei früheren Gelegenheiten, wo Altreichskanzler Dr. Marx als Redner angekündigt war, die Angehörigen anderer Parteien die große Halle füllen halfen, war diesmal die Zentrumspartei auf sich allein angewiesen. Umso erfreulicher war es, daß trotzdem die Festhalle so gefüllt war, wie bei den vergangenen Versammlungen. Um halb 9 Uhr eröffnete Herr Direktor und Stadtrat Dr. Franz die imposante Kundgebung mit einer Begrüßung der Erschienenen und legte kurz den Zweck der Versammlung dar. Als erster Redner sprach Herr Finanzminister Dr. Köhler. Er begann mit dem Erfolg der Konferenz von Locarno, erinnerte aber daran, daß es schon früher unter dem alten Regime möglich gewesen wäre, ähnliche Verträge abzuschließen und so einen Weltkrieg zu vermeiden. Wenn es nicht geschah, so war die früher gepflegte Gesinnung in Regierungskreisen daran schuld. Nachdem er gewisse Erscheinungen auf kulturpolitischem Gebiet gestreift hatte, verweilte er längere Zeit bei den Finanz- und Steuerfragen im Staat und in den Gemeinden, geißelte gewisse Praktiken der Parteien, die sich bei früheren Wahlen als Aufwertungspolitiker empfahlen und die Masse schwer enttäuschten. Weiter besprach er die Beamtenfragen, die er Fragen der Staatsraison nannte. Er warnte vor Uebertreibung der Schwierigkeiten der Besserung der Gehaltsverhältnisse der unteren Beamten. Bei gutem Willen sei mehr möglich, als bisher geschehen ist. Betrübend sei die Blindheit gewisser Mittelstandskreise, die glaubten, durch Sonderwahllisten die wirtschaftlichen Schwierigkeiten heben zu können. Zum Schluß behandelte der Redner die kulturpolitischen Fragen, insbesondere die Schulfrage, wo er an die Stellungnahme des hochw. Herrn Erzbischofs erinnerte. Das Zentrum müsse stark und geschlossen dastehen, um seine Aufgabe erfüllen zu können. Was das Zentrum wolle, sei eine Entwicklung auf dem Boden der Republik, der Demokratie und der sozialen Hilfsbereitschaft. Wer hier mitmacht, sei dem Zentrum willkommen. Noch ein Wort des Vertrauens zu Reichskanzler a. D. Dr. Wirth und seiner Politik, und die Versammlung spendete begeisterten Beifall.

Inzwischen war Altreichskanzler Dr. Marx von Rastatt eingetroffen. Er wurde von der Versammlung stürmisch begrüßt. Die Begrüßung wurde von dem Leiter der Versammlung in warme Worte gefaßt. Dr. Marx ergriff das Wort unter begeisterter Begrüßung. Er freute sich über die herrliche Versammlung, die bis zum letzten Platz besetzt sei und wandte sich dann den Reichsfragen zu. Er glaube, daß mit Locarno eine neue Zeit beginnen könne und daß auch die Deutschnationalen diesem Vertrag gegenüber von ihrer Verneinungspolitik absehen müssen. Die Politik müsse von der Vernunft geleitet werden; Phrasen helfen nicht. Der politische Schlag, den unsere Deutschnationalen darstellen, sei allerdings auch in anderen Staaten vorhanden; wer aber Verantwortungsbewußtsein habe, der dürfe nicht auf sie hören, wenn er etwas erreichen wolle, was dem Volk nützt. Bisher habe man allerdings nicht bemerkt, daß die Deutschnationalen eine andere Politik treiben könnten, als sie bisher betrieben worden sei. Wenn das Zentrum seit 1919 vielfach in Koalition mit der Sozialdemokratie gestanden sei, so geschah das, weil es im Interesse der Erhaltung des Reichs, im Interesse einer vernünftigen Politik nicht anders möglich war. Das Zentrum mußte Hand anlegen, um zu helfen, es durfte sich nicht beiseite stellen. Heute, wo auch den Deutschnationalen nichts anderes übrig bleibt, als mitzumachen, dürften manche Kreise, die sich bisher vom Zentrum abgewendet haben, einsehen, daß das Zentrum trotz allem die einzig mögliche Politik getrieben habe. Wir müssen den Frieden haben, sonst gehen wir angesichts unserer wirtschaftlichen Lage zugrunde. Ueber verschiedene Fragen, die Locarno betreffen, müssen wir noch Auskunft haben; aber wenn sie befriedigend beantwortet werden können, auch wenn keine schriftlichen Abmachungen vorliegen, dann kann man zustimmen. Wir müssen endlich einmal dem Völkerbund beitreten; sein Grundgedanke wenigstens ist echt christlich. Der Verständigungsgedanke muß gepflegt werden: der Kriegsgedanke muß bekämpft werden durch den Schiedsgerichtsgedanken. Die Vernunft marschiert auch in Deutschland. Was wäre uns (Marx und Wirth) geschehen, wenn wir einen Westpakt unterschrieben hätten, der den Krieg Deutschlands wegen der gegenwärtigen Westgrenze ausschließt? Heute ist man anscheinend verständiger geworden; wie ganz anders wäre es geworden, wenn die Vernunft schon früher vorhanden gewesen wäre. Der Redner schildert darauf, warum er nicht mehr Reichskanzler sei; er wollte mindestens eine lose Verbindung mit der Linken aufrecht erhalten, aber auch mit der Rechten zusammenarbeiten (Volksgemeinschaft). Die Erledigung der letzten Steuer- und Zollfragen hat erwiesen, daß das das Richtige gewesen wäre. Aber da es damals nicht möglich war, mußte das Zentrum mit der Rechten zusammenarbeiten. Und das wird so lange geschehen müssen und können, als die Regierung Luther in der Außenpolitik die bisherige Linie einhält. Ein Ideal bleibt allerdings die Politik der Volksgemeinschaft gegenüber dem Zustand, daß es heute notwendig ist, bald mit links, bald mit rechts zusammen zu schaffen. Wenn es 1914 möglich war, sollte es auch wieder einmal möglich werden. Notwendig ist der Friede von innen. Unverzeihlich daher der konfessionelle Hader, der von rechts immer wieder erregt wird. Das nationale Verhalten der deutschen Katholiken und der katholischen Rheinländer gibt keinen Anlaß dazu. Redner warnt vor diesem verbrecherischen Treiben der Hetze gegen die Katholiken. Wir sind heute stark und setzen uns zur Wehr. Was in den 70er und 80er Jahren geschah, lassen wir uns heute nicht mehr gefallen. Das möge sich auch ein Döhring merken, der sogar gegen barmherzige Schwestern hetzt. Das Zentrum ist und bleibt die Partei, die allein bezüglich der katholischen kulturellen Belange etwas Ersprießliches leistet. Das gilt auch bezüglich der Schulfrage, in der selbst die Deutschnationalen schwanken. Der Redner schließt mit der Mahnung, am Sonntag, 25. Oktober, mit dem Wahlzettel fest zum Zentrum zu stehen. Wählt alle und wählt Zentrum! Den Ausführungen folgte stürmischer Beifall.

Nach einem kurzen Dank an den Redner, der noch nach Bruchsal weiterfuhr, und einem Hoch auf das deutsche Vaterland schloß Direktor D. Franz die gelungene Versammlung kurz vor 11 Uhr.

Die Abrüstungsforderung

(Eigener Drahtbericht.)

J. H. Berlin, 22. Oktober.

Die Reichsregierung bereitet, wie mitgeteilt wird, eine Note an die Botschafterkonferenz vor, in der sie zur Abrüstungsfrage, deren Erledigung bekanntlich für die Räumung der Kölner Zone seitens der Alliierten gefordert wird, Stellung nehmen wird. Eine Reihe der alliierten Forderungen sind inzwischen bereits erfüllt worden. Für die noch nicht bereinigten Fragen dürfte eine Kompromißlösung bevorstehen. Soweit die Abrüstungsfrage auf politischem Gebiete liegt, dürfte ihre Lösung mit Zustimmung der Botschafterkonferenz vorerst zurückgestellt werden, da sie längere Zeit in Anspruch nehmen würde.

Vor dem Eintritt in den Völkerbund

(Eigener Drahtbericht.)

J.H. Berlin, 22. Okt. Das Gesuch der Reichsregierung um Aufnahme in den Völkerbund soll einer Pressemeldung zufolge bereits im November erfolgen. Vorher jedoch bedürfen noch zwei Punkte einer Klärung. Es handelt sich dabei um die Zulassung der deutschen Sprache als offizielle Verhandlungssprache und um eine angemessene deutsche Vertretung im Völkerbundssekretariat. Die Vollsitzung des Völkerbundsrats dürfte für den Januar in Aussicht genommen sein. Auf ihrer Tagesordnung werden nur die Aufnahme Deutschlands und die Vermehrung der Völkerbundsratssitze stehen. Wer die Vertretung Deutschlands beim Völkerbund übernehmen wird, ist noch unentschieden. Man nimmt an, daß bei wichtigen Entscheidungen vorerst der Außenminister Stresemann Deutschland vertreten wird.

Rheinregulierung und Rheinfallfrage

Unter dieser Ueberschrift schreibt man der „Thurgauer Zeitung“ aus Bern:

Von den zuständigen Departementen des Bundesrates wird gegenwärtig die Finanzierung der geplanten Regulierung des Rheins unterhalb Basel geprüft. Verhandlungen mit Deutschland über die Kostenverteilung haben offiziell noch nicht stattgefunden. Einer Rede des badischen Ministerialdirektors Dr. Fuchs, gehalten am Schiffahrtskongreß in Mannheim, wäre zu entnehmen, daß man in Deutschland jede Beteiligung an dieser Finanzierung davon abhängig machen wird, daß auch die Schiffbarmachung des Rheins von Basel bis nach Konstanz, also mit Einschluß der Ueberwindung der Rheinfallstrecke durch einen Schiffahrtskanal zustandekommt.

Die aus Mannheim gemeldeten Aeußerungen dürften jedenfalls mit amtlichen Auffassungen in engerer Beziehung stehen; sie werden aber auch ohne Zweifel nicht so verstanden werden können, daß an eine Finanzierung der Regulierung unterhalb Basels zeitlich erst nach der Schiffbarmachung des Rheins bis zum Bodensee herangetreten würde. Eine derartige Verzögerung der Regulierung unterhalb Basels wäre ungefähr gleichbedeutend mit dem Begraben dieses Planes überhaupt.

Daß am schweizerisch-badischen Verhandlungstisch, vor der Aufnahme der Besprechungen über die Beteiligung an der Rheinregulierung, noch verschiedene Punkte hinsichtlich des Rheines oberhalb Basels abzuklären sind, dürfte im Hinblick auf diese Ansichten immerhin feststehen. In diesem Sinn ist also damit zu rechnen, daß auch die Frage der Ueberwindung des Rheinfalles, d. h. die Diskussion über die verschiedenen, bereits vorliegenden Projekte, in absehbarer Zeit mehr in den Vordergrund treten wird.

*

Die Aufhebung der Steuereinnehmereien

Diese Maßregel hat zu vielen Vorwürfen gegen die Reichsfinanzverwaltung Anlaß gegeben, aber wohl nicht mit vollem Recht. Die Aufgabe der Steuereinnehmereien bestand in der Hauptsache im Einzug der Steuern und anderen öffentlichen Abgaben für Reich, Land und Körperschaften (Gebäudeversicherungsanstalt, Unfallversicherung u. a.). Dabei spielten aber die Einnahmen des Reichs nur eine untergeordnete Rolle. Die übrigen Abgaben, die den Steuereinnehmereien und den Finanzämtern die größere Arbeit verursachten, waren für die Reichsfinanzverwaltung nur durchlaufende Posten. In den andern Ländern wurden diese übrigen Abgaben in der Regel von den Gemeinden erhoben; hier hatten also die Finanzämter nur Reichssteuern. Wenn das Reichsfinanzministerium eine Vereinfachung seiner Verwaltung anstrebte, so wird dies doch jedermann verständlich finden. Mit der Verminderung der Steuereinnehmereien war noch nicht gesagt, daß der Einzug von Gebäudeversicherung, Unfallversicherung erschwert werden müßte. Wenn in Preußen die Gemeinden solche Gefälle erheben können, warum soll das nicht auch in Baden möglich sein. Man tut immer so wichtig mit der Selbständigkeit, Unabhängigkeit usw. vom Reich, aber gleich ist man ganz hilflos, wenn eine Sache selbst übernommen werden soll. Die Länder Preußen, Sachsen und Anhalt haben sogar die Verwaltung der Grunderwerbsteuer übernommen. Diese Länder glaubten das Reich nicht als Kindsmagd nötig zu haben, sondern die Sache selbst machen zu können.

Bei jeder möglichen und unmöglichen Gelegenheit entrüstet man sich über die Bevormundung durch das Reich; aber selbst die Handelskammern bringen nicht den Mut auf, die Beiträge von den Mitgliedern selbst zu erheben, sondern wenden sich hilfesuchend an die Finanzämter.

*

Jahrhundertfeier der Technischen Hochschule Karlsruhe

TU. Karlsruhe, 22. Okt. Wie wir hören, wird Sven Hedin, der berühmte schwedische Forschungsreisende, zur Teilnahme an der Jubiläumsfeier der Technischen Hochschule nach Karlsruhe kommen.

Die Ziele des Wahlkampfes

Ein Wort zur Orientierung der Wählerschaft von Dr. Schofer

Der Wahlkampf dürfte den Höhepunkt erreicht haben. Die Ziele der größeren Parteien liegen ziemlich klar. Die kleineren können mit ihrer Zersplitterungspolitik übergangen werden, besonders wenn sie nur Standesinteressen vertreten.

1. Der „Rechtsblock“ will nach der „Breisgauer Zeitung“ vom 17. Oktober „in der Heimat Dr. Wirths seinen intimsten Anhängern eine offensichtliche Wahlschlappe beibringen; denn „eine Niederlage dieses Linkszentrums würde eine nicht zu unterschätzende moralische Stärkung der ausgesprochenen Gegner Dr. Wirths in der Reichstagsfraktion des Zentrums bedeuten und auch den Halben, wie dem Reichskanzler a. D. Marx, der eben eine sehr unerfreuliche Rolle spielt, vielleicht einige Einsicht beibringen.“

Aus dieser Einstellung auf das eben beschriebene Ziel leitet das deutschnationale Blatt „Die Parole“ ab: „Gegen Wirth und sein badisches Links-Zentrum — zur Stärkung des den alten Traditionen treuen Rechtszentrums.“

Diese „alten Traditionen“ des Zentrums sagen jedem, der Bescheid weiß und der Wahrheit Zeugnis geben will: 1. Heilighaltung der Ehe, darum gegen die gesetzliche Erweiterung der Ehescheidungsmöglichkeiten. 2. Konfessionelle Lehrerbildung. 3. Die konfessionelle Schule verdient grundsätzlich den Vorzug vor der Mischschule! In all diesen kulturell wichtigen Punkten haben die Rechtsblöckler ganz oder zum Teil versagt und sich an die Linke gegen das Zentrum angeschlossen. Darum müssen wir, kraft der Traditionen des Zentrums den Rechtsblock als Mentor im politischen Leben ablehnen und in ihm das erblicken, was er nach Ausweis seiner Taten in Wirklichkeit ist! Es gab einst auch in Baden eine kleine konservative christliche Volkspartei. Männer, wie der spätere Gesandte von Marschall waren edle Führer, vor allem zuverlässig in Schul- und Kirchenfragen. Was sich heute im badischen Rechtsblock zusammenfand, steht nach seiner Haltung in Sachen des Reichsschulgesetzes und in der Lehrerbildungsfrage wie in der Schutzfrage für die gläubige Gemeinde gegen den ungläubigen Lehrer nicht mehr rechts vom Zentrum, sondern links von ihm! Darum kann der Name Rechtsblock in dem Stück nur irre führen. Das gilt auch von dem angeblichen „Links-Zentrum“. Soweit links sind Wirth und Marx „der Halbe“ nie geraten, wie der Herr Geh. Oberkirchenrat D. Mayer mit der Niederstimmung des Zentrumsantrages auf konfessionelle Lehrerseminare, mit der Bezeichnung des Reichsschulgesetzentwurfes als „Monstrum“. Da stehen ja fast die Herren Genossen noch mehr rechts! Bei dieser Sachlage wird sich das gläubige Volk erst recht hüten müssen, dazu die Hand zu bieten, dem Zentrum „eine offensichtliche „Wahlschlappe“ beibringen zu lassen, im Gegenteil es wird alles tun müssen, um den Hirtensorgen, die der Herr Erzbischof wiederholt aussprach, Rechnung zu tragen! Nur ein starkes Zentrum bietet die Gewähr für die christlichen Belange in dem Schulgesetz und in der Lehrerbildungsfrage. Der Rechtsblock will das Zentrum in Baden schwächen, um im Reich die Zentrumsfraktion in volle Abhängigkeit von der dortigen Rechte zu bringen. Das ist das Ziel! — Dieses Ziel bedeutet leicht den Untergang des Zentrums! Dazu bieten wir die Hände nicht! **Wir wollen ein freies, ein unabhängiges Zentrum in Baden wie in Berlin! Darum auf die Schanzen für die Freiheit und Unabhängigkeit der Fahne Windthorsts!**

Der Letzte und die Letzte zur Wahl!
Es geht um unser Zentrum!

Um das versteckte Ziel mit seinen verhängnisvollen Gefahren für unsere Partei zu maskieren, wird da drüben noch vom „Ausgleich im Volke“, „vom nationalen Aufstieg“ geredet. Für diese Ideale sind wir im Zentrum auch im Badischen eingetreten zu einer Zeit, da man sich vergebens nach manchem umsah, der heute uns Lehren erteilen möchte. Die Außenpolitik, die heute von der Rechten beliebt wird, wäre nicht möglich ohne Wirth und Marx. Ist die von heute deutsch und national, dann war die der beiden genannten Staatsmänner es zweimal. Wie hat man sie aber behandelt und behandelt sie heute noch?

Also eine „offensichtliche Wahlschlappe“ fürs Zentrum, das ist das Ziel des Rechtsblocks. Gut, wir nehmen die so erfolgte Kriegserklärung an! Der Wahltag soll entscheiden! Unsere Parole muß so sein: Hände weg vom Zentrum! Am Sonntag abend soll man aus allen Teilen melden von den Taten der Stürmenden: **Auch nach diesem Sturm steht der Zentrumsturm!**

Von dannen ziehen die Fähnlein mißerfolgerprobter Führer!

2. Die Deutsche Volkspartei scheint nicht einheitlich in ihrem Wahlziel zu sein. Im „Ballhaus“ zu Mannheim eröffnete der Vorsitzende der genannten Partei (Neue Bad. Landesztg. vom 17. Okt.) eine Versammlung und bezeichnete „die Aufgabe“ der Wahlen dahin: „Die heutige Reichsbannerregierung durch eine starke bürgerliche Regierung zu ersetzen.“ Als ich diese „Aufgabe“ also sah, nahm ich das statistische Heft von der Wahl des 17. Dezember 1924 heraus und sah nach, ob ich mich geirrt oder mein altes Gedächtnis unzuverlässig geworden sei. Ich fand indes doch folgende Angaben:

Nationalsozialisten	2 Mandate,
Deutschvölkische	—,
Deutschnationale	9,
Deutsche Volkspartei	10,
Zentrum	34,
Demokraten	9,
Landbund	6,
Wirtschaftliche Ver.	1.

Das sind die „Bürgerlichen“ mit ihren Resultaten. Landbund und Deutschnationale bilden heute den Rechtsblock mit 9 + 6 = 15 Mandaten; diese haben die schärfste Kampfansage, wie wir gesehen, an das Zentrum in Baden hinausgegeben. Man will trotzdem eben diesem Zentrum also zumuten, bei dieser Stellungnahme des Rechtsblocks, dann bei seiner Haltung in der Schulfrage, mit ihm zusammen dann „die starke bürgerliche Regierung“ zu bilden zum Sturz „der Reichsbannerregierung“, wie man demagogisch die bisherige Regierung nennt, die Regierung, die nach geschichtlichen Tatsachen die Staatsordnung rettete und dem Lande größere Erschütterungen ersparte, während andere mit dem Kapp-Putsch und dem Hitlerrummel sympathisierten!

Eine „starke bürgerliche Regierung“, der Hinauswurf der Sozialdemokratie, das soll das „nächste Ziel“ sein! Mich interessierte noch mehr das **übernächste!** Ich bedaure, daß es nicht gleich mitgenannt wurde. Die Wählerschaft des Zentrums kennt es auch so! Sie ist geschult genug!

Die Aeußerungen des Herrn Geh. Rats Rohrhurst in Heidelberg lassen erkennen, daß er persönlich das Ziel für seine Fraktion in der staatlichen Mitarbeit sieht; diese ist für ihn nicht abhängig von dem Ausschluß dieser oder jener Partei der „Reichsbannerregierung“ von heute! Die ruhige Weiterentwicklung des staatlichen Lebens in Baden wird von ihm offenbar über parteipolitische Ziele, der Verantwortungswille über das Einflußbegehren gesetzt. Es wird sich fragen, welche Ansicht in seiner Fraktion sich durchsetzen wird. So bleibt also hier nur eines übrig, den Gang der Dinge abzuwarten.

Wenn in einem Flugblatt der Deutschen Volkspartei mit dem Vorwurf, das Zentrum habe mit „den sozialistischen Feinden der Kirche zusammengearbeitet“, Wahlgeschäfte gemacht werden wollen, so wird das nicht gelingen, da man die Großblockwahlen 1905, 1909, 1913 mit ihren Erlebnissen noch gut in Erinnerung hat; solcherlei Wahlarbeiten werden großen politischen Entschließungen nicht hindernd in den Weg treten können. Das dürfte sicher stehen.

3. Die demokratische Partei hat durch den Mund des Herrn Staatspräsidenten Dr. Hellpach als Ziel ihres Wahlkampfes angeben lassen: Die Rettung der bedrohten Geistesfreiheit! „Fast in jeder seiner Wahlreden kehrt der Vorwurf wieder,“ so schreibt der Volksfreund am 17. Oktober, „die Sozialdemokraten huldigten nur dem wirtschaftlichen Materialismus, sie lebten der Irrlehre, daß die geistigen Dinge Nebendinge seien und bildeten deshalb keine zuverlässige Stütze in Sachen der Geisteskultur.“ Der Herr Staatspräsident möchte offenbar die nicht unbedeutend stärkere geschlossenere Sozialdemokratie an seine Seite bringen in seinem Kampf für „die Geistesfreiheit“. Bedroht sieht der Herr Staatspräsident von Baden „die Geistesfreiheit“ vom Zentrum und seinen Schulidealen. Ich darf wohl annehmen, daß meine Partei mindestens damals, als wir im Landtage für den Herrn Dr. Hellpach stimmten und ihn so zum badischen Unterrichtsminister und nachher zum Staatspräsidenten machen halfen, uns nicht an der „Geistesfreiheit“ vergangen haben. Darum kann es ihm nicht verborgen geblieben sein, daß „die Geistesfreiheit“ für den katholischen Volksteil an den von ihm verwalteten Hochschulen auch unter dieser seiner Amtsführung kaum größer geworden ist wie unter dem alten Regiment. Wenn er in dieser Angelegenheit die verschiedenen Fälle bis heran an den allerletzten durchprüft, wird er anerkennen müssen, daß „die Geistesfreiheit“ dann und wann vor dem gläubigen Katholiken Halt machte. Die Sozialdemokratie hat da schon etwas mehr Verständnis für das gleiche Recht auch dem katholischen Volksteil gegenüber gezeigt. Es scheint, daß diese Tatsache dem Herrn Dr. Hellpach schon arg unbequem geworden ist; nur so kann ich mir nämlich seine Apostrophierung der Sozialdemokratie vollkommen erklären. Daß der „Volksfreund“ die demokratische Kuratel in Sachen „der Geistesfreiheit“ ablehnt, ist sachlich sehr wohl begründet.

Als ich den fortgesetzten Kampf des Herrn Hellpach für die Geistesfreiheit gegen das Zentrum feststellen mußte, habe ich mich natürlich auch nach dem weiteren Ziele gefragt bezw. nach den tieferen Gründen. Der „Volksfreund“ meint, der Herr Staatspräsident „fühle sich zu sehr engagiert in evangelischen Kirchenfragen“. Dazu würde passen seine Berufung in Pforzheim auf Reformation und Aufklärung. Wenn man das gelten läßt, so ist die von mir gestellte Frage doch noch nicht beantwortet. Die klare Antwort hat „der Korrespondent“ der „Frankfurter Zeitung“ in dem genannten Organ Nr. 781 vom 20. Oktober erstes Morgenblatt in dankenswerter Weise gegeben. Im Anschluß an eine wenig schöne Diskussion gegen den Herrn Abg. Dr. Föhr wird gesagt:

„Es ist eine Lebensnotwendigkeit für die Kultur des Landes, daß eine Partei, die solche Gefahren, verkörpert durch bestimmte Persönlichkeiten, in sich birgt, nicht zur Uebermacht gelangt. Gleichberechtigung neben ihr muß von Demokratie und Sozialdemokratie gewahrt und erkämpft werden, wenn eine weitere Regierungskoalition gute Früchte tragen soll.“

Mir will scheinen, daß „Gefahren für die Kultur des Landes“ allerdings existieren! Sie kommen aber nicht aus dem Zentrum und seiner christlichen Lebensauffassung, sie drohen vielmehr von einem unheilvollen Liberalismus, dem bestimmte, sittliche Ideale, dem das Eheband so wenig heilig sind, wie das Leben am Herzen der Mutter. Diesen Gefahren entgegenzutreten, auch dann, wenn es unangenehm empfunden wird, ist Pflicht einer Partei, die sich an dem christlichen Sittengesetz zu orientieren hat. Die Kultur des Landes Baden war eine christliche und hochwertige ehe es einen Liberalismus mit seinen Zerfallserscheinungen in Baden gab. Diese christliche Kultur zu schützen, dazu kann „die Uebermacht“ des Zentrums nicht sorgsam genug begründet und sichergestellt werden.

Die Demokratie zählte neben der Sozialdemokratie mit 21 und dem Zentrum mit 34 Mandaten 7 Sitze in dem Landtag. Dabei besetzte sie das wichtigste Ministerium des Kultus und Unterrichts und erhielt im Turnus wie die beiden großen Koalitionen das Staatspräsidium; dazu gehören zwei Ministerialdirektoren und der mächtige Referent für Hochschulwesen zur Demokratie. Das Zentrum mit seinem fast fünffachen Mandatsbesitz hat zwei halbe Ministerien und einen Ministerialdirektor und da kommt die Demokratie noch und will den Anschein erwecken, daß sie neben dem Zentrum und seiner „Uebermacht“ ihre „Gleichberechtigung“ erst „erkämpfen“ müsse! Ich will nicht bitter werden; aber dem Vorwurf zu großer Nachgiebigkeit kann die Zentrumsfraktion nur dann entgehen, wenn nicht diese Seite in Betracht gezogen, sondern an „die guten Früchte“ einer Regierungskoalition gedacht wird und in ihrem Interesse die Opfer gebracht werden wollen. Nur so kann man dem besagten Vorwurf entgehen.

Die Lösung der Koalitionsfrage wird das erste politische Geschäft des neuen Landtages sein. Dabei wird allerdings „die Gleichberechtigung“ eine Rolle spielen müssen; ich sehe es aber kommen, daß das Zentrum 1925 genau wie 1919 und 1921 um „seine Gleichberechtigung“ wird „kämpfen“ müssen. Dieser Kampf wird um so leichter und sicherer in seinem Erfolg

---

Gift im Blut

Roman von Heinrich Tiaden.

70)

„Vergessen Sie nicht, daß das Haus seit einer Woche bewacht wird und daß der Eingang zur Wohnung Ponks versiegelt ist.“

„Ich habe das keineswegs vergessen, Herr Direktor und bin selbst auf die Lösung dieses Rätsels außerordentlich gespannt.“

„Nun gut, ich werde überlegen, ob ich morgen die Türe gewaltsam öffnen lasse.“

„Morgen,“ fragte der Rechtsanwalt mit emporgezogenen Brauen. „Morgen ist der Mörder, falls er sich in der Tat heute eingeschifft hat, nicht mehr erreichbar.“

„Ja, mein sehr verehrter Herr Doktor, Sie dürfen nicht vergessen, daß wir außer dem Falle Ponks noch einige andere Sachen zu bearbeiten haben!“ rief Webster unwirsch.

„Ich zweifle durchaus nicht an Ihrer amtlichen Ueberlastung,“ sprach Schreyer sehr höflich. „Immerhin werden Sie nicht vergessen, daß es sich hier um einen Mord handelt, verübt von einem Verbrecher, dem mindestens noch ein Mord direkt nachgewiesen werden kann. Angenommen, die Leiche würde morgen tatsächlich gefunden werden, würden Sie dann nicht von der Verantwortung schwer bedrückt werden, wenn der Mörder durch die Verzögerung entkommen wäre.“

Webster knurrte einen Fluch — dann lachte er.

„Man merkt, daß Sie ein Deutscher sind. Aber Sie sollen mir nicht nachsagen dürfen, ich hätte weniger Pflichtbewußtsein als Sie.“

Er drückte auf eine Klingel. Ein Beamter erschien.

„Ein Auto! Aber so schnell wie möglich!“

Zehn Minuten später hielt das Auto mit Webster und Doktor Schreyer vor dem Hause Ponks. Die beiden Herren stiegen aus. Die Dämmerung war schon eingetreten. Plötzlich, wie aus dem Boden gewachsen, standen zwei Männer neben dem Wagen — ein Maurer in arg beschmutzter Handwerkskleidung und ein Dienstmann, der einen kleinen Koffer trug. Beide erkannten zugleich den Chef der Kriminalpolizei und zogen sich schleunigst zurück.

„Sie sehen,“ sprach Webster, „der Fuchsbau ist von Treibern umstellt.“

Beide gingen ins Haus, stiegen die Treppe empor bis ins zweite Stockwerk und standen vor der Türe, die das Messingschild mit dem Namen Ponks trug. Mit großer Sorgfalt prüfte Webster die drei Siegel der Kriminalpolizei.

„Sie sehen, die Siegel sind sämtlich unverletzt“, sprach er dann.

„Ist eine Nachahmung der Siegel vollkommen ausgeschlossen?“

„Vollkommen ausgeschlossen, da nur die Kommissare im Besitze der Stempel sind. Die Herren sind ohne Ausnahme absolut zuverlässig. Da die Wohnung nur diesen Eingang hat, dürfte es zwecklos sein, die Türe zu öffnen.“

Schreyer war innerlich nun auch halb und halb überzeugt, daß der Brief eine Irreführung war, deren Absicht ihm allerdings nicht einleuchtete. Dennoch bat er den Beamten, die Türe zu öffnen. Er hatte das instinktive Gefühl, vor Ueberraschungen zu stehen.

„Gut, wenn Sie darauf bestehen,“ brummte der Direktor. Er zog einige Instrumente aus der Tasche, versuchte sie und nach einer Minute ging die Türe auf. Beide traten in das Vorzimmer und Webster schaltete das Licht ein. Nicht das geringste Auffällige war zu sehen. Dann öffnete Webster auch die Verbindungstür, die in das Privatzimmer führte. Dieses war vollkommen finster. Webster tastete nach dem Schaltknopf — fand ihn — schaltete das Licht ein — und stieß einen Schrei aus. —

Auf dem Stuhl am Schreibtisch hockte eine menschliche Gestalt, stark nach vorn übergeneigt. Das Gesicht lag auf der Schreibtischplatte, die Arme baumelten schlaff zur Erde herab.

Nachdem Webster sämtliche Lichter im Zimmer zum Aufflammen gebracht hatte, betrachteten die beiden Männer aufmerksam den Toten. Dann richteten sie den Körper auf, doch dieser war bereits soweit in Erstarrung übergegangen, daß alle Glieder in der Haltung blieben, die sie im Augenblick des eingetretenen Todes hatten. Der Leichnam bot, wie er nun in dem Stuhle zurücklag, mit seinen ausgestreckten, in die Luft greifenden Armen und den stark an den Leib herangezogenen Knien, den weit aufgerissenen verglasten Augen, in denen noch eine Spur ihres letzten, teils drohenden, teils grauenerfüllten Ausdrucks stand, einen überaus schauerlichen Anblick.

„Sie waren ja früher Arzt, wenn ich nicht irre — können Sie die Ursache und die ungefähre Zeit des eingetretenen Todes feststellen?“ fragte Webster.

„Es liegt ganz zweifellos eine Vergiftung vor. Welch eine Art Gift verwandt wurde, kann erst bei der Leichenöffnung festgestellt werden. Was die Zeit des Todes betrifft, so kann man annehmen, daß die briefliche Mitteilung die Wahrheit sagt.“

Der Beamte öffnete ein Fenster und ließ einen Pfiff ertönen. Wenige Sekunden später trat einer der Kriminalbeamten, die unten auf Wache standen, herein.

„Fahren Sie sofort zur Wache und holen Sie Herrn Inspektor Armstrong und den Gerichtsarzt Doktor Gould. Ihr Kollege soll unten auf meine weiteren Befehle warten. Das erste leere Auto, das Ihnen begegnet, schicken Sie hierher.“

Der Mann eilte fort. Webster begann nun, das Zimmer zu durchsuchen.

„Mir ist noch immer unerklärlich, wie der Mörder und sein Opfer in die Wohnung kommen konnten, ohne daß die Siegel verletzt wurden. Die Wohnung muß also einen zweiten Eingang haben. Und wenn ich mich nicht irre, dann ist er hier.“

(Fortsetzung folgt.)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

sein, je stärker unsere Partei aus den Wahlen hervorgeht. Sorgen wir dafür! Die Demokratie mahnt dazu!

4. Die Sozialdemokratie hat wiederholt ihr Ziel bekannt gegeben. So schreibt der „Volksfreund" Nr. 240 vom 16. Oktober:

„Das Ziel einer großen Partei wie der Sozialdemokratie muß sein, an der Regierungsmacht und an ihrer Verantwortung teilzunehmen. Das muß höher stehen, als parteitaktische Vorteile der Opposition."

Die logische Voraussetzung dieses Zieles ist natürlich die unbedingte Staatsbejahung, die Anerkennung der legitimen Staatsordnung und ihrer Pflichten vor allem auch gegen das Kulturleben. An der Existenz dieser Voraussetzungen und ihrer sicheren Erfüllung ist m. E. nicht zu zweifeln. Es kann nur angenehm berühren, daß „die Verantwortung" erkannt und anerkannt wird. Hier begegnen sich die Auffassungen des Zentrums der Sozialdemokratie in Baden. Das dürfte feststehen!

Der „Volksfreund" fährt denn noch also weiter:

„Daran wird die badische Sozialdemokratie auch festhalten, sofern das unter Bedingungen und Verhältnissen geschehen kann, die mit der Ehre und dem Wesen der Partei in Einklang zu bringen sind. Das gleiche billigen wir auch den anderen Koalitionsparteien zu."

Dieser Standpunkt ist verständlich; er sticht vorteilhaft ab von dem, was z. B. die Demokratie verlauten ließ:

5. Das Ziel, dem das Zentrum dient und dienen wird, liegt in der richtigen und stetigen Weiterentwicklung unseres badischen Heimatlandes. Wen immer wir da mit gutem Willen, namentlich mit ehrlichem Willen zur Verantwortung auf dem Weg zum gesteckten Ziele treffen, den begrüßen wir gern als gleichberechtigten wie aber auch gleichverpflichteten Weggenossen. Daß wir in der Arbeit für dieses Ziel den religiösen Kräften eine erste und wichtige Rolle zubilligen, dieses wird, das hoffen wir zuversichtlich, für die Weggenossen kein Hindernis sein können, mit uns zusammen dem genannten Ziele zu dienen. Die „Freiheiten" wie die Bindungen, die Lasten, wie die Einflußmöglichkeiten sollen nur gleichberechtigte Staatsbürger kennen! Davon ist auch die „Geistesfreiheit" nicht ausgenommen. Das Zentrum erwartet gerade in der Richtung, daß dieses gleiche Recht der Geistesfreiheit endlich auch denen zuteil wird, die ihm nahestehen; davon kann auch der Ressort des Herrn Staatspräsidenten Dr. Hellpach keine Ausnahme mehr in Anspruch nehmen.

Baden

Der „Residenzanzeiger"

ist infolge des humoristischen Dementis, das wir seiner Meldung über Gesandtschafts- und Ministerposten entgegensetzten, zum Rentenzanzeiger geworden. Er bleibt bei seiner Meldung mindestens bezüglich der badischen Gesandtschaft in Berlin. Und weil's gleich ist, so wendet er sich überhaupt gegen die badische Gesandtschaft, die überflüssig sei. Damit kann es der „Residenzanzeiger" ganz halten, wie er will. Wir werden ihn weder am Biertisch, wo man sich über solche Fragen ereifert, noch sonstwo deswegen inquietieren. Aber seine Meldung über den Beschluß des Zentrums ist und bleibt eben falsch, wie sich ja auch jeder politisch Denkende bei einigem Nachdenken von vornherein sagen mußte und auch gesagt hat.

Zu den Landtagswahlen

Eine Bitte an den Volksfreund

Der „Volksfreund" ließ vor einiger Zeit einen angeblichen Zentrumsmann unter dem Decknamen „Augustinus vom Grund" auftreten. Er spielte sich als großer Kritiker des Zentrums auf, hat aber bis heute den Mut nicht gefunden, auch die persönliche Verantwortung für das zu übernehmen, was er schrieb. Er ist also ein charakterloser Feigling, der an seinem Heckenschützentum stille Freude hat. Am 20. Oktober läßt der Volksfreund wiederum „einer alten mittelbadischen Zentrumsmann" zum Wort kommen, der die unsinnigsten Verleumdungen gegen das Zentrum und die katholische Geistlichkeit bezw. deren sozialen Geist ausspricht. Wir sehen daraus, daß der „Augustinus vom Grund" nicht blos ein charakterloser Feigling ,sondern auch ein Chamaeleon ist, das zwar sein Wesen beibehält aber doch seine Schutzfärbung rasch ändert.

Unsere Bitte an den „Volksfreund" geht nun dahin, — falls das noch nicht schon lange geschehen ist — dem politischen Geschöpf, um das sich der „Volksfreund" so freundlich angenommen hat, möglichst rasch eine sozialdemokratische Mitgliedskarte auszustellen — unter der Voraussetzung natürlich, daß die Sozialdemokratie charakterlosen Feiglingen und Chamaeleons nicht blos in ihrer Presse, sondern auch in ihrer Partei Aufnahme gewähren will.

Das Zentrum jedenfalls verzichtet auf Charakterlumpen. Sie passen aber dorthin, wo man sie protegiert.

Wem gehört das Kind?

In den Vereinigten Staaten von Nordamerika besteht eine reine Staatsschule ohne Religionsunterricht, ein Zustand, den man von verschiedenen Seiten und Parteien aus in Deutschland auch herbeiführen möchte. Die amerikanischen Katholiken sahen sich deshalb schon lange gezwungen, eigene katholische Volksschulen zu errichten, die ihre Kinder besuchen. Hier ist nun eine Entscheidung des obersten Gerichtshofes der Vereinigten Staaten auch für uns badische Katholiken außerordentlich interessant. Der Staat Oregon hat ein Gesetz erlassen, wonach alle Kinder von 8 bis 16 Jahren die öffentliche Schule zu besuchen hätten. Dagegen erhoben die Katholiken Einspruch. Ein Entscheid des staatlichen Obergerichtes erklärte das Gesetz als verfassungswidrig. Dagegen appellierte der Staat Oregon an das oberste Bundesgericht. Dieses nun bestätigte einstimmig die Entscheidung der ersten Instanz, und zwar mit der doppelten Begründung: Den Eltern und Vormündern steht das erste Recht zu, die Kinder in Schulen ihrer Wahl zu senden; zudem würde den betroffenen Schulen ihr von der Verfassung garantiertes Eigentumsrecht geschmälert. Erfreulich war hier ganz besonders die günstige, ja begeisterte Aufnahme, welches dieses Urteil in der gesamten amerikanischen Presse gefunden hat.

Haben wir in Baden auch noch nicht die Schule ohne Religion, so hat es am kommenden Sonntag jeder Vater und jede Mutter in der Hand, dafür zu sorgen, daß auch in Zukunft ihre Religion in der Schule bleibt. Das ist ihnen aber nur dann gewährleistet, wenn eine starke Zentrumspartei im badischen Landtage auch in Zukunft die Macht hat, die religiös-konfessionellen Belange zu schützen. ....th.

Aus der Wahlbewegung

Zur Wahlbewegung aus dem Murgtal.

Am letzten Sonntag wurden in Forbach, in Reichental und in Gernsbach Wahlversammlungen der Zentrumspartei abgehalten. Die drei Versammlungen, in denen überall Herr Landtagspräsident Dr. Baumgartner sprach, waren sehr gut besucht. Aufs neue bewies so das Murgtal wieder seine unumstößliche Treue zum Zentrum. Als äußerst große Versammlung ist die von Reichental anzusprechen. In Forbach fand die Versammlung im „Friedrichshof" statt. Der Saal war voll besetzt, ja viele mußten wieder umkehren, weil kein Platz mehr war. Herr Dr. Böhrer von Forbach entbot dem Redner Herrn Präsidenten Dr. Baumgartner wie auch allen Erschienenen einen herzlichen Parteigruß. In den anderthalbstündigen Ausführungen entwarf der Redner ein klares Bild der politischen Lage in Baden und Reich. Zur Reichspolitik nahm der Redner insofern Stellung, daß er auf die Verhandlungen von Locarno hinwies, als deren Vorläufer eigentlich unser Atreichskanzler Marx anzusprechen ist. Zur Zollvorlage Stellung nehmend erklärte der Redner unter großem Beifall der Anwesenden, daß es sich lediglich nur um Kampfzölle, nicht aber, wie die Sozialdemokraten behaupten, um Wucherzölle handelt. Der Sozialdemokratie mußte er die Quittung ausstellen, daß sie gar kein Anrecht dazu hätte, mit dem Zoll Wahlagitation zu treiben, indem ihre Länderminister ebenfalls dazu stimmten.

Zur badischen Politik nahm er ebenfalls Stellung. Die Zusammenarbeit der drei Koalitionsparteien in Baden, Zentrum, Sozialdemokratie und Demokratie bezeichnete Herr Dr. Baumgartner als gut. Er erklärte jedoch unter starkem Beifall: Wenn die Hetze der Sozialdemokraten und der Demokraten so wie bisher weiter geht, dann dürfte diese gemeinsame Zusammenarbeit, wie sie bisher möglich war, in ein gefährliches Stadium gebracht werden. Die Rede wurde mit lebhaftem Beifall verdankt und von Herrn Dr. Böhrer noch in Kürze unterstrichen. — In Reichental war die Anteilnahme an dieser Baumgartner-Versammlung eine äußerst starke, besonders seitens der wahlberechtigten Jugend. Bürgermeister Klumpp führte den Vorsitz. In dieser Versammlung behandelte Herr Präsident Dr. Baumgartner mehr Badische Politik. U. a. griff er heraus die Schulfrage. In seinen Erklärungen über dieses wichtige Kapitel stützte sich der Redner auf die Rede des Hochw. Herrn Erzbischofs, die dieser in Offenburg gehalten hat. — Wir Katholiken verlangen nur Parität in Sachen von Schule, Kirche usw. Redner erinnerte an die Behandlung der Dotationsgesetze (die Haltung der Sozialdemokraten). Laubstreufrage, Steuereinnehmereien wurden ebenfalls erwähnt. Die Parole, die Herr Dr. Baumgartner an die Reichentaler richtete, wird sicherlich befolgt werden. — Ein sehr interessanter Vortrag von Hochw. Herrn Pfarrkurat Bischoff (Langenbrand) über das Thema: Religiöses Leben und soziale Erneuerung, gab der Versammlung eine ganz besondere Note. Die Ausführungen, die Herr Pfarrkurat Bischoff über dieses Thema machte, passen besonders in die heutige Zeit. Der Vortrag hinterließ einen tiefen Eindruck. — Auch in Gernsbach wies die Baumgartner-Versammlung einen regen Besuch auf. Handelslehrer Netzhammer — einer unserer besten im Tal — begrüßte den Redner herzlich. Das Referat, das Herr Präsident Dr. Baumgartner hielt, handelte ebenfalls von der bad. wie von der Reichspolitik. — In der Aussprache ergriffe Herr Stadtpfarrer Steinbach das Wort. Die Art und Weise, wie in Gernsbach — der derzeitige Bürgermeister Menges darf das wissen — die Interessen der Katholiken auf dem Rathause gewahrt werden (Kleinkinderschule) sprechen für alles, nur nicht für Parität; sie zeigen aber, wie kath. Belange durch „andere", aller Schattierungen vertreten werden. — Nur eine starke Zentrumspartei kann dem abhelfen, sowohl im Gemeinde-Parlament wie im Landtag. — Zentrum wählen, am 25. Okt. Herr Netzhammer unterstrich dies alles, ebenso auch Dr. Baumgartner, der sagte: „So macht man es da, wo die Katholiken nichts zu sagen haben!", alles in einem: Das Zentrum des Murgtals marschiert! —

*

Neuburgweier, 18. Oktober. Heute nachmittag fand eine vom Zentrum einberufene gut besuchte öffentliche Wählerversammlung in der Wirtschaft zu den „Drei Lilien" statt. Herr Eisenbahnoberinspektor Reichert-Karlsruhe behandelte in fünfviertelstündiger Rede bei gespannter Aufmerksamkeit die Lage in Baden und im Reich. An der stabilen Aufbauarbeit in unserer engeren Heimat habe das Zentrum hervorragenden Anteil. Der Pakt von Locarno, der eine Entspannung der Lage in Europa bringen solle, sei nur möglich geworden, durch die Fortsetzung der Politik der beiden Zentrumskanzler Dr. Wirth und Dr. Marx. Auch die von Dr. Marx vorgezeichnete Reichs-Innenpolitik sei zweifellos die beste; sein Ziel war der Zusammenschluß aller Parteien, die auf dem Boden der Verfassung stehen, von den Mehrheitssozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen. Der Vorwurf gegen das Zentrum, betr. die Koalition mit der Sozialdemokratie sei letzten Endes nicht auf kulturelle Belange begründet, es handle sich um die Ausschaltung des Arbeitnehmertums in seiner weitesten Bedeutung. Die Sozialdemokratie, die ja früher eine andere Staatsform erstrebt habe, also nicht auf dem Boden der Verfassung stand, sei für würdig erachtet worden, im Großblock bei Gesetzen gegen die christl. Anträge des Zentrums mitzuwirken. Die Aufrichtung der Diktatur des Kapitals und die Entrechtung breiter Volksschichten widerspreche der christl. Staatsauffassung. Jeder Stand bilde ein Glied in der Gesamtwirtschaft. Der Kastengeist, der Klassengeist, das Herrenmenschentum erhebe heute in manchen Kreisen stolz das Haupt. Es sei verfehlt, wenn man große Verfassungsparteien von der Mitarbeit und Mitverantwortung ausschließe. Das Zentrum sei stets für den Ausgleich der Interessengegensätze eingetreten. Die soziale Gesetzgebung sei ein Ruhmesblatt der Zentrumspartei. Die Vergangenheit zeige, daß das Zentrum in kulturellen Fragen zuverlässig sei. Ein starkes, geschlossenes Zentrum sei die beste Gewähr dafür, schlechte Gesetze, Ausnahmegesetze zu verhindern. Von großem Einfluß auf die Geschlossenheit sei die Zentrumspresse.

*

Au a. Rh., 19. Oktbr. Am Sonntag, den 18. d. M., fand im Gasthaus zur Rheinlust eine sehr zahlreich besuchte Versammlung statt. Nach Eröffnung der Versammlung durch den Ortsgeistlichen, nahm der Referent des Tages, Herr Straßenmeister Kraus-Offenburg, der hier beheimatet ist, das Wort zu einer 1½stündigen Rede. Die Ausführungen waren getragen vom Geiste der Verständigung aller Volksschichten. Nicht eine einseitige Parteieinstellung war es, was uns unser lieber Landsmann vortrug, sondern ruhige sachliche Politik. In überzeugender Weise legte er dar, daß nicht, wie überall von den Parteien der Rechten, wie der Linken, ausposaunt wurde und noch wird, das böse Zentrum die Schuld an den hohen Steuern trägt.

Er erinnerte dabei besonders an die Versprechungen in Bezug der Aufwertung. Mit dem Märchen, daß eine gute Vertretung der Landwirtschaft nur durch den Landbund gewährleistet werden kann, räumte er gründlich durch unwidersprochene Ausführungen auf. In der Diskussion, von der sehr rege Gebrauch gemacht wurde, stellte er, gegenüber den Behauptungen, daß der badische Finanzminister Dr. Köhler die Schuld daran trage, daß die Steuereinnehmereien aufgehoben wurden, fest, daß diese Behauptungen unrichtig sind. Durch die Wiedergabe der Ausführungen, die Herr Finanzminister Dr. Köhler, dem Landtag über diese Angelegenheit gab, überzeugte er die Anwesenden, daß die Unterstellung nichts anderes als eine gemeine Wahlmache ist, um damit die ländliche Bevölkerung vom Zentrum abzuwenden, oder sie doch wahlmüde zu machen. Wir haben hier schon lange keine derartige Versammlung mehr gehabt, bei der von der Diskussion so rege Gebrauch gemacht wurde und die so ruhig und sachlich verlief. Der Versammlungsleiter konnte am Schlusse der Versammlung den Dank der Anwesenden für die glücklich gewählten Ausführungen aussprechen. Wir würden uns freuen, wenn unser Landsmann sein Versprechen erfüllen kann, auch nach den Wahlen einige Vorträge über allgemeine Fragen, die uns Landleute interessieren, abzuhalten.

*

Ubstadt, 19. Okt. Am Sonntag nachmittag fand hier eine relativ gut besuchte Wahlversammlung unserer Partei statt, in der Herr Redakteur Dr. Müller-Reif in sachlicher und eindrucksvoller Weise über die großen politischen Tagesfragen Bericht erstattete. Für seine glänzenden Ausführungen, die uns Ubstadtern so viel des Neuen boten, sei auch an dieser Stelle herzlich gedankt. Der Vortrag bot reichlich Anregung zur Diskussion, von der dann auch reichlich Gebrauch gemacht wurde.

Anschließend sei ein kleines Wahlabenteuer erwähnt, das der Vortragende hier erlebte. Infolge eines Mißverständnisses stieg Herr Dr. Müller hier im Löwen ab statt im Ritter und landete so im Tagungsraum der eben versammelten sozialdemokratischen Partei. Es hat aber glücklicherweise keinen politischen Mord gegeben. Im Gegenteil, man hat, als sich die Verwechslung herausstellte, unseren Redner in liebenswürdiger Form „hinauskomplimentiert", ja ihm noch bis zu unserem Lokal das Ehrengeleit gegeben. Für diesen Akt nobler, parlamentarisch feiner Handlungsweise sei hier mit wärmsten Dank quittiert. Wir versprechen bei ähnlichem Vorkommnis auf unserer Seite nach gleich vornehmem Rezept zu verfahren.

Lina Ritter

Am Donnerstag abend 9 Uhr wird der süddeutsche Rundfunk in Stuttgart einen Lina-Ritter-Abend geben unter Mitwirkung des württemberg.schen Landestheaters. Karl Walter wird über die Dichterin und ihr Werk Vortrag halten. Lina Ritter selbst wird aus ihren „Unpolitischen Gesängen" lesen. Stücke aus ihren Dichtungen, Lieder und Legenden werden das Programm vervollständigen. Am Schluß wird das einaktige Spiel „Dantes Heimweh" uraufgeführt.

Wer ist Lina Ritter? Vielen bekannt, ist sie und doch wenigen. Um sie zu sehen, zu hören, entschloß ich mich zu einem Besuch. Am Ausgang des lieblichen Albtales hat sich Ettlingen hingebettet. Dort im Angesichte der badischen Landeshauptstadt und der in blauem Dämmerdunst liegenden Vogesen grüßte mich ihr trautes Heim. Rasch hatten wir, sie die lebhafte Elsässerin aus altem Bauerngeschlecht und ich der Grenzländer, Brücken gebaut. Sehnsucht der Völker: Friede! Heiliger Scholle Verbundenheit und Unabhängigkeit: Mutterboden neben Kultur. Davon sprach sie. Das Elsaß Spielball zweier streitenden Länder, war immer stark in diesem Glauben. Ein Eduard Reinacher glühte für dieses wahre Volkstum, aber seit ihm hat kein Sänger so laut und leidenschaftlich die Saiten geschlagen wie Lina Ritter. Erst 22jährig waren ihr schon Flügel zum Fluge hoher Sendung. Mit dem „Grafen von Pfirdt" weckte sie laute Begeisterung, vollends mit „Peter Hagenbeck", der im Oktober 1912 in Straßburg seine Uraufführung sah, und sie mit einem Schlage berühmt machte. Hier lagen die Quellen ihres Wollens offen, sprudelte ihre ganze Kunst, mit der sie Volk und Erde ihrer Väter umschloß. Daher die frohe Aufnahme damals bei den weitesten Volksschichten. Hier war Programm, tastender Sehnsucht, feste Gestaltung. Es war Freudenglanz aus jener Zeit, der aus den Augen der Dichterin leuchtete, als sie darauf zu sprechen kam. Nur einige Erinnerungen davon: Peter Hagenbeck, ist ein von Karl dem Kühnen 1469 über den Sundgau eingesetzter Landvogt, grausam und lüstern — Personifikation aller Brutalität und Unmenschlichkeit: Bedrückung und Greueltaten sind auf der Tagesordnung. Das Volk erhebt sich endlich wie ein Mann. Es gilt seine Eigenart, Sitte und Selbständigkeit gegen welsche Herrschsucht zu retten. Der Aufstand gegen die Adeligen glückt. Hagenbeck wird gefangengesetzt und 1474 vor dem Freiburger Stadttor hingerichtet. Die Dichterin stellte sich in der Person einer Jungfrau selbst in diesen Kampf versöhnend hinein. Wahre Freiheit kann nicht durch Gewalt erzwungen werden. „Ueber alles die Liebe"! Hier hebt sich das Stück zu wahrhaft seherischer Höhe, Vergangenheit tritt mahnend in die wirre Gegenwart. Und als mir die Dichterin eine Stelle daraus vorliest, weiß ich, das ist Kern und Losung ihres Schaffens:

„Das isch dr Wag nit:
jetz gheere mir im Herzog vo Burgund,
s' isch nit dra z'audre! Un war jetz zum Gegner
geht un ihn ufhetzt, da wird er Verräter,
mag d' Absicht noch so guet si! Und sie Volk
ha ihm unmiglich dankbar si, so wenig
aß die, wo uff'n lose date. Denn
unverantwortlich ischs, zwei große Lander,
wo ihre beschte Kraft zum innere Wachstum
in eim fort brüche tien, zum Kriegafange
uffreize z' welle!

Tien z'sammesteh und holtet d' Freiheit inne!
D' Selbständigkeit un s'stolze, freie Recht,
no eignem Wille und mit Frohmuet z'handle!
Mir wenn nit länger
d'Ursach si vo Kampf un Kriegsgfohr, unser
Ehrgeiz kennt e besser Ziel: frei, unabhängig
vo alle andre, wammer d'r Entwicklung
von unsrem eigne, liebe Landle habe." —

In diesen Tagen, wo Deutschland feierlich Verzicht geleistet, das Elsaß jemals durch Blut und Eisen wiederzuerwerben, und diesem Land tausendjährigen Haders damit das Recht freier Bestimmung zuerkannt hat, gewinnen diese Losungsworte höchste Bedeutung. Kein Wunder, daß sie es vorzog, freiwillig in die Verbannung zu gehen und ihre heiß geliebte Heimat zu verlassen. Aber ihrer Stimme wird drüben gelauscht, und ihre Hoffnung wird ihren Mund nie verstummen lassen bis zum Tage der Erfüllung. „Weißt du, was Heimat ist, wenn du sie schaust? Nur der besitzt sie ganz, der einst sie ließ und wiederfinden darf nach schwerem Ringen", so ruft Lina Ritter in ihrem Schauspiel „Josef und Asnath" bewegt aus. Und mit welcher herben Kraft spricht sie von ihrer Berufung in ihren die tiefsten Gefühle der Heimatliebe aufwühlenden „Unpolitischen Gesängen": „Ich gehe über den Strom; aber nicht, um gegen mein Volk zu zeugen, sondern um ihm seine Freunde zu erhalten". Es ist aber nicht jene die anderen Völkern ausschließende oder verkennende Liebe: aus der erhabenen Idee der Kindergottesschaft gewinnt sie die weltweite Liebe zu allem, was Menschenantlitz trägt. „Ich wollte auf meinem Boden das Heimwehr überwinden, und ich habe das Heimweh nach allen Menschen erworben, denn alle sind Kinder Gottes".

Die gleichen Klänge durchflutet das Festspiel „Dantes Heimweh", das Donnerstag abend seine Uraufführung erlebt, sowie die „Odilia", ein dramatischer Einakter aus dem Leben der Schutzpatronin des Elsaß.

Wenn Lina Ritter jetzt zum ersten Male durch den Rundfunk spricht, wird ihr Programm gewiß ihren Freundeskreis erweitern, denn wonach sie verlangt, das umschließt auch deutsches Wünschen.

F. K.

Gemeindepolitik.

Oberkirch, 21. Okt. (Mitteilungen aus den letzten Gemeinderatssitzungen.) Der Kultur- und Hiebsplan 1926 für den städt. Wald wird genehmigt. — Die in 4 Lose eingeteilten Holzhauerarbeiten werden an den jeweils billigsten Bewerber vergeben. — Nachdem die früher durch den Schutzmann Streif versehene Maschinistenstelle im Elektr. Werk nunmehr wieder durch einen Maschinisten besetzt ist, konnte im Werk die schon längst im Interesse der öffentlichen Sicherheit als sehr dringend anerkannte

Nachtschicht eingeführt werden. — Von den Verhandlungen mit dem Eigentümer des Geländes westlich des Friedhofs, das zur Friedhoferweiterung benötigt wird, wird Kenntnis genommen und beschlossen, wegen des Erwerbspreises weiter zu verhandeln. — Dem Bürgerausschuß ist wegen Erwerbung des Anwesens J. F. Glebe in der Weiherstraße Vorlage zu erstatten. — Desgleichen wegen Erwerbung eines ungefähr 30 Ar großen Geländestücks des Krauschen Anwesens an der Appenweierstraße. — Seit längerer Zeit ist beabsichtigt, ein Zollamt hier zu errichten. Nachdem sich Gelegenheit geboten hat, ein geeignetes Anwesen zu erwerben (die Verhandlungen sind noch im Gange), in dem das Zollamt und die bereits hier befindliche Zollinspektion untergebracht werden können, fällt noch die Errichtung einiger Wohnungen für Zollbeamte nötig. Die Reichsfinanzverwaltung bezw. das Landesfinanzamt ist an die Stadtverwaltung wegen schenkungsweiser Ueberlassung von Baugelände herangetreten. Die Verhandlungen führten zu dem Ergebnis, daß die Stadtverwaltung zwei Bauplätze auf der Fuchsmatt unentgeltlich zur Verfügung stellt, unter der Bedingung, daß diese innerhalb eines Jahres mit Wohngebäuden bebaut werden. Die Genehmigung des Bürgerausschusses hierzu ist einzuholen. — Für das Gemeindemieteinigungsamt werden die Beisitzer in Vorschlag gebracht. — Als Vorstand des Ortsviehversicherungsvereins wird Herr Gemeinderat Vogt gewählt. — Das Ehepaar Wagnermeister Deck konnte in den letzten Tagen das seltene Fest der goldenen Hochzeit feiern. Seitens der Stadt wurden dem Jubelpaar die herzlichsten Glückwünsche mit einem kleinen Geschenk übermittelt. Das Jubelpaar dankt bestens für die Aufmerksamkeit. — Auf der Fuchsmatt ist die Errichtung einer Fischzuchtanlage geplant. — Der Gemeinde ist Gelegenheit geboten, bei einer Versicherungsanstalt ein Darlehen bis zu 100 000 Mark zu Bedingungen, die bei den heutigen Verhältnissen als günstig zu bezeichnen sind, aufzunehmen. Der Gemeinderat beschließt, dem Bürgerausschuß die Aufnahme des Darlehens zu empfehlen. Das Darlehen soll Verwendung finden für die in diesem Jahre erstellten 9 Wohnungen, die Erwerbung von Gelände, das zu günstigen Bedingungen angeboten wurde usw. Mit diesem langfristigen Darlehen ist das bisherige kurzfristige Darlehen abzulösen.

Kirchliche Nachrichten

Pater Nikolaus Schönig.

Karlsruhe. Vor einigen Tagen starb im Missionshaus St. Wendel im Saargebiet an den Folgen eines schweren Blasenleidens der hochw. Herr Pater Nikolaus Schönig, ehemaliger Apostol. Präfekt von Togo (Afrika). Der Hingeschiedene war ein Sohn des badischen Frankenlandes, zu Werbachhausen im Taubergrund im Jahre 1867 geboren. Im Jahre 1888 schloß er sich der Missionsgesellschaft des Göttl. Wortes zu Steyl an und wirkte nach seiner Priesterweihe längere Jahre mit großem Erfolg in unserer aufblühenden, leider durch den Versailler Vertrag uns entrissenen Kolonie Togo, zuerst als einfacher Missionar und später als Apostolischer Präfekt. Unter seiner umsichtigen, großzügigen Leitung machte die noch sehr junge Mission ganz erstaunliche Fortschritte, die auch vom damaligen Kardinalpräfekten der Propaganda in Rom in hohem Maße gewürdigt wurden. Mit wenigen fing er an; nach 20 Jahren nahmen 50 000 an der Fronleichnamsprozession aus der ganzen Präfektur teil. Nachdem durch den Krieg die deutsche Missionstätigkeit in Togo einen jähen Abschluß gefunden hatte und Pater Schönig sein geliebtes Missionsfeld verlassen mußte, hielt er sich während der Kriegszeit vier Jahre hier in Karlsruhe auf als Seelsorger des Seuchenlazaretts, außerdem leistete er in den hiesigen Pfarreien eifrige Aushilfe in der Seelsorge. Er steht deshalb hier in bestem Andenken. Wie wir hören, wird in der nächsten Woche in der Liebfrauenkirche, in der er, da er in ihrem Bereiche wohnte, sehr oft aushalf, eine hl. Messe für seine Seelenruhe gehalten. Dankbaren Herzens weihen ihm die Katholiken von Karlsruhe ein stilles Memento mit dem Segenswunsch: er ruhe im Frieden!

Chronik

TU. **Mingolsheim**, 20. Okt. Das Fest der goldenen Hochzeit feiern die Eheleute Kürschnermeister Ludwig Bender I. in Rüstigkeit und Gesundheit. Herr Bender, der als eifriger Sänger langjähriger Vorstand des hiesigen Sängerbundes war, begeht an diesem Tage auch das 50jährige Geschäftsjubiläum.

TU. **Heidelberg**, 20. Okt. (Todesfall.) In Budapest ist am Samstag im 78. Lebensjahre der Ehrendoktor der Heidelberger Universität, Prof. Dr. Moritz Rethi, gestorben. Ein großer Teil seiner wissenschaftlichen Arbeiten wurde in deutscher Sprache von der Universität Göttingen herausgegeben.

TU. **Walldorf** b. Wiesloch, 20. Okt. (Schwerer Unfall.) Vor einigen Tagen stürzte der Maurer Hans Trost bei einer Dacharbeit von der Leiter. Er erlitt schwere innere Verletzungen und Knochenbrüche. Sein Zustand ist sehr bedenklich.

TU. **Weisbach** b. Eberbach, 20. Okt. (Unglücksfall.) Der 13jährige Sohn des Landwirts Jakob Lenz von hier wurde beim Futterschneiden von der Göpelstange erfaßt und herumgeschleudert. Er erlitt einen vierfachen Armbruch.

TU. **Mondfeld** bei Wertheim, 20. Okt. Der Sturm hat am Samstag abend eine Anzahl Leitungsmasten der elektrischen Ueberlandleitung bei Mondfeld abgeknickt. Hierdurch trat eine empfindliche Störung in der Lichtversorgung ein, die auch in Wertheim zeitweise zu verspüren war. Auch am Sonntag blieb Mondfeld noch ohne Licht.

TU. **Rastatt**, 21. Okt. (Verleihung der Rettungsmedaille.) Das Staatsministerium hat dem 12 Jahre alten Volksschüler Anton Baumgärtner von hier, der einen Mitschüler unter eigener Lebensgefahr vom Tode des Ertrinkens rettete, zu Händen seines gesetzlichen Vertreters die badische Rettungsmedaille verliehen.

An die katholischen Arbeiter Karlsruhes und der Umgebung!

Gebt acht! **Augen auf!**

Merkt Ihr was? Ein eifriges Liebeswerben hat seit einiger Zeit in der sozialistischen Presse, besonders im hiesigen „Volksfreund" um die Herzen und noch mehr um die Stimmen — es ist doch kommenden Sonntag Wahl! — der in den kath. Arbeitervereinen und christlichen Gewerkschaften organisierten Arbeiter eingesetzt. Man sucht die wirtschaftliche Not, in der wir uns — aber nicht erst seit heute! — befinden und die auch von sozialistischen Ministerien nicht behoben wird, zum Stimmenfang bei der Landtagswahl am kommenden Sonntag auszunützen. Nicht wahr, wir kath. Arbeiter müßten unsere ganze Vergangenheit vergessen und verleugnen, all den Terror, dem wir seit Jahren und Jahrzehnten bis herein in unsere Tage wegen unserer Zugehörigkeit zu christlichen Organisationen von „roter" Seite ausgesetzt waren, um auf den „roten" Leim zu kriechen.

Man hat angebliche „Zentrumsmannen" gedungen (vielleicht auch gekauft oder gar erfunden??) mit roter Seele, aber schwarz auffrisiert, um die „dummen" kath. Arbeiter zu ködern. Ein „Augustinus vom Grund" erschien vor einigen Wochen auf der Bildfläche, der neuerdings als „alter mittelbadischer Zentrumsmann" kurz vor der Wahl — zu anderem Zwecke geschieht es nicht! — die „rote" Werbetrommel rührt. Letztere beruft sich in seinem Vorgehen auf Dr. Wirth, der in Offenburg unter vielem anderem, das man übergeht, den Satz gesprochen: „.... den Geist einer Politik für das schaffende Volk wieder zu erwecken, das ist Sinn und Ziel der von mir eingeleiteten Bewegung in der Zentrumspartei...." Ganz recht! Sucht aber Dr. Wirth vielleicht diesen sozialen Geist in sozialdemokratischen Versammlungen oder in der sozialdemokratischen Presse, etwa im „Volksfreund" zu propagieren und wiederzuerwecken? — Keineswegs! Wirth tritt mit Name und Person innerhalb der Zentrumspartei und in der Zentrumspresse für das ein, was er will, weil er weiß, was er will. Respekt davor! Das ist ehrlich und männlich! — Aber wenn ein angeblicher „alter mittelbadischer Zentrumsmann" in das sozialdemokratische Lager flüchtet — vielleicht verärgert darüber, daß er als „alter Zentrumsmann" noch nicht auf die Kandidatenliste der badischen Zentrumspartei für die Landtagswahl am 25. Oktober 1925 gekommen ist? — und von dort aus gegen die eigene Partei schimpft und wettert, so ist das eines edlen und christlichen Mannes unwürdig. Was würde wohl der „Volksfreund" über einen sozialdemokratischen Genossen schreiben, der in einem Zentrumsblatte anonym gegen die eigene Partei, ausgerechnet vor den Wahlen zur Feder greifen würde? — „Feigling" und „Gesinnungslump" wären vermutlich noch Kosenamen! Und mit Recht. —

Im übrigen stellen wir nochmals allem Geschrei und allem Lug der sozialdemokratischen Wahlkampfredner zum Trotz fest, daß sowohl die preußische wie die badische Regierung, in denen die „Linke" über Stimmenmehrheit verfügt, für die jetzt geltenden „Wucherzölle" im Reichsrat eingetreten sind. Wären die Zölle unerträglich und unannehmbar gewesen, so hätten unseres Erachtens die sozialdemokratischen Minister ihre Zustimmung verweigert und die genannten Regierungen gesprengt, es sei denn, daß ihnen die Ministersessel wichtiger waren, als die Zollfragen. Eine klare, eindeutige, wahrheitsgetreue Erklärung für ihr Verhalten in der Oeffentlichkeit abzugeben, haben sie bis heute nicht für notwendig befunden. Dem politisch Geschulten ist der Grund hierfür einleuchtend.

Mag auch der eine oder andere Arbeitskollege, geblendet von der Kritik und den Versprechungen der Sozialdemokratie und ihrer Wahlagitation im Zentrumsgewand — Versprechungen, die sie jetzt als Oppositionspartei in der Reichspolitik leicht machen, aber sobald sie wieder einmal mitregieren werden, ebensowenig erfüllen können, wie die Deutschnationalen ihre Aufwertungsversprechungen! — Das Gros der kath. Arbeiterschaft, das nicht erst seit 4 Wochen politisch denkt und arbeitet, wird sich nicht ködern lassen, sondern mit Dr. Wirth in der Zentrumspartei bleiben, um innerhalb der Zentrumspartei „den Geist einer Politik für das schaffende Volk wieder zu erwecken". Mit Dr. Wirth im Zentrum in Not und Sturm, jetzt erst recht! **Wir verlassen die kath. Führer, die aus uns herausgewachsen sind und mit uns Jahre lang um dieselben Ziele gerungen haben, die auch auf kultur- und besonders schulpolitischem Gebiet mit uns gleicher Anschauung sind, um keinen Preis, erst recht nicht um den bewilligten Preis schöner Versprechungen und Schmeicheleien verkappter Sozialisten!**

Darum kath. Arbeiter Karlsruhes und der Umgebung, am kommenden Sonntag **auf zur Wahl einig und geschlossen für unsere sturmerprobte christlich-soziale Zentrumspartei!**

Karlsruhe, 20. Oktober 1925.

Der Vorstand des Katholischen Arbeitervereins Karlsruhe-Süd B. Ruf.

TU. **Biberach**, 20. Okt. (Schwerer Unfall.) Der zweitälteste Sohn des Sattlermeisters Xaver Schöneberger wurde auf der Straße Haslach-Mühlenbach von einem Motorradfahrer derart angefahren, daß er mit seinem Rad auf einen Steinhaufen geschleudert wurde. Mit schweren Verletzungen wurde er nach dem Krankenhaus nach Elzach verbracht.

TU. **Biberach**, 20. Okt. In unserer Gemeinde treibt zur Zeit ein Brandstifter sein Unwesen. In der Nacht vom Samstag auf Sonntag war eine brennende Kerze im Hause des Kaufmanns Schmider aufgestellt worden. Ein junger Mann bemerkte das dadurch entstandene Feuer, das noch mit einem Minimax gelöscht werden konnte. Die Gendarmerie hat sofort Nachforschungen nach dem Täter angestellt.

TU. **Niederwasser**, 21. Okt. (Tunnelabtragung.) Nicht alltägliche Arbeiten kann man in diesen Herbstwochen oberhalb Niederwasser im Zug der Tunnelreihe der Schwarzwaldbahn verfolgen. Wie früher berichtet, werden zwei kleine Tunnels, deren Unterhaltung hohe Kosten verursachte, aufgeschlitzt, d. h. abgetragen und in Einschnitte verwandelt. Die Arbeiten, die den Zugsverkehr nicht stören dürften, gehen in der Weise vor sich, daß der Berg von oben her abgetragen wird, bis man an das Tunnelgewölbe kommt. Die Gesteinsmassen werden mittels Seilbahn auf die Talsohle befördert, wo sie oberhalb der „Forelle" zu erheblichen Bachverlegungs- und Böschungssicherungsarbeiten verwendet werden.

TU. **Villingen**, 21. Okt. (Gefährliches Kinderspiel.) Mehrere Jungen vergnügten sich damit, daß sie an der Steppach mit kleinen Pistolen auf Flaschen usw. schossen. Einer der Unvorsichtigen sprang etwa 30 Meter davon und forderte dann einen Kameraden auf, auf ihn zu schießen, wenn er ihn treffe. Der Schuß krachte und die Kugel fuhr dem Jungen in den Oberschenkel.

Freiburg i. Br., 20. Okt. Ueber das schwere Autounglück vom 15. Oktober geht uns folgender Polizeibericht zu, den wir wunschgemäß zum Abdruck bringen: „Ein Lastwagen mit Anhänger einer auswärtigen Speditionsfirma hatte am 15. ds. Mts. nach der Rheinstraße Wein zu verbringen. Während des Abladegeschäftes entfernte sich der Kraftwagenführer zur Besorgung eines Auftrages. Ein verheirateter 36 Jahre alter Monteur von hier, der dem Transport als Wegweiser gedient hatte, ließ nun, nachdem abgeladen war, den Motor anlaufen und setzte den Wagen in Bewegung, ohne daß er des Fahrens kundig war. Er nahm den Weg durch die Rheinstraße, vermochte jedoch nicht den Wagen in die Bismarckstraße zu lenken und auch nicht zu halten, überquerte diese und den Gehweg und fuhr auf das Haus Nr. 17 in der Bismarckstraße auf, dabei wurde ein 17jähriges Lehrmädchen vom Wagen erfaßt und an die Wand gedrückt. In schwerverletztem Zustande mußte es in die chirurg. Klinik verbracht werden. Es besteht Lebensgefahr. Der Kraftwagenführer und das Haus wurden beschädigt. Der leichtsinnige Wagenführer, der angetrunken war, wurde in Haft genommen."

TU. **Tunsel** (bei Staufen), 20. Okt. (Autounfall.) Straßenwart Glattmann wurde auf der Münstertalerstraße von einem Auto angefahren und erheblich verletzt. Er mußte nach dem Spital in Staufen gebracht werden.

TU. **Kandern**, 20. Okt. (Besichtigung.) In den Wäldern des Forstamtes Kandern, die alle zehn Jahre von höheren Beamten der badischen Forstverwaltung besichtigt werden, weilen zur Zeit Landesforstmeister Philipp und verschiedene andere Herren der badischen Forstverwaltung. — (Nachgefolgter Tod.) Der vor einigen Tagen in einer Wirtschaft die Kellerstiege hinuntergefallene Arbeiter Meier ist gestern seinen Verletzungen erlegen.

TU. **Holzen** bei Kandern, 20. Okt. (Verhaftung.) Hier wurde ein Mann namens Albert Zagula aus Pulversheim (Kreis Gebweiler) im Elsaß festgenommen, der verdächtigt ist, als Werber im Dienste der Fremdenlegion zu stehen. Er soll versucht haben, einen Fuhrmann, der ihn auf der Landstraße nach Vollbach mitfahren ließ, in eine Art Hypnose zu versetzen. Ein ähnlicher Fall soll sich kürzlich in Tannkirchen ereignet haben, über den ausführlich in den badischen Zeitungen berichtet wurde.

TU. **Waldshut**, 20. Okt. (Sprengunglück.) Auf der Säge in der Witznau war der Schwiegersohn des Besitzers Schmieder und der Monteur Karl Ziefle mit Sprengarbeiten beschäftigt, wobei unverhofft ein Schuß losging. Schmieder erlitt neben nicht unbedeutenden Brandwunden einen Kinnbruch, während der Monteur mit schweren inneren Verletzungen und Brandwunden ins Krankenhaus verbracht werden mußte.

TU. **Waldshut**, 20. Okt. (Autounglück.) Fabrikant Hauser, der mit seinem Auto von Waldkirch nach Waldshut fuhr, rannte unterwegs an einen Felsen an. Das Auto wurde umgeworfen, Hauser erlitt einen Rippenbruch, seine Frau einen Armbruch, während die im Auto noch befindlichen drei weiteren Insassen mit leichteren Verletzungen davonkamen.

TU. **Hechingen** (Hohenzollern), 21. Oktober. (Großfeuer.) Das Fabrikanwesen Wendelin Lachenaier, in dem Taschenlampen- und Radiobatterien hergestellt werden, ist durch ein Großfeuer vollständig zerstört worden. Die Feuerwehr mußte sich darauf beschränken, die übrigen Gebäude in der Nähe zu retten.

TU. **Basel**, 20. Okt. (Eine Einbrecherjagd.) In den Räumen der Bank Ranz & Co. in der Gerbergasse in Basel erschien heute vormittag zwischen 12 und 1 Uhr ein junger Mann und bedrohte das dort allein befindliche Bürofräulein, Frl. Rösch aus Lörrach, mit dem Revolver, falls sie nicht das Geld herausgebe. Frl. Rösch hatte die Geistesgegenwart, rasch in den hinteren Teil der Banklokalitäten nach dem Ausgang zu zu entfliehen. Der Räuber riß ein Teil von dem Geld an sich und versuchte zu entkommen. Das Fräulein konnte jedoch die Polizei alarmieren, die die Verfolgung sofort aufnahm. Als der Einbrecher sah, daß eine Rettung unmöglich war, schoß er sich mitten auf der Straße mit einer Pistole in den Kopf. Er wurde schwer verletzt in das Krankenhaus gebracht. Es handelt sich um einen Mann namens Sommerfelder aus Aardorf, der bereits vor drei Jahren ein ähnliches Verbrechen versuchte. Das gestohlene Geld, zirka 700 Franken, hat er bei der Verfolgung auf der Straße fortgeworfen und Arbeiter konnten es der Bank wieder übergeben.

Neckarbrückenbau Obrigheim—Diedesheim

Die Zustände auf der vor 100 Jahren errichteten Schiffsbrücke bei Obrigheim sind unhaltbar. Die Mängel zeigen sich namentlich bei ungünstigen Wasserstandsverhältnissen und wurden schon 1848 bei den bad. Landständen Vorstellungen erhoben zwecks Erstellung einer festen Neckarbrücke. Ebenso hat die Brückenangelegenheit i. J. 1912 den Badischen Landtag beschäftigt. Lastwagen erleiden hier einen Aufenthalt von ¼ Stunde und Wagen über 80 Zentner dürfen die Brücke überhaupt nicht benutzen. Der Verkehr ist an dieser Stelle außerordentlich rege. Im Mai ds. Js. passierten über 22 000 Personen, 6000 Radfahrer und 1100 Kraftwagen die Brücke. Zudem ist mit einer gewaltigen Verkehrszunahme zu rechnen, weil die Verkehrsstraße über den Neckar bei Obrigheim den kürzesten Weg darstellt, der die Pfalz und das badische Mittel- und Unterland mit dem badischen Hinterland bis Würzburg verbindet. Sie hat bei mäßigen Steigungen eine breite Fahrbahn, weshalb der Großhandel Unterbadens und der Pfalz sie bevorzugt, um seine Waren mittels Kraftwagen seinen Kunden zuzuführen, so z. B. aus der Pfalz (Wein), aus Mannheim, Heidelberg, Karlsruhe, Bruchsal und Sinsheim.

Dieser Tage hat nun die Brückenbaukommission den interessierten Gemeinden eine Denkschrift mit einem von der Firma Grün & Bilfinger ausgestatteten Entwurf der Neckarbrücke vorgelegt. Bei einer Fahrbahn von 7,50 Mtr. und einer Gehwegbreite von 2 Mtr. würde die Brückenlänge 250 Mtr. betragen. Die Hauptöffnung der Eisenbetonbrücke weist eine Spannweite von 80 Mtr. auf. Die Gesamtkosten belaufen sich auf 1 050 000 Mk., wovon etwa zwei Drittel mit 700 000 Mk. auf das Reich und ein Drittel mit 350 000 Mk. auf das Land entfallen würden.

Da der Betriebsaufwand der Schiffsbrücke sich jährlich auf 30 000 Mk. beläuft und die jetzige Brücke bei der Neckarkanalisation der Teilstrecke Obrigheim—Diedesheim, die 1930 in Angriff genommen werden soll, ohnedies mit großem Kostenaufwand verlegt werden müßte, ist es keine Frage, daß dieses Verkehrshindernis verschwinden und einer festen Brücke Platz machen muß. Eine entsprechende Entschließung der Vertreter des Wirtschaftslebens Badens und bad. Gemeinden ist an die bad. Regierung und Landtag abgegangen.

Singener Brief

= **Singen-Hohentwiel**, 18. Okt. Der Erfolg der Bautätigkeit im Gebiet des neuen Güterbahnhofs ist nunmehr deutlich wahrnehmbar. Nachdem die beiden Unterführungen im Osten des Bahnhofs fertiggestellt waren, galt es die Zufahrtsstraßen herzustellen; eine Heidenarbeit, da tausende von Kubikmeter Erde freigemacht und weggeschafft werden mußten. Ein schönes Bild ist es allerdings nicht, das große Logierhaus des Eisen- und Stahlwerkes so in der Luft hängen zu sehen. Die große Wagenreparaturwerkstatt ist nun fertiggestellt. Dieser Tage wurde der Bau des Aufnahmegebäudes vergeben, die Stangen sind schon gesteckt und wenn der Winter einigermaßen gnädig ist, wird das Gebäude bis Frühjahr erstellt sein. Leider sind die Zimmerarbeiten nicht gleich mitvergeben worden. Vielleicht läßt sich das bald nachholen, damit unsere Zimmermeister im Winter die Vorbereitungen treffen, sie das Holz einbinden könnten, um im Sommer wieder freie Hand für unsere Wohnungsneubauten zu haben. — Wenn auch der Verkehr mit großen Gutern z. Zt. nicht den Umfang der früheren Zeit angenommen hat, so sind die Beamten doch reichlich beschäftigt, da großer Verkehr mit Kurzstücken zu verzeichnen ist, was natürlich mehr Arbeit gibt, als wenn man ganze Wagenladungen abzufertigen hätte.

Die Obstpreise sind hier, im Verhältnis zur nahen Schweiz, wo sonst alles 50—80 Prozent teuerer ist (die Gehälter und Löhne sind entsprechend höher wie bei uns), viel zu hoch — im ganzen Seegebiet. Es wird aus dem nahen Ramsen, Stein a. Rh. u. a. schweizer Orten viel Obst hereingebracht und geholt und kostet dies trotz Zoll und Abgaben 10 Mk. weniger wie bei uns. Allerdings hat die Schweiz ein gutes Obstjahr.

Wenn auch der Verkehr zwischen den Bewohnern an der Grenze von Baden und der Schweiz jetzt ein von den Behörden weniger eingezwängter ist, wie früher, so müssen wir dennoch dahin streben, daß wir wieder frank und

frei und wo wir wollen, die Grenzen passieren können. Verwandtschaftliche und Beziehungen freundschaftlicher Art verbinden uns mit den Bewohnern der benachbarten Schweiz, die im Verhältnis Karlsruhe zu Mühlburg oder Daxlanden nahe bei uns wohnen. Auch Geschäfte führen hinüber wie herüber und Zollwächter sind überall — die sollen unseretwegen ihres Amtes walten. Aber außer den Schweizer Stumpen und Schokolade ist alles in der Schweiz fast das Doppelte so teuer wie bei uns und man braucht nicht zu fürchten, daß da viel geschmuggelt wird. Aber eines haben die Verhandlungen doch bewiesen. Von Schweizer Seite war immer behauptet worden, die Deutschen (deutsche und badische Regierung) trügen Schuld, wenn der Grenzverkehr sich so widerhaarig gestalte. Die letzten Verhandlungen haben dargetan, daß die Schweizer den Hemmschuh bilden — was wir schon lange wußten, wenn auch der eine und andere Kanton entgegenkommend waren und sein wollten und mit dem betr. deutschen Bezirksamt Erleichterungen zu schaffen sich bemühten. Und dann irgend ein anderer Kanton oder Kantönchen und es folgte die „Nase" von Bern und von Karlsruhe.

Tagungen

Tagung des Badischen Verkehrsverbandes in Gengenbach.

TU. **Gengenbach**, 20. Okt. Unter sehr zahlreicher Beteiligung von Vertretern der Behörde sowie der Gemeinde- und Kurverwaltungen, der Verkehrsvereine, Verbände und Körperschaften aus ganz Baden fand am Samstag hier eine Tagung des Landesausschusses des Badischen Verkehrsverbandes unter der Leitung des Präsidenten. Tagung vorausgegangene Sitzung des Vorstandes ten, Generalkonsul Menzinger, statt. Eine der ergab durch eine interne Aussprache die Klärung verschiedener wichtiger Fragen. In dem umfangreichen, von Syndikus Rieger erstatteten, Bericht wurde einleitend auf die ungünstige Entwicklung des Fremdenverkehrs im abgelaufenen Sommer hingewiesen. Rein zahlenmäßig könne zwar überall eine Zunahme der Frequenz festgestellt werden, doch bleibe das wirtschaftliche Ergebnis trotzdem unbefriedigend. Die Ursache wird in der allgemein verminderten finanziellen Leistungsfähigkeit und in der starken Abwanderung des Verkehrs nach dem Auslande erblickt, demgegenüber der Verkehr aus dem Ausland nach Deutschland nur einen mäßigen Umfang erreichte.

Die Werbetätigkeit für das badische Land, die eine Hauptaufgabe des badischen Verkehrsverbandes darstelle, müsse deshalb verstärkt und vertieft werden. Aus den weiteren Ausführungen ist zu entnehmen: Die Hauptwerbeschrift „Wegweiser und Hotelführer" erschien in einer Auflage von 30 000 Stück und fand eine außerordentlich günstige Aufnahme und Beurteilung sowohl in der Tagespresse als bei den Reise- und Verkehrsbüros und den Fremdenbetrieben. Für das kommende Jahr soll die Auflage auf 40 000 erhöht und daneben eine kleinere Drucksache mit einer Reliefdarstellung des badischen Landes in gleich großer Auflage erscheinen. Die sonstigen Veröffentlichungen des Verbandes, insbesondere ein Faltprospekt über das erstellte große Relief (Auflage 100 000) fanden weiteste Verbreitung. Das neue Prachtwerk „Oberrhein—Schwarzwald—Bodensee" sowie die zehnjährige Jubiläumsausgabe des „Badischen Kalenders 1926" verdienen besondere Beachtung. Ueber die Herausgabe einer Verkehrs- und Reisezeitschrift über Baden ist eine endgültige Entscheidung noch nicht getroffen. Auf allen Bahnhöfen Deutschlands sollen Uebersichtskarten der Schwarzwald- und Höllentalbahn ausgehängt werden. Auf den Bahnhöfen in Baden außerdem Verkehrs- und Touristenkarten zur Orientierung der Reisenden. Anerkennung findet die Tätigkeit der Reichsbahndirektion Karlsruhe auf dem Gebiete der Verkehrswerbung, so die Erstellung eines Werbefilms „Vom Rhein durch den Schwarzwald zum Bodensee" und die Herausgabe einer größeren Auflage der Uebersichtskarten der Schwarzwald- und Höllentalbahn zwecks Verteilung auf der Deutschen Verkehrsausstellung in München.

Der Fahrplan hat in diesem Jahre erstmals seit dem Kriege ganz wesentliche Verbesserungen erfahren. Als wertvoll würde sich für Baden das frühere Inkrafttreten des Sommerfahrplanes ab 15. Mai erweisen. Neben einigen neuen Fahrplanprojekten bestehen noch Wünsche hinsichtlich der allgemeinen Beschleunigung des Schnellzugsverkehrs, der Vermeidung von regelmäßigen größeren Verspätungen, der Beibehaltung von bewährten Zügen, der Schaffung von Fahrgelegenheit auch zu verkehrsschwächeren Zeiten, insbesondere in den Abendstunden. Die Einführung des elektrischen Betriebes soll außer auf den Hauptlinien Basel—Heidelberg und Mannheim so rasch wie möglich auch auf den anderen wichtigen Linien, insbesondere den Gebirgsbahnen des Schwarzwaldes in Angriff genommen werden. Der durch Gewährung eines Darlehens von 1 Million Mark seitens des Landtags und weiteren Zuschüssen der beteiligten Gemeinden ermöglichte Ausbau der Bahn Titisee-Seebruck und Oppenau—Griesbach soll mit größter Beschleunigung erfolgen. Eine planmäßige Propaganda galt der Einführung der Kilometerhefte bei der Reichsbahn mit dem bereits bekanntgegebenen Erfolg, daß alle übrigen Systeme der Fahrpreisermäßigungen fallen gelassen und das Kilometerheft nunmehr im Vordergrund steht. Vom Kilometerheft erwartet man eine allgemeine Belebung des deutschen Reiseverkehrs und eine Abschwächung des Zugs nach dem Ausland. Die Sonntagskarten sollen zu allgemeinen Wochenendkarten von und nach allen Stationen unter Verwendung der gewöhnlichen einfachen Fahrkarten als Rückfahrkarten erweitert werden. In Verbindung mit den Bestrebungen auf Abschaffung des Visumzwanges als überholte unzeitgemäße Einrichtung muß darauf Bedacht genommen werden, den Besuchern unseres schönen Badner-Landes mit der herrlichen Bergwelt des Schwarzwaldes die besten Eindrücke von Land und Volk zu übermitteln, damit sie, in ihre Heimat zurückgekehrt, aufklärend und werbend für Baden wirken.

Im Anschluß an die mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen folgte eine eingehende Aussprache, an der sich u. a. Oberregierungsrat Schifferdecker als Vertreter der Reichsbahndirektion Karlsruhe beteiligte und der die Erfüllung mancher vorgebrachten Wünsche in Aussicht stellte, so Beschleunigung einiger wichtiger Schnellzüge, die Erweiterung des Werbefilms, den Aushang von orientierenden Touristenkarten auf den Bahnhöfen; auch sprach er die Hoffnung aus, daß die Neubaustrecke Titisee—Seebruck dem diesjährigen Wintersportverkehr noch dienstbar gemacht werden könne.

Nach 4½-stündiger Dauer konnte der Präsident unter herzlichem Dank für das durch die rege Aussprache gezeigte lebhafte Interesse die Versammlung schließen.

Land- und Hauswirtschaftliche Ausstellung in Freiburg.

TU. **Freiburg i. Br.**, 21. Okt. Das Badische Weinbauinstitut hat im Rahmen der Landwirtschaftlichen Ausstellung in Freiburg einige Gebiete seiner Tätigkeit in der Festhalle ausgestellt und zwar aus dem Gebiete des Weinbaues: Photographische Darstellungen badischer Weinbauanlagen, eine Sammlung der wichtigsten Bodenarten der badischen Weinbaugebiete, eine Darstellung der Verteilung der Rebsorten in Baden und Trauben der wichtigsten Rebsorten. Aus dem Gebiete der Kellerwirtschaft kamen die wichtigsten Chemikalien, die der Küfer und der Kellerwirt zum Ausbau der Weine benötigt und Apparate zur Filtration von Weinen zur Ausstellung. Die Hauptstelle für Pflanzenschutz hat Präparate, Tafeln und Tabellen ausgestellt, die die Reblaus, ihre Verbreitung in Baden und ihre Bekämpfung darstellen, ferner Präparate und Abbildungen über den Kartoffelkrebs, Präparate und Abbildungen über Getreide-Krankheiten, sowie eine Sammlung der wichtigsten Mittel zur Bekämpfung dieser Schädigungen. Außerdem sind in Stereoskopapparaten einige Rebkrankheiten und Rebschädlinge plastisch dargestellt.

Weiter hat das Institut am letzten Sonntag eine Besichtigung seiner Rebanlagen am Schloßberg und am Schlierberg veranlaßt. 800 Winzer haben dieser Einladung Folge geleistet und wurden von dem Direktor des Instituts und von Weinbauinspektor Röder unter Erläuterung der verschiedenen Versuche geführt. Außerdem wurde in kurzen Zügen der neue Weinbau, die Anlage von Amerika-Muttergarten, die Rebenveredelung und alles, was damit zusammenhängt, bei diesen Erläuterungen gestreift.

Heimatkurs in Wertheim.

TU. **Wertheim**, 20. Okt. Der vom Landesverein Badische Heimat veranstaltete Heimatkurs Wertheim wurde am Sonntag unter überaus zahlreicher Beteiligung mit einem Begrüßungsabend eingeleitet. Im Namen der Stadt Wertheim begrüßte Bürgermeister Bardon die Herren vom Landesverein Badische Heimat und betonte, daß die idealen Bestrebungen des Vereins wesentlich zur Vertiefung und Verinnerlichung des Heimatgedankens und des Heimatgefühls beitrügen und über die politischen Gegensätze hinweg zur Einigkeit führen. Für den Historischen Verein Alt-Wertheim entbot Kirchenrat Cammerer den Gästen ein herzliches Willkommen. Der Historische Verein Alt-Wertheim verfolge dieselben Ziele wie der Landesverein Badische Heimat; beide Vereine müßten sich gegenseitig Anregung geben. Der im Programm vorgesehene Vortrag über Familienforschung begegne in Wertheim besonderem Interesse, weil hier infolge des Umstandes, daß die Kirchenbücher in Wertheim bis zum Jahre 1556 zurück noch vorhanden seien, die Familienforschung eifrig betrieben werde. Pfarrer Kappes-Wertheim hielt einen Vortrag über die Entwicklung der Burg Wertheim.

Deutscher Goldschmiedetag in Gmünd.

TU. **Gmünd**, 21. Okt. Den Einführungsvortrag beim Deutschen Goldschmiedetag hielt der Direktor der Staatlichen Fachschule, Professor Klein. Das Ziel müsse sein, die deutsche Edelware in Stoff und Form und Ausführung besser und preiswerter als die Auslandsware herzustellen. An den Vortrag schloß sich eine Besichtigung einiger Betriebe der Gmünder Edelmetallindustrie an.

Wahl-Versammlungen

Donnerstag, 22. Oktober.

Bühl: abends; Reichstagsabg. Dr. Brüning, Kandidat Dr. Keßler.
Offenburg: abends; Justizminister Trunk.
Mosbach: abends, Finanzminister Dr. Köhler.
Villingen: abends, Landtagspräsident Dr. Baumgartner.
Bulach: abends 8 Uhr; Landtagsabg. und Stadtrat Kühn.
Walldorf: abends, Kandidat Notar Haas.
Neibsheim: abends 8 Uhr; Generalsekretär Baur.
Baden-Baden: Bezirksversammlung in Geroldsau im „Hirsch", Herr Lulay.
Oberweier bei Rastatt: abends 8 Uhr; Stadtverordneter Faßbender.
Sulzbach b. Ettlingen: abends 8 Uhr im „Adler"; Stadtrat Schwan.
Oberweier b. Ettlingen: abends 8 Uhr; Kandidat Engelmann.
Waldprechtsweier: abends 8 Uhr im „Adler"; Regierungsrat Kühn.
Forst: abends 7 Uhr in der Krone: Stadtpfarrer Weiskopf, Hauptlehrer Berberich.
Rheinsheim: Donnerstag abend 8 Uhr in der Kinderschule Frauenversammlung. Rednerinnen Hauptlehrerin Hildegard Bopp, Fr. Maria Birkenmeier.

Freitag, 23. Oktober.

Achern: abends; Justizminister Trunk.
Wiesloch: abends 8 Uhr; Finanzminister Dr. Köhler.
Gaggenau: abends 8 Uhr; Landtagspräsident Dr. Baumgartner.
Kuppenheim: abends 8 Uhr; Reichstagsabg. Ersing.
Weingarten: abends 8 Uhr; Landtagsabg. Eberhardt.
Eppingen: abends 8 Uhr; Landtagsabg. Stadtrat Kühn.
Baden-Oos: abends 8 Uhr; Professor Krause.
Jöhlingen: abends; Stadtverordneter Wild.
Grötzingen: abends, Herr Lulay.
Forchheim: abends, Reg.-Rat Kühn.
Baden-Baden: abends im „Löwenbräu" Vertrauensmännerversammlung.
Oetigheim: Frauenversammlung; Frau Siebert.

Samstag, 24. Oktober.

Untergrombach: abends 8 Uhr; Finanzminister Dr. Köhler.
Seckenheim: abends, Landtagspräsident Dr. Baumgartner.
St. Leon: abends, Reichstagsabgeordneter Dir. Sonner.
Oetigheim: abends, Landtagsabg. Kühn, Reg.-Rat Kühn.
Etzenrot: abends 8 Uhr; Generalsekretär Baur.
Wöschbach: abends 8 Uhr im „Rathaus"; Stadtverordneter Faßbender.
Ebersteinburg: abends, Prof. Herr-Baden.
Daxlanden: abends 8 Uhr im „Hirsch" Reichstagsabg. Dir. Sonner.
Plittersdorf: abends, Herr Moser.
Oos-Scheuern b. Baden-Baden: abends 8 Uhr in der „Laube", Oberfinanzinspektor Stadelbacher.
Ottenau: abends, Herr Lulay.
Hörden: abends, Handelslehrer Dr. Schneider.
Muggensturm: abends, Handelslehrer Dr. Kräßig.
Schöllbronn: abends, Prof. Krause.
Steinmauern: abends, Stadtverordneter Direktor Wittmann.
Bietigheim: abends, Reichstagsabgeordneter Ersing.
Würmersheim: abends, Herr Müller-Rüppurr.
Odenheim: abends 8 Uhr im „Engel" Stadtrat Dr. Duttenhofer, Hauptlehrer Berberich.

Schwurgericht

TU. **Karlsruhe**, 21. Okt. Wegen Meineids hatte sich in der heutigen Verhandlung, die unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Rubmann vor sich ging, der Landwirt und Ratschreiber Johannes Eppele aus Obergrombach bei Bruchsal zu verantworten. Der Angeklagte hatte in einer Zivilprozeßangelegenheit der Gemeinde Obergrombach mit dem Pachter einer Jagd in einem beschworenen Protokoll nachträglich eine Aenderung vorgenommen. In der strittigen Sache handelte es sich um eine Nachzahlung, die von den Jagdpächtern bei Umstellung des Pachtzinses auf Goldmark geleistet werden sollte.

Bei seiner Vernehmung erklärte der Angeklagte, daß in einer Vorbesprechung des Gemeinderats zur Festsetzung des Pachtzinses, die im Januar stattfand, der Pächter Lauber erklärt habe, daß man nun, da man doch einmal beisammen sei, auch den Pachtzins für die nächsten 5 Jahre (800 GM.) festsetzen solle. Auch für das Jahr 1923/24 wurde von den Pächtern 800 Mark verlangt. Sie weigerten sich jedoch, da sie in der Inflationszeit für die Jagd schon einmal 33 000 Mark bezahlt hatten. Da auch vor dem Pachteinigungsamt in Bruchsal keine Einigung erzielt wurde, kam die Sache vor das Amtsgericht als Zivilklage. Der Angeklagte erklärte, in dem Protokoll der Gemeinderatssitzung habe er die Aenderung zusammen mit dem Bürgermeister vorgenommen. Die Aenderung sei erfolgt um das Protokoll zu berichtigen und der Bürgermeister habe die Zulässigkeit bestätigt. Gegen das Urteil des Amtsgerichts legten dann die Pächter Parola und Lauber Berufung ein, da sie die Nachzahlung für 1923/24 nicht anerkannten. Bei dieser Verhandlung versicherte nun der Angeklagte unter Eid, er habe im Gemeinderatsprotokoll nichts geändert. Wegen dieser falschen eidlichen Aussage erfolgte die Anklage wegen Meineids.

Nach Brasilien

Von Otto Alfred Bauer, Blumenau, Brasilien.

VI.

Wie ich schon andeutete, ist das Verkehrsnetz noch nicht ausgebaut. Der Platz Blumenau hat zum Meer neben dem Wasserwege nur eine Fahrstraße, die aber in der Regenzeit zu wünschen übrig läßt. Wohl ist die Stadt der Ausgangspunkt der Estrada de Ferro de Santa Catharina (Sa. Catharina Eisenbahn). Diese ist aber nur Sackbahn und mißt nicht mehr als etwa 70 Kilometer. Sie verbindet den Platz mit den Ländereien der Hanseatischen Kolonisationsgesellschaft und endet mit der Station Hansa, dem Bahnhof für Hammonia, dem Sitz der genannten Gesellschaft. Die Fahrt auf dem Schmalspurbähnchen ist genußreich. Sie erinnert, wenn man sich die tropische Vegetation „wegdenkt" an unser Nagoldtalbähnle. Man hat bereits begonnen die Bahn nach dem Hochland weiterzuführen. Der Schienenstrang liegt aber noch nicht und die Arbeiten sind vorläufig wieder eingestellt. Paciencia! Das Land hat Zukunft und es wird mit der Zeit bestimmt dem Verkehr erschlossen, wenn auch das Tempo, mit dem gearbeitet wird, nicht gerade nordamerikanisch ist.

Der Autoverkehr auf den Straßen ist enorm. Im Winter, in der Regenzeit, werden die Wege zu wahren Automobilmördern. Henry Ford, der in Sao Paulo eine Filialfabrik unterhält, macht gute Geschäfte, da hier fast ausschließlich Fordwagen gefahren werden, wegen deren Billigkeit.

Durch das Auto wird eine Gattung Geschäftsreisender, die Musterreiter, immer mehr und mehr verdrängt. Die Musterreiter sehen gefährlicher aus, als die Pforzheimer Tiger, trotzdem letztere einen blutdürstigen Namen haben. Der Musterreiter sitzt, bewaffnet, auf einer Mule (Maulesel) und führt an der Leine ein Saumtier gleicher Gattung mit sich, auf dem die Musterkollektion verstaut ist. Solch ein Musterreiter führt so ziemlich alles, was der brasilianische Kolonist oder Vendist (Ladeninhaber) gebrauchen kann: Lebensmittel, Kurz-, Eisen-, Metallwaren, Werkzeuge, Tabakspfeifen, Stiefel, Chocolade, Bonbons usw. Zumeist vertritt diese wandernde Messe mehrere Firmen und diese Reisenden sollen ziemlich viel Geld verdienen. Aber diese Kategorie reisender Kaufleute ist dem Aussterben verfallen.

Der moderne brasilianische Reisende hat seine, durchaus internationales Gesicht tragenden Koffer im Fordauto verstaut, während er selbst am Steuer sitzt. Auch diese Viajantes verdienen Geld, doch ist es nicht jedermanns Sache, immer im Auto auf der Landstraße zu liegen. Wenn man die Verhältnisse studiert und die Landstraße einigermaßen beherrscht, hat man als Deutscher schon Chancen, Anstellung zu finden. Man darf es sich natürlich nicht verdrießen lassen, sich auf den Hosenboden zu setzen und zu lernen. Viele, die hierherkommen, begehen die Unklugheit, ohne erst die Verhältnisse zu studieren, sich gleich in ein Unternehmen zu stürzen. Gewiß, manchen, die einen scharfen Blick für wirtschaftliche Verhältnisse haben und sonst Tüchtiges leisten, ist es schon gelungen, auf den ersten Wurf vorwärts zu kommen. Aber die meisten müssen Haare lassen oder Lehrgeld bezahlen, auch wenn sie noch so gescheit von drüben hierherkommen. Dies, ohne daß sie besonders betrogen würden. Nein, meistens „tappen" sie aus Unkenntnis der Verhältnisse selbst hinein.

Es gibt ein altes brasilianisches Sprichwort, das auch von Tschudi in seinem Brasilienbuch zitiert wird: „Quem furtou pouco, fica ladrao; quem futou muito fica barao", das übersetzt etwa heißt: „Wer wenig stiehlt, bleibt (wird) Dieb, wer viel stiehlt (gestohlen hat) bleibt (wird) Baron." Also eine Analogie zu unserem deutschen Sprichwort: „Den kleinen Dieb hängt man, den großen läßt man laufen." Diese Sprichwörter sind für die Rechtspflege nicht gerade schmeichelhaft, aber solche Weisheiten pflegen gerne boshaft zu sein. Man darf eben für die hiesigen Verhältnisse den deutschen Maßstab nicht anlegen. Schon die hiesigen Entfernungen und der Umfang eines Polizeidistrikts bedingen ganz andere Verhältnisse. Gestohlen im wirklichen Sinne des Wortes wird übrigens wenig. Ich habe schon mein Handgepäck an der Straße im Wagen liegen lassen, ohne daß etwas gestohlen worden wäre, trotzdem ich in einem Falle mehrere Stunden weg war und der Wagen ohne irgend welche Aufsicht dastand.

Man spricht hier von einer Entfernung, die der Pforzheim-Darmstadt entspricht, etwa wie von der Nachbarschaft und gebraucht die Redewendung „da oben", als wenn man in Pforzheim vom Wartberg oder Rod spräche. So kommt es, daß in vieeln Fällen der Arm des Steuerfiskus weiter in den Urwald hineinreicht als der des Staatsanwalts. Steuern zahlt man nämlich hier auch. In der Konsum(verbrauchs)steuer ist so ziemlich alles erfaßt, was Lebensbedürfnisse heißt. Sogar Butter und Käse zahlen Verbrauchssteuer und tragen den Steuerstempel. Hingegen zahlt der kleine Mann keine direkte Einkommensteuer, da jährliche Einkommen unter 10 Contos de Reis (etwa 4100 Goldmark) steuerfrei sind. Außerdem gibts noch Berufs-, Kapital- usw. Steuern.

Leider haben sich gerade in letzter Zeit verschiedene Fälle zugetragen, wo Leute von drüben, sich durch Betrügereien fortgeholfen haben. So hat ein Ehepaar aus Celle in Hannover verschiedene Betrügereien begangen. Andere, mehrere junge Leute, verstanden es, unter der Maske künftiger Schwiegersöhne einen Kolonisten zu bestimmen, mit ihnen nach Deutschland zu reisen. Nachdem der Mann seinen Besitz verkauft hatte, prellten sie ihn in Sao Paulo um sein Geld. Traurige Fälle, die dazu angetan sind, das Ansehen der Reichsdeutschen zu schädigen, was umso bedauerlicher ist, als man am Anfang als „Neudeutscher" (allemao novo) oft genug einem aus vorgefaßter Meinung entsprungenen Mißtrauen begegnet, wobei, wie immer der Gerechte mit dem Ungerechten leiden muß. Man verallgemeinert solche Fälle, wie auch umgekehrt, mancher Fall, wo ein Neuer von draußen der „Geschäftstüchtigkeit" eines Einheimischen zum Opfer gefallen ist, verallgemeinert wird.

Wie schon gesagt wurde, ist es einigermaßen schwierig, gleich sein Brot zu finden. Handwerkern und Landwirten fällt es verhältnismäßig am leichtesten, sich zu etablieren. Ungelernte (Hilfs-) Arbeiter verdienen 5—8 Milreis pro Tag, während es ein tüchtiger Facharbeiter auf 12—15 Milreis bringen kann. Große Ersparnisse zu machen, ist also nicht leicht, zumal die brasilianische Valuta auch auf ziemlich wackligen Beinen steht. Dazu kommt noch, daß alles, außer Lebensmitteln, unverhältnismäßig teuer ist. Ein Paar Schuhe kostet z. B. 35—60 Milreis, ein anständiger Hut 30—60 Milreis, ein Wollanzug 220—350 Milreis. Die Sozialgesetzgebung liegt natürlich in einem jungen Lande mit noch jüngerer Industrie in den Windeln. Krankenversicherung existiert nicht. Hinsichtlich der Folgen eines Unfalls ist der Arbeitnehmer durch das Arbeitsunfallgesetz vom 12. März 1919 geschützt. Dieses Gesetz verpflichtet durch sehr genau ausgearbeitete Bestimmungen den Arbeitgeber ohne Ausnahme, also Industrielle, Kaufleute, Handwerker, Landwirte, zur Zahlung sämtlicher Schäden, die ein Arbeiter durch Unfall während der Arbeit erleidet. Für den Invaliditäts- und Todesfall ist eine einmalige Entschädigung an den Verunglückten bezw. dessen Hinterbliebene vorgesehen, die je nach dem Lohne des Verunglückten bis 7 Contos de Reis (etwa 3—3500 Goldmark) betragen kann. Da das Gesetz in seiner Wirkung sehr einschneidend ist und für Arbeitgeber ein ziem-

In seiner weiteren Vernehmung erklärte Ratschreiber Eppele, er sei bei der damaligen Vereidigung aufgeregt gewesen und habe ohne Ueberlegung seine Aussage gemacht. Als ihm bald darauf eingefallen sei, daß die Sache mit dem Protokoll nicht stimme, habe er die Absicht gehabt, nach Karlsruhe zu fahren und den Vorfall zu berichtigen.

Bei der Zeugenvernehmung erklärte der Pächter Paroli, in der Gemeinderatssitzung sei von einer Nachzahlung für 1923/24 gar nicht gesprochen worden, man habe die 800 Mark nur für die Jahre 1923/25 und nicht für vergangene Jahre festgesetzt.

*

In der fortgesetzten Verhandlung der Meineidsklage gegen den Landwirt und Ratschreiber Johannes Eppele aus Obergrombach erklärte der als Zeuge vernommene Notar Wendelin, daß ihm an dem Angeklagten eine große Vergeßlichkeit aufgefallen sei. Weitere Zeugen machen unwesentliche Aussagen.

Der Staatsanwalt Dr. Ullrich beantragte eine Zuchthausstrafe von 1 Jahr und 2 Monaten, die unter Milderungsgründen zu einer Gefängnisstrafe von 6 Monaten ermäßigt werden könnte.

Der Verteidiger Dr. Duttenhofer beantragte, den Angeklagten freizusprechen.

Das Urteil des Gerichts lautete auf Freisprechung.

Karlsruhe

den 22. Oktober 1925

Sozialistische Wahldemagogie.

In der „Mietervereinigung Karlsruhe" hat der Herr Vorsitzende Abele am letzten Dienstag u. a. „festgestellt, daß der Bad. Beob. die Aufnahme des Inserats, in dem zu der Versammlung eingeladen wurde, abgelehnt hatte". So berichtet der Volksfreund Nr. 244. Wir stellen dazu fest, daß das Inserat allerdings von uns abgelehnt wurde, aber nicht, weil wir irgend etwas dagegen haben, wenn die Mieter, zu denen ja auch Redakteure und sonstige Angestellte des Bad. Beob. gehören, ihre Interessen vertreten; vielmehr nehmen wir von der „Mietervereinigung Karlsruhe" seit dem Tag kein Inserat mehr auf, an dem laut Bericht des Volksfreunds dem Bad. Beob. in einer Versammlung der Vereinigung der Vorwurf gemacht wurde, das Geld für das Inserat nehme er an, aber im übrigen kümmere er sich nichts um die Mietervereinigung. Jedermann wird zugeben, daß wir darauf weiterhin nur mit Verweigerung des Inserats reagieren konnten, um uns nicht falschem Verdacht auszusetzen. Die Mietervereinigung hat sich übrigens auch diesmal ausdrücklich gegen „sämtliche bürgerliche Parteien" — das Zentrum wird eigens genannt — gewendet und damit wiederum bewiesen, daß sie sich dem sozialistischen Ideenkreis zurechnet, bezw. dem Klassenkampf huldigt. Das Zentrum lehnt zwar für sich den Begriff der bürgerlichen Partei, den es für veraltet und auf unsere Verhältnisse nicht mehr anwendbar hält, ab. Das Zentrum bekennt sich zur Volksgemeinschaft, die keine bürgerliche Ausschließlichkeit kennt. Aber da die Mietervereinigung in ihrer Erkenntnis des Tatsächlichen noch nicht soweit fortgeschritten ist und das Zentrum als „bürgerlich" bezeichnet, so müssen wir eben daraus ihr gegenüber die Folgerungen ziehen. Im übrigen machen wir darauf aufmerksam, daß der Bad. Beob. von jeher die Bemühungen des Karlsruher Mietervereins, der sich unter Mithilfe eines Redakteurs des Bad. Beob. von der Mietervereinigung abgezweigt hat, mit Interesse verfolgt hat, woraus sich ergibt, daß der Bad. Beob. zwar den Interessen der Mieter, nicht aber dem sozialistischen Klassenkampf, Verständnis entgegenbringt.

Vortrag, Fremdenlegionär Max Kirsch, Freitag, 23. Oktober 1925.

Wer kennt nicht den Fremdenlegionär Max Kirsch?

Es ist einer der jungen Deutschen, der die ganzen Härten des französischen Systems der Fremdenlegion gekostet hat, eingesperrt ohne Wasser bei glühender Hitze im Wüstensande eingegraben usw. Derselbe wurde von den Franzosen zum Tode verurteilt und nur durch romanhafte Umstände ist es ihm gelungen, sich von den Franzosen frei zu machen. Wie Kirsch, der ohne Erlaubnis der Franzosen, mit Hilfe von Türken und aufständischen Beduinen durch das Französisch-Syrische Gebiet in das Mossulgebiet hineinfuhr, eine Tat, die nur ein verwegener Draufgänger, wie es Kirsch ist, vollbringen kann. Max Kirsch, der bekannte Fremdenlegionär, der vor kurzem über Indien aus Persien zurückgekehrt ist, schildert in diesem Vortrage, wie er mit einer Gruppe deutscher Kameraden auf einem vollbeladenen N. A. G.-Lastwagen eine, an außerordentlichen Erlebnissen reiche, Pionierfahrt von Berlin durch Oesterreich-Ungarn, Jugoslavien, Bulgarien, die Türkei nach Konstantinopel, dann quer durch Anatolien, Kurdistan, das Mossulgebiet und den Irak über Bagdad nach Persien unternahm und damit eine seltene Leistung vollbrachte. Karten zu Mk. 3.60, 2.40, 1.20, inkl. Steuer, in der Musikalienhandlung Fr. Müller, Kaiser- Ecke Waldstraße. — Ueberall ausverkaufte Säle.

Wohlmuth-Vortrag.

Im Handelskammersaal sprach Samstag abend auf Veranlassung der G. Wohlmuth & Co. A.-G., Furtwangen (Schwarzwald), Herr Dr. med. Brandes aus Berlin über „Die Heilwirkung des elektrogalvanischen Schwachstromes und seine Anwendung in der häuslichen Gesundheitspflege". Den äußerst lehrreichen Ausführungen des gewandten Redners entnehmen wir, daß der galvanische Schwachstrom zwar nicht als ein Allheilmittel für alle Krankheiten zu benützen, wohl aber für gewisse Krankheitserscheinungen, wie namentlich für Stoffwechselstörungen, Rheumatismus, Gicht, Erkrankungen der Schilddrüse, der Adern und des Blutes selbst, als wirkungsvolles Heilmittel anwendbar ist. Herr Dr. Brandes hat es den Zuhörern verständlich zu machen verstanden, daß der galvanische Schwachstrom nicht etwa nur eine suggestive Einwirkung auf den Kranken ausübt, sondern wirklich für das moderne Heilwesen unbedingt als Heilfaktor an erster Stelle genannt werden muß. Als besonders geeignet für die häusliche Gesundheitspflege erweist sich der von den Wohlmuth-Werken in Furtwangen hergestellte elektro-galvanische Schwachstromapparat. Eine Reihe erläuternder Lichtbilder, sowie eine kleine Ausstellung von Erzeugnissen der genannten Firma, vervollständigten des Redners Ausführungen, welche von den zahlreich erschienenen Interessenten mit sichtlicher Aufmerksamkeit verfolgt wurden. —

Heinzelmännchen.

Wer hat nicht schon das Märchen von den Heinzelmännchen gelesen, aus einer schönen Zeit, in der die faulen Menschen sich ruhig aufs Ohr legen konnten: die fleißigen Wichtelmännchen schafften alles.

In der Spielwarenausstellung der Firma Hermann Tietz, die gestern eröffnet wurde, sehen wir das bekannte Motiv in acht Bildern anschaulich vor uns. Nach einem Bilderbuch eigens für diesen Zweck durch Künstler angefertigte Puppen, teilweise von überwältigender Komik, werden in einzelnen wirkungsvoll beleuchteten Abteilungen durch eine Transmission in Bewegung gesetzt. Eine erstaunliche Leistung der Mechanik. Wie wird da emsig geklopft, gewurstelt und geknetet, gezimmert und geschneidert in überzeugender „Lebendigkeit".

. . . . und eh' der Faulpelz noch erwacht, war all sein Tagwerk schon vollbracht! Nur der vorwitzigen Schneidersfrau, die heimlich Erbsen streute, ist es zu danken, daß die Zwerge gestohen sind, zum großen Leidwesen der Schlafmützen, deren Erstaunen darüber, daß sie nun alles selber schaffen müssen, in der letzten Szene ergötzlich zum Ausdruck kommt. Auf den Beschauer übt die Ausstellung einen romantischen Zauber aus und bildet das Entzücken der Kleinen. Als Schöpfer des originellen Werkes kann Chefdekorateur Weiß genannt werden. Wir können die Besichtigung unseren Lesern nur empfehlen. Wi.

Polizeibericht vom 21. Oktober 1925.

Ein Kellerbrand entstand gestern vormittag in einem Hause in der Gartenstraße, der noch rechtzeitig von dem Hauseigentümer gelöscht werden konnte. Die herbeigerufene Feuerwache konnte ohne einzugreifen alsbald wieder abrücken.

Unfälle: In einem Betrieb der Oststadt fiel gestern vormittag einem 21 Jahre alten Polierer von hier eine Maischmaschine, welche er abzumontieren hatte, auf den Rücken, wodurch er eine schwere Rückenverletzung erlitt. Er mußte mittelst Krankenauto nach dem städt. Krankenhaus verbracht werden.

Im Rheinhafen stürzte gestern vormittag ein 19jähriger Maurer von hier von einem Baugerüst ab und trug eine erhebliche Rückenverletzung davon. Auch er fand Aufnahme im städt. Krankenhaus.

Zusammenstoß: Gestern nachm. fuhr an der Haltestelle beim Moninger ein Personenkraftwagen auf einen in gleicher Richtung fahrenden Kraftwagen auf, wodurch beide Wagen leicht beschädigt wurden. Personen kamen nicht zu Schaden.

Festgenommen wurden: Ein 18 Jahre alter Koch und ein 17 Jahre alter Schlosserlehrling von hier, weil sie am 20. ds. Mts. in einem Geschäft in der Südstadt hier Schuhe entwendeten, ferner 6 Personen wegen verschiedener strafbarer Handlungen.

Wo sind die Gewinne der Bad. Jugendherbergswarenlotterie zu sehen?

Die von den Bad. Jugendherbergen und dem Caritasverband, Erzdiözese Freiburg, veranstaltete Warenlotterie hat allenthalben großen Anklang gefunden. Besonders begrüßt wird es im ganzen Lande, daß die zur Verlosung gelangenden Gewinne in den betr. Geschäften zur Ausstellung gelangen. Am hiesigen Orte sind bei der Firma Brodführer, Kaiserstr. 5, Gritzner-Fahrräder und Nähmaschinen, Trefzger Filiale, Kaiserstr. 97, eine Drei-Zimmereinrichtung und ein Herrenzimmer, Glock u. Co., Kaiserstr. 89, Projektionsapparate, Burchard, Kaiserstraße 143, eine Damenwäscheausstattung, Freundlieb, Kaiserstr. 185, Wanderkram, Musikhaus Fr. Müller, Kaiserstraße, Radioapparate, ausgestellt. Es dürfte sich empfehlen, die ausgestellten Waren einmal näher anzusehen und bei der Gelegenheit gleich eine Anzahl Lose zu kaufen. Wer eine gerade und eine ungerade Nummer kauft, ist eines Gewinnes sicher, da jedes 2. Los gewinnt. Der Preis des Loses (50 Pfg.) ist absichtlich niedrig gehalten, um auch den unteren Volksschichten die Möglichkeit zu bieten, auf billigem Wege zu guten Waren zu kommen.

Veranstaltungen

Konzert Arányi-Groß. Kommenden Montag, den 26. Oktober, werden unsere Musikfreunde wieder Gelegenheit haben, den hervorragenden Violin-Virtuosen Francis F. Arányi, der sich vor zwei Jahren so glänzend bei uns eingeführt hat, wiederum im Karlsruher Eintrachtssaal zu hören. Der Künstler hat sich inzwischen zu einem der allerersten Vertreter seines Faches empor entwickelt, er ist nicht nur ein ernster Musiker, sondern auch ein virtuoser Beherrscher seines Instrumentes. Auch in diesem Konzert wird wiederum Dr. Wilhelm Groß, der inzwischen auf dem Kammermusikfest in Venedig viel von sich reden machte, den Klavierpart übernehmen und auch eigene Klavier-Kompositionen zum Vortrag bringen. Die Kartenausgabe in der Konzertdirektion Kurt Neufeldt hat begonnen.

Politische Gardinenpredigt

Von Bienchen Truchtelfinger.

Verehrter Herr Chefredakteur!

Heut muß ich Ihne mei Leid klage. Indem, daß doch en Vortrag vom Herr Reichsbankpräsident Dr. Schacht statttg'funde hat, un ich kei Einladung kriegt hab. Wo doch mei Medard im Ortsausschuß isch. Der Medard hat zwar zu mir g'sagt: „Bienche, du leidsch am Größewahn!"

Awer des isch gwiß nit wahr, Herr Chefredakteur. Ich weiß ganz gnau, daß ich nur en Meter dreiundfünfzig groß bin, und 's hat mir noch immer gnügt. Ich hätt nur gar zu gern so allerlei g'hört, was ich gern wisse möcht. Hinde nach hin ich ja e bißle getröscht, weil ich nix glese hab, daß er von de Steure un Zöll gredet hätt. Un grad des hätt mich interessiert. Mei Medard hat g'sagt, „zahle musch, Bienche, un des kann dir genüge." Da bin ihm awer komme. Isch des au e Ansicht vom Mann vonere Staatsbürgerin. Solle mir selle Roll jetz iwernemme, wo ihr Männer im alte Staat so heftig abg'lehnt hawet, zahle un 's Maul halte? Medard, du musch im Frauebund den Winder die G'meinschaft üwer d' Frauebewegung mitmache, daß zuere bessere Würdigung des weiblichen Geschlechts kommsch.

„Dei G'meinschaft gnügt mer" hat er brummt. Ich hab kei Zeit g'habt zum Händle, drum hab ich die Impertinenz vornehm üwerhört. Awer auf de politisch Zahn haw ich em e bißle g'fühlt. Er hat's Examen gut b'stande. Ich wollt's em au g'rate hawe. Dann isch mir unser Frau Dürrspindel aus'm vierte Stock in d' Händ g'laufe. Un die hat gleich anfange üwer d' Steuere un d' Zöll un s Zentrum loszuziehe, wie immer. Die isch mir g'rad recht komme.

„Jetz will ich Ihne emal was sage, Frau Dürrspindel," haw ich begonne. „Könne se sich noch erinnere, daß mir de Krieg verlore hawe un zahle müsse? Zahle, zahle! Jetzt weil mir des Davidsabkomme g'schlosse hawe, sin unsere Zahlunge in en feschte Plan bracht worde. Wenn mer awer irgend wo was schuldig isch, so muß mer e Sicherheit stelle. E Pfand, heißt mer des. Des isch ung'fähr so, wie wenn Sie als vor Fastnacht ihre Better auf's Leihaus trage hawe, damit se Geld für de Maskeball kriegt hawe. Als Sicherheit für d'Rückzahlung sin die Bette gewe g'wese." Sie hat e bißle fauche wolle, awer aus gute Gründ isch se gleich still worde. „Also als Pfand für unsere Zahlunge hawe mir die Einkünft von de indirekte Steuere auf Lebensmittel un andere Sache geme, un mir müsse sorge, daß die auch en gewisse Mindestertrag bringe. D'Umsatzsteuer, wo ja sellemal d'Sozze auch mitg'macht hawe, isch runnberg'setzt worre."

„Des isch alles nix," hat des Weib g'schrie, „se solle so e große Einkommesteuer mache, daß es da raus kommt, die Reiche solle zahle!"

„Wenn's nur gingt," war mei Antwort. „Awer sogar in euerm Kommunischteparadies, in des ich Ihne von Herze neiwünsch hawe se des nit zweg bracht. Ich hab da so e kleine Blütele, die will ich Ihne doch kundtun. Awer setze se Ihne z'erscht! Also indirekte Abgabe werde erhobe in Rußland von Tabak un Zigarettehülse (dagege hätt ich nix, denn mein Medard verschtänkert mir die ganz Wohnung mit seine Glöble), auf Wein un Spiritus, Bier un Meth und Branntwein ('s wundert mich nur, daß sie noch aufem Alkohol keine hawe, awer freilich, der wird nit viel trunke, se bleiwe liwer bei Bier und Wein und Schnaps, des sin altehrwürdige Getränke, nit wie der neumodisch Alkohol). Auf Zucker und Salz stehn auch Abgabe, grad also wie bei uns. Auch auf Mineralwasser un Limonade (von letztere könne allerdings manche nit hoch gnug besteuert werde, damit de Leut ihr G'sundheit g'schützt isch). Auch von Tee un Kafe un sogar vom Malzkafe erhewe se im Zukunftsstaat Abgabe. Un wenn e arms alt's Mütterle um e gute Sterbschtund e Wachskerzle opfere will, so muß es auch dadrauf noch Abgabe zahle."

„Sell tät ich Ihne freilasse," Frau Truchtelfinger, „wenn ich wüßt, daß de dan recht bald erhört werde täte," hat se geknoddert.

„So" hab ich nur ganz vornehm erwidert, „da täte mich nur Ihr drei Würmle dauere. Dann wär's aus für die mit Schleckselbröter un mit Aepfele un mit ganze Hemedle." So viel Anstand hat se dann doch g'habt, daß se errötend stillg'schwiege hat. Ich hätsere awer auch nit anderscht rate wolle. Wie's jedoch so geht, lang hat se kei Ruh' g'habt. Un am andere Tag hat se von de Zöll ang'fange.

„Un da hat Ihr lieb's Zentrum au mit g'macht, Frau Truchtelfinger, mit dem elende Brotwucher."

Weil ich e friedlicher Mensch bin, hab ich mich dran gewe, ihre auch des zu erkläre. „Frau Dürrspindel," haw ich g'sagt, „Sie leihe zwar gern alles, Strupfer un Bese un Butzlumpe un Milch un Eier un Kartoffle." Mir sin Sie au noch drei Eier un en Hafe voll Milch un en Butzlumpe schuldig. Den letztere schenk ich Ihne, denn ich möcht en nimmer auf meim Stubbode hawe. Awer manchmal müsse se doch auch was kaufe, oder Sie gehn in die Spanischt. Un wenn Sie dann zum Kaufmann komme oder e Viertele Rotwein b'schtelle, dann sage Sie wahrscheinlich, Geld han ich nit, un auch sonscht nix zu bete, awer gewe Sie mir von dem was Ihne isch; Gell, un dann springe se alle un gewen Ihne, was Sie nur möchte? Oder müsse Se nit was dran gewe, Geld, wenn Sie kei Geld hawe, dann wasche Se als dr G'müsfrau oder Se butzere, awer umsonscht kriege Se höchstens was von mir! Stimmt's oder stimmt's nit?"

Se hat nur g'nickt.

„Also. Und jetz wolle mir Deutsche doch au lewe. Un unsere Arbeiter könne nur ihr Brot verdiene, wenn mir in's Ausland unsere Ware liefere könne. Sonscht müsse se verhungere Se wisse', ja au, wie's tut, wenn einer monatelang kei' Arbeit hat. Ihrer allerdings tät's 'sganz Jahr aushalte. Awer Ihne isch's doch recht niederträchtig gange. Awer unsere liewe Freund üwer alle Grenze, die wolle die deutsche Ware nit neinlasse. Drum setze se so hohe Einfuhrzöll drauf, daß die deutsche Ware dann viel teurer komme, als die ihre, un unverkäuflich sin. Jetzt mache mir's ewe mit ihre Ware grad so, un weil die uns in der Hauptsach' Lebensmittel, also Frucht, Mehl, Fett, Fleisch, liefere wolle, setzte mir ewe dadrauf auch Zöll. Auf un'gfähr drei Hundert andere Artikel, wo mir auch brauche könne, sin auch Zöll, awer von dene hört mer nix, nur ausg'rechnet von dene, wo unser Landwirtschaft en Nutze un nit die Arbeiterschaft alle n. Jetz also, wenn mir die Zöll hawe, dann könne mir au sage, was gewet Ihr uns dagege, wenn mir mit unsere Zöll runtergehn? Wenn Ihr wollet, daß mir Euere Ware billig neinlasse, dann geht au mit Euere Zöll runter. Und so wird's au komme. Gibsch Du mir was, geb ich Dir was, deß heißt mer Handel, un dazu sin in der Hauptsach unsere Zöll g'macht. Mer heißt des Verhandlungszöll. Geht Ihne jetz e bißle e Licht auf?? Un so maches sogar d'Russe. Die hawe auch auf Käs un Butter ganz hohe Zöll. Verschtande. Un höher macht mer se, daß mer nuntergehen kann, grad wie früher als d' Markte wer, wo auch mehr verlangt hawe, wenn eine kommen isch, wo handelt. Da hat sich plötzlich die Madam Dürrspindel b'sonne, daß se drowe Kartoffel auf' Feuer hätt, awer ich hab g'sagt, „Numme noch bliewe, jetz sin se doch schon verbrennt, „ich hab Ihne ganz was b'sonders noch zu sage. Wie isch denn des mit Ihre sozialdemokratische Minischter?? Als Minister im Reichsrat hawe die meischte doch für die Zöll g'schtimmt, sonscht wär die Vorlag gar nit bis an de Reichstag komme. Im Reichstag awer da hawe dann die gleiche Herre als Abgeordnete ferlich dagege g'redet un g'schtimmt. Isch des auch e G'sinnung? Isch das Anschtand? Da lob ich mir's Zentrum. Des hat die Notwendigkeit eing'sehe un hat klar un ehrlich so g'schtimmt, wie' das Wohl des Vaterlands erfordert hat, un nit doppelzüngig un agitatorisch. Un 's hat sich Müh gewe, daß die Getreidezöll nit Mindestzöll werde, daß se also nunterg'setzt werde. Un der Zolltarif gilt ja au nur bis Ende 1926. So, un jetz könne se geh, jetz riech ich Ihre Kartoffle au. Komme Se runter, wenn meine kocht sinn, gew ich Ihne frische."

So hab ich g'sagt. Un ich weiß au, warum jetz wieder bei de Landtagswahle 'd Zollheiz trieme wird. Jetzt komme die Frage der christliche Schul auf's Tapet, un da möchte die Herre wider unter sich sein, um ihre Plänle für e weltliche Erziehung durchzusetze. 'S weht überhaupt wieder so e Kulturkampflüftle. Mir Fraue sin awer nit so dumm, Herr Chefredakteur. Ich versprech Ihne, daß wir alle Wahlfreiheit abschütle, un eifrig für unser Zentrum zur Wahl gehn.

Und damit grüßt Ihnen.

Ihr wohlgeneigtes Bienchen Truchtelfinger.

Badische Landeswetterwarte

Allgemeine Witterungsübersicht. Die Aufgleitlinie des westlichen Tiefdruckgebietes hat Baden gestern abend ca. 10 Uhr überschritten und liegt heute etwas östlich der Elbe. Der Temperaturanstieg betrug in der Rheinebene ca 10 Grad, in höheren Lagen 5 Grad. Am Nachmittag und in der Nacht fielen leichte Niederschläge. Ein Rest des Hochdruckgebietes liegt über den Alpen und verursacht heute früh in Südwestdeutschland leichte Föhnaufheiterung. Doch ist bald erneute Trübung mit Niederschlägen zu erwarten.

Wetteraussichten für Donnerstag, 22. Okt. 1925: Wechselnd bewölkt, zeitweise Regenfälle, mild, südwestliche Winde.

---

liches Risiko bedeutet, hat sich für private Versicherung ein weites Betätigungsfeld erschlossen.

Kaufmännische Angestellte sind, je nach der Art ihrer Tätigkeit, besser bezahlt. Wenn ein im Bundeskongreß gestellter Antrag, Regelung des Arbeitsverhältnisses der Angestellten betr., Annahme erführe, dann würde Brasilien das Dorado für Angestellte. Doch wird darin zuviel verlangt, So soll ein Angestellter, dem ohne triftigen Grund gekündigt wird, grundsätzlich Anspruch auf 3 Monate Gehalt haben, außerdem für jedes bei der betr. Firma tätig gewesene Jahr einen weiteren Monat Gehalt. Sodann sollen die Angestellten einer Firma mit 10 Prozent am Reingewinn beteiligt werden. Die Ferienzeit soll je nach Dienstzeit 5—30 Tage pro Jahr betragen usw. usw. Eine hiesige Zeitung kommentiert dazu: Es scheint, daß der Antrag zu weit geht und keine Aussicht auf Genehmigung hat, wenn nicht genügend Wasser in den Wein gegossen wird. — Und wasserarm ist Brasilien nicht.

Eine Krankenversicherung wäre sehr notwendig, denn die Arzt- und Apothekerrechnungen sind nicht klein. Ich habe z. B. für eine Injektion von Schlangenserum, als ich von einer Jararáca gebissen war, 30 000 bezahlt, ein Preis, der für ein wirklich wirksames Gegenmittel gegen Schlangengift immerhin noch angemessen ist. Dieses Serum wird in dem einzig in der Welt dastehenden, vorbildlichen Institut von Butantan bei Sao Paulo hergestellt, indem man Pferde durch eine eingeimpfte immer größer werdende Dosis Gift, das man eigens dazu gehaltenen Schlangen entnimmt, immun macht. Das den Pferden entnommene Blut wird sodann zu Serum präpariert.

Von sämtlichen akademischen Berufen haben es die Aerzte verhältnismäßig am leichtesten, sich zu installieren. Angehörige anderer freier Berufe müssen sich immer erst als Angestellte durchschlagen, wenn es ihnen überhaupt gelingt, eine Stellung zu finden. In Santos erzählte mir ein Mecklenburger Bauernsohn, der im Hinterlande als Rodungs-(Wald-)arbeiter beschäftigt gewesen war, daß sie einen deutschen Dr. phil. als Kollegen gehabt hätten, der aber unter der ungewohnten schweren Arbeit zusammengebrochen sei. Ausländische Aerzte, die hier praktizieren wollen, sollen erst eine Prüfung an einer hiesigen medizinischen Fakultät in der Landessprache ablegen. Aber es wird überall nicht so heiß gegessen, wie gekocht wird. Es wurde sogar ein Antrag eingebracht, wonach jeder ausländische Arzt nochmals ein Abiturium an einem hiesigen Gymnasium zu machen habe. Dieser Antrag wurde aber selbst von brasilianischen Aerzten angefochten mit dem Hinweis, daß eine solche Bestimmung das Kurpfuschertum unterstützen hieße, das ohnedies in hoher Blüte steht. Auf Aberglaube mit seinen Begleiterscheinungen, wie Gesundbeten, Besprechen, Zukunftslesen aus den Spielkarten usw. stößt man nämlich allenthalben. Unwissenheit und Aberglauben sind eben immer unzertrennliche Geschwister.

Es ließe sich noch so vieles sagen über Schulwesen, Kulturbestrebungen usw. Wenn es gewünscht wird, werde ich demnächst auch darüber einige Beobachtungen mitteilen.

Alles in allem, Leben läßt sich hier! Ehrliches Streben und Willen zum Fortkommen werden auf die Dauer auch hier belohnt. — Aber man kann auch als Mann manchmal mit Maria Kahle, der deutschen Brasilienbichterin, fühlen, die singt:

Myrrhen, Malven, Passifloren
Blühen und duften an den Mauern
Meines kleinen weißen Hauses,
Rosen ranken an den Toren,
Aber meine Lieder trauern.

Blühend blaut der Himmel nieder.
Neppiggrüne Felder tragen
Brot und Wein an meine Schwelle,
Frühling folgt dem Sommer wieder,
Aber meine Lieder klagen.

Eine Hütte fern im Norden,
Wo die grauen Stürme wehen,
Ach, ein armes Dach im Regen
Ist mein liebster Traum geworden,
Könnt' ich Deutschland wiedersehen.

Handel * Wirtschaft * Verkehr

Die Wiederaufbauarbeit der ländlichen Zentralkassen

In den nächsten Tagen erscheint im 31. Jahrgange das „Jahrbuch des Reichsverbandes der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften 1925“ im Selbstverlage. Wir sind schon jetzt in der Lage, aus der umfangreichen Schrift, die einen genaueren Einblick in alle Arbeitszweige der landwirtschaftlichen Genossenschaften und in die Ergebnisse des letzten Geschäftsjahres der dem Reichsverband angeschlossenen Zentralkassen und landwirtschaftlichen Hauptgenossenschaften gestattet, einen allgemein interessierenden Abschnitt, und zwar die Darstellung der Vorgänge auf dem Gebiete des genossenschaftlichen Geldverkehrs wiederzugeben. Die Redaktion.

Mit der Rückkehr zu stabiler Währung durch Schaffung der Deutschen Rentenbank hat auch das genossenschaftliche Geld- und Kreditwesen wieder eine ganz andere Bedeutung wie in den letzten Jahren erlangt, trotz des Verlustes der eigenen und fremden Mittel, trotz des immer schärfer hervortretenden Kapitalmangels. Die Flucht in die Ware hat aufgehört, ja sie hat sich beim Uebergang in die feste Währung zum Teil als unheilvoll erwiesen, so richtig sie auch in der Inflationszeit war. Wer es nicht verstanden hat, sich rechtzeitig von seiner Ware zu befreien, oder wer es aus mangelndem Vertrauen verabsäumte, hat vielfach nicht unwesentliche Verluste erlitten. Jetzt heisst es wieder wie in den ersten Jahrzehnten des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens Kapitalien schaffen, und das ist heute sehr viel schwieriger als damals, nicht nur deshalb, weil Deutschland im ganzen und weil im besonderen seine Landwirtschaft verarmt sind, sondern aus dem Grunde, weil damals die ganze genossenschaftliche Entwicklung aus der genossenschaftlichen Geld- und Kreditorganisation hervorging, sich mit ihr ausdehnte und auf ihr aufbaute. Heute ist ein weit verzweigtes Genossenschaftswesen mit zum Teil grossen Einrichtungen vorhanden, es muss weiterarbeiten, wenn es nicht zugrunde gehen soll. Ihm fehlt aber das wichtigste, das Rückgrat, die finanzielle Stütze, die ihm früher die genossenschaftliche Geldorganisation mehr oder minder aus eigenen Mitteln bot. Bis sie hierzu wieder in der Lage sein wird, wird noch geraume Zeit vergehen, da die Landwirtschaft zur Kapitalneubildung — und darauf kommt es an — vorläufig nicht oder wenigstens nicht in nennenswertem Masse kommen wird. Trotz dieser bitteren Erkenntnis wäre es verkehrt, die Hände in den Schoss zu legen, im Gegenteil muss jede Kraft angespannt werden, um allmählich das Ziel zu erreichen. Alle verantwortungsvollen Stellen müssen hier Hand in Hand miteinander arbeiten, kein Mittel, das Erfolg verspricht, darf unbenutzt bleiben. Durch die Berichte aller Zentralkassen geht die dringende Mahnung: Sorgt dafür, dass jeder freiwerdende Pfennig den örtlichen Spar- und Darlehnskassen zugeführt wird. Den örtlichen Spar- und Darlehnskassen ist damit eine verantwortungsvolle Aufgabe zugefallen, auf ihre Arbeit kommt es in erster Linie an, ihre vornehmste Tätigkeit muss auf die Wiedererweckung und Pflege des Sparverkehrs gerichtet sein.

Solange es nicht gelungen ist, wieder über eigene Mittel in erforderlichem Umfang zu verfügen, solange wird auch der Kreditverkehr mit von aussen kommenden Mitteln abgewickelt werden müssen. Es ändert daran nichts, dass die von der Rentenbank kommenden Mittel auch aus der Landwirtschaft herrühren. Es sind doch „fremde“ Mittel, weil sie von den Genossenschaften selbst nicht zusammen gebracht worden sind.

Das Kreditsystem hat dadurch eine völlige Aenderung erfahren, dass die übliche Kreditunterlage heute der Wechsel bildet. Der Unterschied gegen früher wird erst deutlich, wenn berücksichtigt wird, dass es das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen und seine Kreditorganisation gewesen ist, welche den Wechsel aus der Landwirtschaft, zum mindestens aus der bäuerlichen Landwirtschaft verdrängt hatten. Grund dafür war die Erkenntnis, dass sich der Wechsel als Kreditinstrument für landwirtschaftliche Gebiete bei dem langsamen Geldumsatz in der Landwirtschaft nicht eignet. Das gilt selbstverständlich auch heute noch, und der Wechsel ist nur ein aus der zeitigen Notlage erforderlich gewordenes Uebel. Ihn aber, und zwar so schnell wie möglich auszuschalten, muss in jeder Weise versucht werden. Doch auch die Kreditzuweisung an die einzelnen Genossenschaften vollzieht sich nicht ohne Schwierigkeit. Es musste auch hier eine Regelung eintreten. Eine Zentralkasse berichtet, dass sie seit dem 1. Oktober vergangenen Jahres wieder in der Lage war, jeder Genossenschaft einen festen Kredit, den sogenannten ordentlichen Kredit zuzweisen, der freilich den Verhältnissen entsprechend ziemlich gering ausfallen musste. Im übrigen konnten die Zentralkassen nur kurzfristigen Betriebs-, aber keinen langen Anlagekredit gewähren, wenngleich die Einzelgenossenschaften diese Grenzen nicht immer so streng, wie es notwendig gewesen wäre, gezogen haben. Aus allen Berichten geht hervor, dass unbedingt für die Möglichkeit der Gewährung von Realkredit wieder gesorgt werden muss, erst damit ist auf eine fühlbare Entlastung des Personalkreditgeschäfts zu rechnen. An der Zuführung der länger fristigen Sonderkredite haben sich die Zentralkassen im Rahmen ihres Geschäftsumfangs beteiligt, obgleich sie dadurch zum Teil nicht unerhebliche Mittel zusetzen mussten.

Sehr wenig zufriedenstellend war die Gestaltung der Zinspolitik infolge des Fehlens eigener Mittel. Klar stellte sich heraus, dass eine generelle Regelung geschäftlicher Dinge nicht durchführbar ist. Die Rentenbankkredite mussten zu vorgeschriebenem Zinsfuss weitergegeben werden. Dabei wurde nicht berücksichtigt, dass eine Zinsspanne, die für grosse ertragreiche Geschäftsvorfälle bei den Banken ausreicht, nicht genügt, wenn es sich um die Weitergabe der Kredite in kleinen Verhältnissen handelt, in denen die einzelnen Geschäftsvorfälle im Verhältnis ungleich mehr Kosten und Arbeiten verursachen.

Es war und ist eine mühevolle Arbeit, allmählich wieder aufzubauen, aber die Berichte der Zentralkassen berechtigen zu der sicheren Hoffnung, dass den jetzigen Anfängen ein, wenn auch allmählicher, so doch guter Fortgang beschieden sein wird. In der Hauptsache haben die Spar- und Darlehnskassen die Arbeit, die in der Inflationszeit ins Stocken und vielfach zum Erliegen gekommen war, wieder aufgenommen und standen am Schluss des Berichtsjahres wieder mit der Zentralkasse im Verkehr. Langsam beginnt auch wieder die Ansammlung neuen Kapitals, und damit wird die genossenschaftliche Kreditorganisation, wenn auch zögernd, so doch immer fortschreitend, wieder ihre alte Kraft gewinnen.

Kursberichte

Berliner Devisen

	20. Oktober Geld	20. Oktober Brief	21. Oktober Geld	21. Oktober Brief
Amsterdam	168.59	169.01	168.62	169.04
Buen.-Aires	1.728	1.732	1.727	1.731
Brüssel	19.115	19.155	19.12	19.16
Oslo	85.67	85.89	85.89	86.11
Kopenhagen	105.22	105.48	104.23	104.49
Stockholm	112.19	112.47	112.23	112.51
Helsingfors	10.582	10.592	10.551	10.591
Italien	16.72	16.76	16.767	16.805
London	20.300	20.350	20.313	20.363
New-York	4.195	4.205	4.195	4.205
Paris	18.485	18.525	18.53	18.57
Schweiz	80.79	80.99	80.80	80.81
Spanien	60.17	60.33	60.17	60.33
Japan	1.723	1.727	1.726	1.730
Rio de Janeiro	0.631	0.633	0.628	0.630
Wien	59.13	59.27	59.12	59.28
Prag	12.42	12.46	12.42	12.46
Jugoslavien	7.445	7.465	7.44	7.46
Budapest	5.87	5.89	5.87	5.89
Sofia	3.05	3.06	3.05	3.06
Lissabon	21.225	21.275	21.075	21.125
Danzig	80.52	80.72	80.57	80.77

Berliner Effekten

	20. X	21. X		20. X.	21. X
5% Dt. Reichsanl.	0.235	235½	Gaggenau	36.75	38¼
5% Pr. Konsols	0.27	0.25	Gelsenkirchen	82.—	83.—
5% Bad. Kohle	8.25	83.—	Ges. f. el. Untern.	116.25	115¾
5% Pr. Roggen	4.4	4.3	Gritzner	93.—	93½
5% Preuß. Kali	3.52	3.52	Hammersen	98.—	99⅓
Hapag	64.75	66½	Harpener	108.3	109.—
Nordd. Lloyd	71.—	73½	Höchster Farben	122.2	121.½
Darmst. Bank	106.—	106.—	Holzmann	52.75	52⅝
Dt. Bank	108.—	108.—	Karls. Masch.	32.—	31½
Disk. Kommandit	103.5	104.—	C. H. Knorr	46.—	46¼
AEG Stamm	97.1—	96¾	Kollm. Jourdan	68.—	65.—
Bad. Anilin	124.20	123½	Köln Rottweil	88.75	78.—
Bad. Zucker	55.5	55¾	Leopoldsgrube	60.75	60¼
Bergmann	77.—	77.—	Mannesmann	—.—	49.—
Berl. Karls.	75.⅛	75¼	Maximiliansau	85.—	—.—
Beroelius	27.5	26.—	Neckarsulm	—.—	—.—
Dt. Lux	77.5	74¾	Oberbedarf	50.5	48.—
Dt. Eisenbahns.	53.—	53.—	Orenstein	64.25	67¼
Dt. Kali	25.37	25.1	Phönix Bergbau	74.25	74.8
Dynamit Nobel	77.75	78.—	Romb. Hütte	32⅛	33.—
Elb. Farben	122.—	120½	Sinner	64.—	62.—
Els. Bad. Wolle	32.5	31.6	Zellst. Verein	53.—	52.—
Fuchs Waggon	0.4	0.4	Cellst. Waldhof	85.5	85½

Berliner Börsen-Stimmungsbild

TU. Berlin, 21. Okt. (Funkspruch.) Die bisher zwar nicht dementierten, aber auch nicht bestätigten Gerüchte, dass man in Amerika der völligen Freigabe des deutschen Eigentums nähertreten wolle und dass hierfür bereits eine Mehrheit im Weissen Hause vorhanden sei, drückten der heutigen Börse ihren Stempel auf. Das Geschäft in allen Werten, die Interesse an dieser Meldung haben, war teilweise sogar stürmisch. Während an den Börsen der letzten Tage hiervon fast nur Schiffahrtswerte und gestern auch amerikanische Eisenbahnwerte profitieren konnten, standen heute einzelne Spezialwerte, deren Interessen nach Amerika tendieren, im Vordergrunde. So haben Stöhr-Kammgarn die sensationelle Steigerung von 17 Pzt. zu verzeichnen. Schiffahrtswerte gewannen weiter etwa 2 Pzt. Lebhaft gesucht waren auch in demselben Zusammenhang Berliner Handelsgesellschaft mit einer Steigerung von 3½ Pzt. Im übrigen war das Geschäft gering. Doch waren Montanaktien in Verbindung mit den jüngsten Nachrichten über das Zustandekommen des Eisentrusts fester bei Steigerungen bis zu 1½ Pzt. Die übrigen Schwankungsmärkte waren vernachlässigt und wenig verändert. Von heimischen Renten stehen nach wie vor Schutzgebietsanleihen im Vordergrund des Interesses. Dieses Papier tritt angesichts der spekulativen Momente, die darin liegen, immer mehr in die Fusstapfen der Kriegsanleihe. Es sollen grosse Prämienengagements laufen (6,30). Kriegsanleihe leicht befestigt 0,235. Der Geldmarkt bleibt flüssig. Tägliches Geld wird mit 8—10 Pzt., Monatsgeld mit 10—11 Pzt. genannt.

Der Internationale Devisenmarkt zeigt nur geringfügige Veränderungen. Der französische Frank bleibt angesichts des Fiaskos der Anleiheoperationen schwach. Paris gegen London 109½. Der belgische Franken notiert in London unverändert 106¼. Nordische Valuten kaum verändert. Die Mark notiert in London 20,33; Amsterdam 59,23½.

Im einzelnen waren am Terminmarkt Harpener + 1¾, Oberbedarf + 1, Orenstein ebenfalls in Verbindung mit dem Amerikagerücht + 3½, Hapag + 2⅛, Nordd. Lloyd + 2¾. Bankaktien mit Ausnahme der bereits genannten Berliner Handelsanteile kaum verändert, nur Kommerzbank — 1. Von sonstigen Schwankungskursen sind zu nennen Schles. Zink mit einer erneuten Steigerung von 2 Pzt., Berliner Maschinen + 1¼, Voigt & Häffner + 2½, Gebr. Junghans — 2¼. Erdölwerte kaum verändert. Von ausländischen Renten waren Ungarn Gold weiter fest + 0,4; Türkenwerte abgeschwächt. Im Verlauf der ersten Stunde war das Geschäft zwar gering, doch blieb die Kursgestaltung stabil. Teilweise waren noch leichte Befestigungen gegen die ersten Kurse zu verzeichnen. Schutzgebietsanleihe abbröckelnd 6,22½.

Frankfurter Börse

TU. Frankfurt a. M., 21. Okt. (Drahtbericht.) Bei recht unbedeutendem Geschäft verkehrte die Abendbörse zu gehaltenen, vereinzelt zu gering gebesserten Kursen. Für Anleihen bestand keinerlei Interesse. Schutzgebietsanleihen wurden etwas reger umgesetzt und gingen zum Schluss im Freiverkehr zu 6225 um. Kriegsanleihen wurden zu 0,230 und 232½ gehandelt. Gut erholt zeigten sich Schiffahrtsaktien. Die Abendbörse schloss in ruhiger, behaupteter Haltung.

Deutsche Anleihen: Schutzgebiet 6000. — Ausl. Renten: ung. Goldrente 11,9; 4½proz. 1924er Ungarn 10,85. — Bankaktien: Commerz ult. 94; Darmstädter ult. 107; Deutsche Bank 108; Diskonto ult. 104; Dresdner 100¾; Metallbank 80; Mitteldeutsche Kredit 90; Reichsbank 135¼. — Montanaktien: Harpener ult. 108,5; Phönix 74,5. — Chemische Aktien: Scheideanstalt 94; Th. Goldschmidt 98½; Höchster Farben 121½; Holzverkohlung 50,5. — Schiffahrtsaktien: Hapag ult. 66¾; Nordd. Lloyd 73½. — Industrie-Aktien: AEG. 97¼; Dyckerhoff & Widmann 34¼; Elektrisch Licht und Kraft 94; Junghans 56; Hammersen 99,5; Neckar Stamm 77½; Wayss & Freytag 75,5; Offstein Zucker 53,62.

Wirtschafts-Rundschau

Geschäftsberichte

TU. Daimler-Benz A.-G. Das Ergebnis des abgelaufenen Geschäftshalbjahres wird angesichts der Situation, in der sich die gesamte deutsche Automobil-Industrie befindet, immer noch als befriedigend bezeichnet. Durch Umstellung konnte der Einstandspreis für Personenwagen derart vermindert werden, dass die Verkaufspreise ab 1. Oktober wesentlich herabgesetzt werden konnten. Dadurch ist die Beschäftigung der Werke für Personenwagen vorläufig sichergestellt. Die Lastwagenabteilung beider Unternehmungen sind auf Monate hinaus ebenfalls mit Aufträgen versehen. Ueber die Durchführung der Fusion beider Gesellschaften sind für die nächste ordentliche Generalversammlung Beschlüsse in Aussicht genommen.

Konkurse

TU. Karlsruhe, 17. Okt. Ueber das Vermögen der Firma Schmitt und Weisflog, hier, wurde das Konkursverfahren eröffnet. Anmeldefrist 16. November. Gläubigerversammlung 4. November. Prüfungstermin 2 Novbr.

TU. Philippsburg, 17. Okt. Das Konkursverfahren über das Vermögen des Pferdehändlers Adolf Disson in Oberhausen (Amt Bruchsal) wurde mangels Masse eingestellt.

TU. Bruchsal, 17. Okt. Ueber das Vermögen der Firma Franz Ries in Mingolsheim wurde das Konkursverfahren eröffnet. Anmeldefrist 5. November 1925, Gläubigerversammlung 4. November 1925, Prüfungstermin 12. November 1925.

TU. Mosbach, 17. Okt. Ueber das Vermögen der Firma Theodor Gräser, Kaufmann, Mosbach, wurde das Konkursverfahren eröffnet. Anmeldefrist 5. November 1925, Prüfungstermin 14. November 1925.

TU. Die Eisengiesserei und Maschinenfabrik Roth A.-G. in Ludwigshafen, die zum Barmat-Konzern gehört, ist nunmehr unter Konkurs gestellt worden. Aus diesem Grunde wird auf den 16. Nov. eine Versammlung der Gläubiger aus den im Juli ausgegebenen 400 000 Teilschuldverschreibungen zwecks Bestellung eines gemeinsamen Vertreters einberufen.

Warenmärkte

Landwirtschaftliche Produkte

Berliner Produktenbörse

TU. Produkten-Notierungen. (Ohne Termine.) Ammendorf Papier (Weizen märkischer 212 215; Anker-Werke (Roggen märkischer) 147 bis 151; J. P. Bemberg (Sommergerste) 205 bis 228; Bielefeld mech. (Winterfuttergerste) 164 bis 171; Bln.-Guben Hut (Hafer märkischer) 174—186; Chem. Fabrik Buckau (Mais loko Berlin) —; dto. Stamm-Prior (frei Waggon Hamburg) —; Dippe-Maschinen (Weizenmehl) 27—31; Düsseld. Weyer (Roggenmehl) 21¾ bis 24; Els. Bad. Wolle (Weizenkleie) 11; Gladenbeck (Roggenkleie) 8,9—9,2; Heidenau-Papier (Raps) —; Heilbronn Zucker (Leinsaat) —; Kostheim Cellulose (Viktoria-Erbsen) 26 bis 31.

TU. Produkten-Notierungen. (Ohne Termine.) Kunz Treibriemen (Kl. Speiseerbsen) 26—28; Luckau & Steffeh (Futtererbsen) 21—24; Marienhütte (Peluschken) —; Nauheim Säure (Ackerbohnen) —; Nordd. Lagerhaus (Wicken) 22—25; Rhein. Metall (Lupinen blau) —; Rhein. Cement (Lupinen gelb) —; Schles. Elektro (Seradella) —; W. A. Schelten (Rapskuchen) 15,2 bis 15,4; Stettin-Oderwerke (Leinkuchen) 22 bis 22,4; Teltow-Kanak Terrain (Trockenschnitzel 8,6—8,7; Thale Eisenhütte (vollw. Zuckerschnitzel) 20,4—20,5; Wernshausen (Torfmelasse) 9,5—9,6; Wickrath Leder (Kartoffelflocken) 14—14,4.

Karlsruher Marktpreise vom 21. Oktober.

Fleisch: (im allg. Pfd.) Ochsen- 1,10—1,24; Rind- 80—1,20; Kalb- 1,40—1,50; Kuh- 80; Hammel- 1—1,30; Schweine- 1,30—1,40; Gefrier- 74—78; Schinken roh 3; gekocht 2,80 bis 3,60; Schmer 1,40—1,60; Speck roh 1,40 bis 1,45; geräuchert 2,60—2,80; Dörrfleisch 2—2,40; Schweineschmalz inl. 1,25—1,80; ausl. 1,10—1,30; Rinderfett 50.

Wildbret: Hasen: Ragout 1—1,20; Schlegel 1,80; Ziemer 1,80; Reh: Bug 1,50; Ragout 1,20; Schlegel 2,50; Ziemer 2,50; Feldhuhn jung 2,50; alt 1,50; Wildenten 2,50.

Geflügel: Henne 2—4,50; junge Hahnen 1,30 bis 1,60; Gänse tot 1,70—1,80; Stopfgänse 2; Enten 1,50.

Fische: Felchen 1,50—2; Karpfen 1,60 bis 1,70; Hecht 1,40—1,80; Kabeljau 70—80; Rotzunge 1,20; Schellfisch 70—80; Schollen 1; Goldbarsch 50—60; Zander 1,50; Backfische 50 Pfg.

Speise-Kartoffeln: Bessere 1 Ztr. 3,30—3,80; Pfd. 4—5.

Frische Gemüse: Rosenkohl 32—45; Blumenkohl St. 50—1,20, Pfd. 40—50; Rotkraut 8; Weisskraut Ztr. 2,40—2,50, Pfd. 5—8; Wirsing 10—12; Spinat 15—20; Bohnen grüne 30 bis 35; Karotten Bund 10—15, Pfd. 12; Rüben gelbe 8—10; rote 8—10; weisse 4—6; Kohlrabi 15—20; Erbsen grüne 35; Schwarzwurzel 40 bis 60 Pfg.

Salate usw.: Kopfsalat einh. 5—15; Endiviensalat einheim. 5—15; Feldsalat 60—80; Sellerie 6—50; Meerrettich 20—60; Rettich 5—10; Radieschen 12; Gurken 20; Tomaten 30—45; Zwiebeln 10—15; Lauch 3—15.

Obst: Tafeläpfel Ztr. 18—36, Pfd. 20—40; Kochäpfel 15—18, 18; Tafelbirnen 42—50, 40—65; Kochbirnen 28—30, 30—40; Nüsse 40—50; Haselnüsse 1,20; Trauben 25—80; Orangen 10—25; Zitronen 5—15.

Dörrobst: Zwetschgen 50.

Eier: Frische Eier 18-20; Kisteneier 14-19.

Bienenhonig: 1,50—1,60.

Molkereiprodukte: Tafelbutter 2,40—2,60; Ausland 2,50—2,80; Landbutter 2—2,40; Schweizerkäse 2—2,40; Münsterkäse 1,80—2; Limburgerkäse 1,10—1,20; Kräuterkäse 15; Handkäse 4—15; Margarine 75—1,00.

Kastanien 20—40. — Quitten 35—40.

Vieh

TU. Pforzheimer Schlachtviehmarkt, 19. Okt. Auftrieb 29 Ochsen, 7 Kühe, 33 Rinder, 16 Farren, 338 Schweine. Marktlage ruhig. Preise für ein Pfund Lebendgewicht: Ochsen 55—58, Rinder 56—60, Ochsen und Rinder 50—58, Kühe 30—40, Farren 52—54, Schweine 95 bis 98.

TU. Haslacher Schweinemarkt vom 19. Okt. Auffuhr 243 Ferkel, Preise per Paar 30—65 Mk. Geschäftsgang gut.

TU. Freiburger Vieh- und Schweinemarkt vom 20. Okt. Auftrieb Ochsen 26, Farren 6, Kühe 18, Kälber 92, Rinder 7, Schweine 254. Preise: Ochsen 58—60, 50—58; Kühe 36—50; Farren 54—58; Kälber 82—88; Schweine 90 bis 95. Ueberstand bei Grossvieh und Schweinen. Tendenz langsam

TU. St. Georgen, 21. Okt. Der gestrige Kirchweihmarkt hatte unter dem Einfluss der schlechten Witterung sehr zu leiden. Auf dem Krämermarkt dürften deshalb nur wenige Verkäufer auf ihre Rechnung gekommen sein. Ein etwas lebhafteres Geschäft entwickelte sich in der Frühe auf dem Vieh- bzw. Schweinemarkt. Aufgefahren waren 103 Schweine, davon 91 Ferkel und 12 Läufer. Letztere galten 80 Mk. pro Paar, während für erstere 40—70 Mark bezahlt wurden. Die Tiere wurden bis auf einen kleinen Rest verkauft. Auf dem Viehmarkt waren aufgetrieben: 11 Ochsen, 7 Kühe, 9 Kalbinnen, 7 Rinder. Verkauft wurden 1 Paar Ochsen (zu 1200 Mk.), 1 Kuh zu 400 Mk., 3 Kalbinnen (310, 356, 625 Mk.), 2 Rinder zum Gesamtpreis von 692 Mk.

TU. Markdorfer Schweinemarkt v. 19. Okt. Auffuhr: 120 Stück. Darunter 2 Läufer und 118 Ferkel. Verkauft wurden das Paar Läufer zu 140 Mk., 38 Ferkel zu 68—70 Mk. Handel mittelmässig.

Metalle

Berliner Metallnotierungen

TU. Berliner Metallnotierungen vom 21. Okt. Elektrolythkupfer 137¾; Original-Hüttenrohzink (Preis des Zinkhüttenverbandes) —; Raffinadekupfer —; Original-Hüttenweichblei —; Originalhütten-Rohzink (Preis im freien Verkehr) 80—81; Remelted-Plattenzink von handelsüblicher Beschaffenheit 68—69; Originalhütten-Aluminium 235—240; desgl. in Walzen- oder Drahtbarren 245—250; Bankazinn, Straitzinn, Australzinn in Verk. Wahl —; Hüttenzinn —; Reinnickel 340—350; Antimon Regulus 134 bis 136; Silber in Barren 97½—98½.

TU. Pforzheimer Edelmetallpreise v. 21. Okt. Gold 2800—2810; Silber 98—98½—100; Platin 14½—14,90.

Karlsruher Standesbuchauszüge.

Todesfall. 20. Okt.: Regine Wolff, Witwe von Alfons Wolff, Kaufmann, 72 J. alt.

Herausgeber und Verleger: Badenia, A.-G. für Verlag und Druckerei, Direktor Wilhelm Johner, Karlsruhe i. B., Hauptschriftleitung: J. Th. Meyer. Verantwortlich für Nachrichtendienst, innere Politik und Handelsteil: Dr. Willy Müller-Reif, für auswärtige Politik und Feuilleton: Dr. H. A. Berger, für Anzeigen u. Reklamen: Joseph Huber, sämtliche in Karlsruhe, Adlerstraße 42. Rotationsdruck der Badenia, A.-G.
Sprechstunde der Redaktion nur 5—6 Uhr. Außer dieser Zeit nur auf telephonischen Anruf.
Berliner Redaktion: Joh. Hoffmann, Berlin NW 23, Brückenallee 13.

Amtliche Anzeigen.

Die Einrichtung und Reinhaltung der Bierpressionen betr.

Aufgrund der §§ 87 a und 94 P.Str.G.B., sowie des § 14 Ziff. 1 der Verordnung des Ministeriums des Innern vom 23. Dezember 1908, die Sicherung der öffentlichen Gesundheit und Reinlichkeit betr. (Gesundheitsverordnung), wird hiermit für den Amtsbezirk Karlsruhe, ausgen. die Stadt Karlsruhe, unter Aufhebung der bezirkspolizeilichen Vorschrift für den ehemaligen Amtsbezirk Karlsruhe vom 17. VII. 1905 obigen Betreffs und der bezirkspolizeilichen Vorschrift für den ehemaligen Amtsbezirk Durlach vom 6. I. 1904 gleichen Betreffs nach Zustimmung des Bezirksrats und nach erfolgter Vollziehbarerklärung des Herrn Landeskommissärs Karlsruhe vom 8. Okt. 1925 folgende

bezirkspolizeiliche Vorschrift

erlassen:

A. Allgemeines.

§ 1.

Bierdruckvorrichtungen sind nach Maßgabe der nachstehenden Bestimmungen einzurichten und jederzeit zu unterhalten. Sie unterliegen in dieser Richtung einer ständigen polizeilichen Beaufsichtigung.

Vor jeder beabsichtigten Neuanlage oder Hauptausbesserung einer Bierdruckvorrichtung ist dem Bezirksamt durch Vermittlung des Bürgermeisteramts mindestens 14 Tage vor Beginn der Ausführung unter Vorlage einer Planskizze und einer Beschreibung schriftlich Anzeige zu erstatten. Die Ingebrauchnahme einer neuen Bierdruckvorrichtung ist solange untersagt, als sie nicht vom amtlichen Sachverständigen geprüft und den nachstehenden Vorschriften entsprechend befunden wurde.

B. Arten der Bierpressionen.

§ 2.

Als Druckmittel darf nur flüssige Kohlensäure bezw. das aus derselben entbundene Kohlensäuregas (Kohlensäurepressionen) oder reine Luft (Luftpressionen) angewendet werden.

Die Verwendung von Apparaten, bei welchen durch Einwirkung von Salzsäure oder Schwefelsäure auf Magnesit (kohlensaure Magnesia) oder Kreide (kohlensaurer Kalk), Kohlensäure direkt in Gasform erzeugt wird, ist somit untersagt.

§ 3.

Bei Kohlensäurepressionen ist zum Zwecke der Verminderung des in der Kohlensäureflasche vorhandenen hohen Drucks auf dem Gebrauchsdruck zwischen die Kohlensäureflaschen und das Faß, in unmittelbarer Verbindung mit der Flasche, ein Reduzierventil (Druckminderungsventil) einzuschalten. Das Ventil muß mit einem Manometer und einem Sicherheitsventil versehen und letzteres so eingestellt sein, daß es sich bei Ueberschreitung eines Drucks von 1½ Atmosphären automatisch nach außen öffnet.

§ 4.

Bei Luftpressionen kann die Luftverdichtung durch mechanischen Druck (Kompressionspumpe), durch den Druck einer vorhandenen Wasserleitung oder durch den hydraulichen Druck eines höherstehenden Wasserreservoirs bewirkt werden.

Bei Verwendung von Wasserdruckapparaten muß die Preßluft nach dem Austritt aus dem Wasserdruckapparat durch ein Schauglas mit selbständiger Absperrvorrichtung (Schwimmerventil) geführt werden.

Wo der Luftdruck mittels Luftpumpe erzeugt wird, ist zur Verhütung von Verunreinigung durch die Oelung der Pumpe zwischen dieser und dem Luftkessel ein Oelfänger mit darauffolgender Watteschicht einzuschalten.

Die Anwendung von Bierpumpen, welche das Bier unmittelbar aus dem Fasse drücken, sowie von Spritzhahnen (Mussierhahnen), durch welche die Luft dem Bier im Trinkgefäß unmittelbar zugeführt wird, ist verboten.

C. Beschaffenheit und Reinhaltung der Luft- und der Kohlensäurepressionen.

§ 5.

Luftzuführung.

Die als Druckmittel benützte Luft ist entweder einem vom Staub und schädlichen Ausdünstungen freien Ort im Freien, oder, wo dies nicht tunlich ist, nur gut ventilierten, reingehaltenen Räumen zu entnehmen.

Vor dem Eintritt in den Apparat ist die Luft mittelst einer einfachen Filtriervorrichtung zu reinigen.

Als solche dient eine am äußersten Ende der Luftzuleitungsröhre angebrachte nach unten gebogene drichterartige Erweiterung von etwa 10 cm Durchmesser die mit einem Sieb versehen und mit Watte lose gefüllt ist, oder eine in die Luftzuführungsröhre vor der Pumpe eingebaute, zugängliche Filtriervorrichtung von 10 cm Durchmesser mit herausnehmbaren Sieb, ebenfalls mit Watte lose gefüllt. Die Watte ist mindestens alle 14 Tage zu erneuern.

§ 6.

Luftkessel.

Die Luftkessel müssen möglichst frei und zugänglich aufgestellt sein.

a) Neue Luftkessel müssen:

1. Vor der ersten Ingebrauchnahme durch den amtlich bestellten Sachverständigen (§ 17) auf mindestens 3 Atmosphären mittels Wasserdrucks geprüft und so gebaut sein, daß sie in ihrem Innern jederzeit untersucht und mittels einer am Boden oder in der Nähe des Bodens angebrachten ausreichend großen verschließbaren Oeffnung einer Reinigung unterzogen werden können. Am tiefsten Punkte ist ein Abflußhahn anzubringen.
2. Mit zwei Manometern, von denen sich das eine an der Zapfstelle befindet und einem Sicherheitsventil ausgerüstet sein.

b) Vorhandene, im Gebrauche befindliche Luftkessel müssen mindestens mit einem Manometer versehen sein. Außerdem kann bei diesem jederzeit eine Wasserdruckprobe durch den amtlich bestellten Sachverständigen auf amtliche Anordnung vorgenommen werden.

c) Sämtliche (auch die schon vorhandenen) Luftkessel müssen mit einem Fabrikschild versehen sein, aus dem die Herkunft, die laufende Fabriknummer und das Jahr der Anfertigung, sowie die Höhe des zulässigen Betriebsdrucks zu entnehmen ist.

§ 7.

Bierleitung.

Die Bierleitung soll den kürzesten Weg vom Bierfaß zum Zapfhahn einhalten und überall der Besichtigung und Reinigung zugänglich sein. Die dauernd oder vorübergehend vom Bier durchflossenen Röhren müssen aus reinem Zinn hergestellt sein, welches entsprechend § 1 Ziff. 2 des Reichsgesetzes vom 25. 6. 1887, betr. den Verkehr mit blei- und zinkhaltigen Gegenständen höchstens 1 Prozent Blei enthalten darf. Die lichte Weite dieser Röhren soll nicht unter 1 Kubikmeter betragen.

Zur Verbindung getrennter Röhrenteile dürfen nur starke und — vergl. § 2 Abs. 3 des obengenannten Reichsgesetzes — bleifreie Gummi-(Kautschuk-)schläuche verwendet werden. An den mit Bier in Berührung kommenden Teilen der Röhrenleitung sollen möglichst kurze, keinesfalls mehr als 1 Meter lange Gummiverbindungsstücke verwendet werden. Die Einschaltung einer Glasröhre zwischen Faß und Zapfhahn ist zulässig.

§ 8.

Bierfänger.

Um das Zurücktreten von Bier in den Luftkessel zu verhüten, ist zwischen dem letzteren und dem Faß ein Bierauffanggefäß (sog. Luftverteiler oder Biersack) einzuschalten, an dessen tiefster Stelle ein Hahnen sich befindet, damit das etwa zurückgestiegene Bier abgelassen werden kann.

Dieser Apparat besteht zweckmäßig aus einem leicht zu reinigenden, genügend großen zylinderischen Glasbehälter, doch sind auch andere Vorrichtungen, welche ein Zurücksteigen von Bier mit Sicherheit erkennen lassen, zulässig. In allen Fällen müssen diese Apparate an sichtbare Stellen angebracht sein.

§ 9.

Stocher.

Der sog. Stocher das vom Spundaufsatz bis auf den Boden des Zapffasses reichende Rohr, muß mit einem Rückschlag oder einem sogenannten „Lippenventil" versehen sein und muß aus außen und innen stark verzinntem Messing bestehen. Die Verzinnung hat den gesetzlichen Anforderungen zu entsprechen. Der Stocher muß im übrigen so beschaffen sein, daß er in allen Teilen, besonders im Innern, leicht gereinigt werden kann.

§ 10.

Kühlapparate.

Als Kühlapparate sind nur solche Einrichtungen zulässig, welche eine leichte und gründliche Reinigung der vom Bier durchflossenen Röhren im Innern ermöglichen. Wo die örtlichen Verhältnisse es gestatten, sind diejenigen Kühlvorrichtungen sehr zweckmäßig, bei welchen das Bier aus dem im Keller aufgestellten Zapffaß durch eine gerade Röhre zum Zapfhahnen des darüber befindlichen Ausschanks gepreßt wird.

§ 11.

D. Reinigung.

Die Bierdruckvorrichtungen sind stets in reinem Zustand zu halten.

Die Reinigung obliegt den Wirten oder ihren Stellvertretern.

§ 12.

Reinigung des Luftkessels.

Der Luftkessel muß mindestens zweimal im Jahre einer gründlichen Reinigung unterworfen werden.

Anläßlich der Reinigung des Luftkessels ist auch jeweils der nicht mit Bier in Berührung kommende Teil der Druckluftleitung zu reinigen.

Wenn ausnahmsweise einmal trotz Bierfänger oder anderer demselben Zwecke dienender Vorrichtung (§ 7) infolge eines Fehlers oder schlechten Funktionierens dieser Apparate Bier bis in den Luftkessel gelangen sollte, ist der letztere samt der Druckluftleitung unverzüglich gründlich zu reinigen.

§ 13.

Reinigung der Leitungen.

Die Bierleitungen, d. h. die dem Bierdurchlauf dienenden Teile der Pression, sind jeweils vor dem Anstecken eines neuen Fasses bezw. sobald eine Leitung frei und nicht sofort wieder benutzt wird, mit reinem Wasser zu durchspülen.

Außerdem sind die Wirte verpflichtet, alle 14 Tage mindestens einmal eine Reinigung der ganzen Bierleitung einschließlich der Einschaltungen mit gespanntem heißen Dampf oder mit heißer Sodalösung (etwa 30 Gramm calcinierte oder 90 Gramm kristallisierte Soda pro Liter Wasser) vornehmen zu lassen. Kaustische Soda (Aetznatron) und andere Präparate (Geheimmittel) dürfen nicht verwendet werden.

Nach jeder dieser Reinigungen ist mit heißem und zuletzt mit kaltem Wasser nachzuspülen.

Anläßlich der Revisionen durch den amtlichen Sachverständigen (§ 14) sind jeweils die Bierleitungsröhren und Stocher, in dessen Gegenwart und unter dessen Aufsicht auseinander zu nehmen, wobei alle Teile mit Durchziehbürsten gründlich zu reinigen sind.

E. Kontrolle.

§ 14.

Die Bierpressionen unterliegen der Revision durch den amtlich bestellten Sachverständigen, der die Einrichtung und vorschriftsmäßige Instandhaltung der Pressionen überhaupt, sowie die Schwenkvorrichtung für die Trinkgefäße (reine Beschaffenheit und Erneuerung des Wassers im Schwenkkessel) jeweils zu protokollieren hat. Die Zeit der Vornahme der Revisionen wird durch das Bezirksamt bestimmt. Regelmäßige Revisionen finden zweimal jährlich statt, doch können vom Bezirksamt jederzeit außerordentliche Kontrollen angeordnet werden. Die Wirte sind verpflichtet, dem Sachverständigen jederzeit den Zugang zu allen Teilen der Pression zu gestatten und ihm bei deren Untersuchung die erforderliche Unterstützung zu gewähren.

§ 15.

Der Sachverständige hat über die von ihm vorgenommenen Reinigungen und Revisionen Buch zu führen und das Revisionsbuch dem Bezirksamt auf dessen Anordnung jederzeit zur Einsichtnahme vorzulegen.

§ 16.

Von Erfüllung der einen oder anderen Vorschrift kann das Bezirksamt nach Anhörung des Gemeinderats Nachsicht erteilen.

§ 17.

Die Bestellung des Sachverständigen und die Festsetzung der ihm zukommenden Gebühren erfolgt nach Anhörung des Bezirksrats durch das Bezirksamt.

F. Strafbestimmungen.

§ 18.

Zuwiderhandlungen gegen obige Bestimmungen werden nach §§ 87 a und 94 P.Str.G.B. mit Geld oder Haft bestraft.

G. Gebührentarif für den Sachverständigen.

§ 19.

An Gebühren sind zu entrichten:

a) für die periodisch vorzunehmende Revision pro Pression (§ 14) 1.— R.M.,
b) für die Vornahme einer außerordentlichen auf amtliche Anordnung erfolgende Revision (§ 1 und § 14) 3.— R.M.,
c) Auslagen für Fahrten 4. Klasse und
d) pro Kilometer der zu Fuß zurückzulegenden Wegstrecken 0.20 R.M.

Die Gebühren werden von den Wirten zurückerhoben. O.Z. 155

§ 20.

Diese Vorschrift tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft. 9192

Karlsruhe, den 19. Oktober 1925.

Bezirksamt Abt. II a.

Die Benützung der vom Schwarzwaldverein angelegten Wege im ehemal. Amtsbezirk Durlach betr.

Mit Zustimmung des Bezirksrats und nach erfolgter Vollziehbarerklärung des Herrn Landeskommissärs vom 19. Oktober 1925 wird folgende

bezirkspolizeiliche Vorschrift

erlassen:

1. Die vom ehemaligen Bezirksamt Durlach erlassene bezirkspolizeiliche Vorschrift obigen Betreffs vom 7. Dezember 1891 wird hiermit aufgehoben.
2. Diese Vorschrift tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft. O.Z. 152

Karlsruhe, den 19. Oktober 1925.

Bezirksamt II a. 9190

Bekämpfung der Geflügelcholera betr.

Die Geflügelcholera unter dem Geflügelbestand der Karlsruher Geflügelzucht G. m. b. H. am Rheinhafen, Südl. Uferstraße 9—15, ist erloschen.

Die unterm 8. Oktober d. J. angeordneten Maßnahmen werden daher aufgehoben. O.Z. 154

Karlsruhe, den 19. Oktober 1925.

Bad. Bezirksamt — Polizeidirektion B.

Landtagswahl.

1. **Am Sonntag, den 25. Oktober,** findet die Wahl des badischen Landtags in der Zeit **von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr nachmittags** statt. Um 6 Uhr wird die Wahlhandlung geschlossen. Wer sich um 6 Uhr im Wahlraum befindet, darf noch wählen.

2. Wahlberechtigt ist nur, wer in der Wählerliste steht.

3. Es wird dringend empfohlen, die Benachrichtigungskarte, die jeder in die Wählerliste eingetragene erhalten hat, als Ausweis mitzubringen. Der Abstimmungsvorsteher ist berechtigt, weiteren Ausweis zu verlangen.

4. Welchem Wahlbezirke der Wähler zugeteilt ist, steht auf der Benachrichtigungskarte. Nur in diesem Bezirke kann er wählen (Ausnahmen siehe Ziff. 12).

5. An jedem Wahlgebäude, bei den Polizeiwachen, bei der Wahlgeschäftsstelle und am öffentlichen Anschlagbrett (Rathaus) ist ein Straßenverzeichnis angeschlagen, aus dem jedermann ersehen kann, zu welchem Wahlbezirk seine Wohnung gehört, in welchem Gebäude und in welchem Zimmer er zu wählen hat. Eine Uebersicht über die Einteilung der Stadt in Wahlbezirke ist an den Anschlagsäulen angeschlagen. Die Einteilung ist die gleiche wie bei den früheren Wahlen bis auf folgende Aenderungen: Es ist ein Wahlbezirk 1 a gebildet worden, dessen Wahllokal sich in der Telegraphenkaserne, Hardtstr. 86 d, Schulsaal Nr. 1, befindet; er umfaßt die Hardtstr. Nr. 128 bis Schluß und Nr. 86 bis Schluß, ferner Gneisenaustr., Karlsruher Weg, Kuckucksweg und Postweg. Diese Straßen sind aus Wahlbezirk 1, 2 und 4 ausgeschieden. Ferner sind die Rüppurrer Wahlbezirke Nr. 93 und 94 in das neue Schulhaus, Zimmer Nr. 19 und 26 verlegt, so daß sich nunmehr alle Rüppurrer Wahlbezirke im neuen Schulhaus befinden.

6. Im übrigen sind die Wahlräume die gleichen wie bei den früheren Wahlen. Sie befinden sich in Schulhäusern; nur in Grünwinkel und Daxlanden sind einige Wahlräume in den ehemaligen Rathäusern eingerichtet. Es befinden sich die

Wahlbezirke Nr.	im Schulhaus
1 a	Hardtstr. 86 d (Telegraphenkaserne), Schulsaal 1.
1—5	Hardtstr. Nr. 1
6—10	Kaiser-Allee Nr. 6.
11—18	Sofienstr. Nr. 147.
19—20	Kaiser-Allee Nr. 6.
21—24	Renckstr. Nr. 2 (Goetheschule).
25—30	Gartenstr. Nr. 22.
31—39, 42	Nebeniusstr. Nr. 34.
40, 41, 43—47	Schützenstr. Nr. 35.
48—49	Baumeisterstr. Nr. 22.
50	Kapellenstr. Nr. 1.
51, 54, 56	Tullastr. Nr. 57.
52—53, 55, 57—62	Karl-Wilhelmstr. Nr. 2.
63—65	Kapellenstr. Nr. 1.
66—69	Markgrafenstr. Nr. 28.
70—75	Markgrafenstr. Nr. 42.
76, 78	Erbprinzenstr. Nr. 18.
77, 79—80	Waldstr. Nr. 83.
81—87	Leopoldstr. Nr. 9.
88—90	Maria-Alexandrastr. 51.
91—92	Weinweg Nr. 2.
93—96	Neues Schulhaus, Rüppurr.
97—98	Rathaus Grünwinkel, Durmersheimerstr. 41.
99—100	Pfalzstr. Nr. 8.
101—102	Rathaus Daxlanden, Pfarrstr. Nr. 51.

7. Der Wähler erhält nach Betreten des Wahlraums einen **amtlichen** Briefumschlag und einen **amtlichen** Stimmzettel, mit dem er sich in die Wahlzelle begibt. Der Stimmzettel wird also **nicht** zugesandt.

8. Der amtliche Stimmzettel ist ein Einheitsstimmzettel von weißer Farbe. Er enthält die im V. Wahlkreis zugelassenen 11 Wahlvorschläge, und zwar den Namen jeder der 11 Parteien und jeweils unter dem Parteinamen die Namen der 4 ersten Bewerber (falls so viel auf dem Wahlvorschlag stehen). Die Parteien sind auf dem Stimmzettel mit der amtlichen Nummer versehen; die Numerierung ist am rechten Rand wiederholt. Neben der am rechten Rand stehenden Nummer ist bei jedem Wahlvorschlag ein Kreis eingedruckt.

9. In der Wahlzelle hat der Wähler in den Kreis der Partei, der er seine Stimme geben will, ein Kreuz einzutragen oder diese Partei durch Unterstreichen oder auf sonstige Weise kenntlich zu machen.

10. Sodann wird der Stimmzettel in den Briefumschlag gesteckt, der aber nicht zu schließen ist. Der Wähler tritt nunmehr an den Vorstandstisch, **nennt seine Wähler-Nr.** (die auf der Benachrichtigungskarte steht) und dann seinen Namen (auf Erfordern auch seine Wohnung). Wird der Name des Wählers in der Wählerliste gefunden, so übergibt der Wähler den **ungeöffneten** Briefumschlag dem Wahlvorsteher, der ihn ungeöffnet sofort in die Wahlurne legt. Die Ausweiskarte erhält der Wähler zurück.

11. Wählern, deren Eintrag in die Wählerliste nicht gefunden wird, wird empfohlen, sofort bei der städtischen Wahlgeschäftsstelle (Zähringerstr. 98) festzustellen, ob sie überhaupt in die Wählerliste aufgenommen sind und in welchem Bezirk.

12. Wer einen weißen Stimmschein erhalten hat, kann in jedem Wahlbezirk wählen, aber erst, wenn er den Stimmschein dem Wahlvorsteher, der ihn zu prüfen hat, abgegeben hat.

13. Stimmscheine werden von der städt. Wahlgeschäftsstelle noch bis Samstag, den 24. Oktober, 10 Uhr vormittags, ausgestellt; spätere Anträge können keinesfalls mehr berücksichtigt werden. Man stelle den Antrag unverzüglich, nicht erst am letzten Tag; andernfalls ist längeres Warten unvermeidlich. Genügender Ausweis (vor allem Benachrichtigungskarte) unbedingt erforderlich.

14. Der Abstimmungsvorsteher hat Stimmzettel zurückzuweisen, die nicht in einem amtlich abgestempelten Umschlag oder die in einem mit einem Kennzeichen versehenen Umschlag abgegeben werden oder denen ein durch den Umschlag deutlich fühlbarer Gegenstand beigefügt ist, ferner Stimmzettel solcher Wähler, die sich nicht in die Wahlzelle begeben haben.

15. Sollten solche Stimmzettel (Ziff. 14) doch abgegeben sein, so sind sie ungültig. Ungültig sind ferner Stimmzettel, die als nichtamtlich hergestellt erkennbar sind oder die nicht einwandfrei die Partei erkennen lassen, der der Wähler seine Stimme geben wollte oder die mit Vermerken oder Vorbehalten versehen sind.

16. Ein Bleistift (Blaustift) befindet sich in der Wahlzelle. Trotzdem wird empfohlen, daß jeder Wähler einen gespitzten Bleistift mitbringt. Wenn jeder Wähler seinen Bleistift und, wenn nötig, seine Brille schon **vor Betreten des Wahlraums** zur Hand hat, beschleunigt dies die Abwicklung der Wahlhandlung erheblich.

17. Das Wahlrecht ist persönlich auszuüben, also Vertretung durch andere unmöglich. Dagegen können Schreibunkundige oder Gebrechliche bei der ganzen Wahlhandlung, wenn sie diese nicht ohne Hilfe ausüben können, sich der Hilfe einer Vertrauensperson bedienen (auch in der Wahlzelle).

18. Die Wahlhandlung sowie die Ermittlung des Wahlergebnisses sind öffentlich. Es dürfen aber im Wahllokal weder Beratungen (von denen des Wahlvorstandes abgesehen) stattfinden noch Ansprachen gehalten werden. Der Vorstand kann Ruhestörer aus dem Wahllokal verweisen.

19. Man komme nicht erst in letzter Stunde zur Wahl. Erfahrungsgemäß ist der Andrang am Schluß am größten, am schwächsten zwischen 1 und 2 Uhr.

Karlsruhe, den 20. Oktober 1925

Der Oberbürgermeister.

Das Materialamt der Reichsbahndirektion Karlsruhe versteigert Freitag, den 23. Oktober 1925, vorm. 8 Uhr beginnend im Gerätehauptlager Karlsruhe, alter Personenbahnhof, Eingang Rüppurrerstraße alte, für Eisenbahnzwecke nicht mehr geeignete Geräte, darunter: Schränke, Tische, Bänke, Hobelbänke, Wasserständer, Karren, Schraubstöcke, Oefen, Herde, Abfallholz, Altmetalle. 9168

Gründung einer Zwangsinnung f. das Damenschneider- und Damenschneiderinnen Handwerk in der Stadt Karlsruhe.

Zur Aufstellung der Innungssatzungen gemäß § 24 V.-O. des Ministeriums des Innern v. 4. April 1898 und zur Wahl des Innungsvorstandes wird Termin auf **Dienstag, den 27. Oktober 1925,** nachmittags 3 Uhr, im kleinen Konzerthaussaal bestimmt. Hierzu lade ich alle selbständigen Damenschneider- u. Damenschneiderinnen der hiesigen Stadt ein.

Karlsruhe, 20. 10. 1925

Der Oberbürgermeister.

Raupenvertilgung.

Alle Obst- und Zierbäume sowie Gesträucher in Gärten, Höfen, auf Feldern und Wiesen, an Straßen, Wegen Dämmen sind bis spätestens 15 Februar 1926 von Raupennestern zu reinigen und die vorgefundenen Nester zu vertilgen. Nach diesem Zeitpunkt werde ich Nachschau halten lassen und bin genötigt, gegen Säumige strafend einzuschreiten, außerdem wird die Vertilgung der Raupennester auf Kosten der Säumigen erfolgen.

Karlsruhe, 19. 10. 1925.

Der Oberbürgermeister.

Beim städt. Wasenmeister, Schlachthausstraße 17, befinden sich folgende Fundhunde: 3 Schäferhunde m., 2 Schäferhundbastardm. 2 Pinscherbastard m. u. w., 1 Fox m., 1 Rottweiler m. u. 1 Schnauzerbastard w.

Nicht innerhalb 3 Tagen vom Eigentümer abgeholte Tiere werden getötet bezw. versteigert. 9186

Karlsruhe, 21. 10. 1925.

Städt. Schlacht- und Viehhofamt Karlsruhe

Herbstmesse 1925

findet in der Zeit vom 31. 10. bis 9. 11. 25 statt. Die Plätze zur Aufstellung kleiner Verkaufsstände werden am Freitag, den 30. Oktober, vormittags 9 Uhr, auf dem Meßplatz öffentlich gegen Barzahlung versteigert. Zusammenkunft am Eingang der Messe b. Schlachthof 9210

Karlsruhe, 20. Okt. 25.

Städt. Hochbauamt.

Für die Aufwertungsfragen sehr wichtig:

Dollar und **Goldmark**

Vergleichende Tabelle Januar 1919 bis Dezember 1923 zusammengestellt.

Preis 50 Pfennig.

Badenia A.-G. für Verlag u. Druckerei **Karlsruhe.**

Kath. Mütterverein U. L. Frau.

✝

Unser liebes Mitglied, Frau

Karolina Fischer

ist im Herrn entschlafen. Ihre Seele wird dem Gebete empfohlen.

Karlsruhe, 20 10.25.

Der Vorstand.

Seele

Monatsschrift im Dienste christl. Lebensgestaltung
Herausgegeben von
Dr. Alois Wurm

Die Zeitschrift will denen dienen, die von der Erschütterung d. Zeit, Schuld Leid und Gnade berührt, ein neues Leben von innen heraus ernsthaft versuchen

Bezugspreis jährl. 2.40 Mk. (Gold). Probeheft gratis

Jose Habbel Regensburg

Metallbetten

Stahlmatratzen, Kinderbett., direkt. an Private, Katalog 74R frei.. Eisenmöbelfabrik Suhl Thür.

Eine billige und schöne Serie 9214

Herren-Stoffe

144 cm Mk. **13,50** per Meter

Leipheimer & Mende

Billige

Kamelhaar-Schuhe

Laschenschuhe für Damen, mit Filz- und Ledersohle, verd. Naht	2.55
Umschlagschuhe für Damen, mit Filz- u. Ledersohle, verd. Naht	2.65
Schnallenstiefel für Damen, mit Filz- u. Ledersohle, verd. Naht	3.95
Laschenschuhe für Herren, mit Filz- und Ledersohle	2.95
Schnallenstiefel für Herren, mit Filz- u. Ledersohle	4.95

Schnallenstiefel für Kinder mit Kappe u. Fleck, Filz- u. Ledersohle	20/24	25/26	27/30	31/35
	2.75	2.95	3.25	3.75

TIETZ

Einzelverkauf von Fabrikaten sächs. Gardinen-Webereien

Seiden-Decorationsstoffen
einfarbig von mtr. . 3.30 an
bedruckt „ „ 5.— „
gewebt „ „ 6.— „
in modernsten Farben und Musterungen

Diwan- und Tisch-Decken
in Gobelin- und Moquette

Paul Schulz
vorläufiger Verkauf Gartenstr. 27 I
von Anfang Januar Waldstraße 33

---

6 Postkarten 5 Mk. an
Paßbild 2 „ „
Photo Mees
Schützenstraße 61.

Photo's
für
Pässe, Fahrkarten und Offerten
schnellstens 606
Rausch & Pester
Photogr. Atelier
Erbprinzenstraße 3

Clubmöbel
sowie alle 7856
Polsterarbeiten
liefert preiswert
A. Kammerer,
Erbprinzenstr. 26
Telefon 4388.

Back- u. Süß-Speisen-Kursus

erteilt von

Frau Dr. W. Jürgensen, Haushaltungslehrerin

Gründlicher Unterricht in der Bereitung einfacher bis feinster Backwaren und Süß-Speisen, Hefeteige, Brühteige, Torten, Blätterteige, Strudel, Creme, Kleingebäck usw.

— Die Herstellung geschieht im Gasherd —

Der Kursus findet im Saale des Restaurants zum **Palmengarten** Herrenstraße 34a statt.

Dauer: 5 Tage, täglich 3 Stunden, vormittags von 9 bis 12 oder nachmittags von 1/2 3 bis 1/2 6 Uhr.

Beginn: Montag, den 26. Oktober. Kursgeld 20.— G.-Mk.

Anmeldungen sind zu richten bis Samstag, den 24. Oktober 1925 an das städt. Gas-, Wasser- und Elektrizitätsamt (Gaswerbe-Abteilung), Kaiserallee 11, Fernsprecher 5350—5356, wo auch nähere Auskunft erteilt wird.

Eintracht.

Freitag, 23. Oktober, abends 8 Uhr
Einziger Lichtbilder-Vortrag
des
Fremdenlegionärs
MAX KIRSCH
über
I. Teil: Erlebnisse in der Fremdenlegion.
II. Teil: Im Lastkraftwagen von Berlin nach Ispahan. 9134
— Ueberall ausverkaufte Säle. —

Karten zu Mark 3.60, 2.40, 1.20 inkl. Steuer in der Musikalienhandlg. Kaiser-Ecke Waldstr.

Haupt-Vorverkauf für das Bad. Landestheater durchgehender Verkauf von 8—6 Uhr.

Fritz Müller

Badisches Landestheater

Donnerstag, 22. Oktober
A 6, Th.-G. III. S.-Gr
Kapitän Braßbounds Bekehrung
Ein Abenteuer in 3 Akten von Bernard Shaw.
In Szene ges. v. R. Volkner

Personen:

Sir Howard	Höcker
Lady Cicely	Ermarth
Braßbound	Baumbach
Leslie Rankin	Präter
Drinkwater	Müller
Johnson	Gemmecke
Redbrook	Dr. Storz
Hassan	Schneider
Marzo	Brand
Osman	Nißl
Muley	Dennig
Sidi el Assif	Leitgeb
Der Kadi	Herz
Kearney	Lieck
Blaujacke	Kienscherf

Anfang 8 Uhr
Ende halb 11 Uhr.
Sperrsitz 1. 4.20 Mk.

Es findet noch ein weiterer

Autosuggestions-Anfänger-Kursus

statt für prakt. Anwendung der Lehre

Coué's

Nichtmitglieder-Honorar für 8 Kursabende (jeweils v. 8—10 Uhr einmal wöchentl.) 8.—, Mitglieder die Hälfte.

Anmeldungen bis 25. Oktober an

Ges. für deutsche Geistes- und Lebens-Erneuerung, E. V.
Kornblumenstraße 3/III 9206

Trotz Aufschlag verkaufe noch
Pianos
von 900 — Mk. an
Sprech-Apparate
von 50 Mk. an.
Teilzahlung gestattet
Pianohaus G. KUNZ
Kronenstraße 10

Lebensbedürfnis Verein KARLSRUHE E.G.M.B.H.

Wir empfehlen unseren Mitgliedern:
Sehr schöne neue **Linsen**, weichkochend,
feinste **Frankfurter Bratwürste**, stets frisch,
Ia Filderfauerkraut,
geschälte gelbe **Viktoriaerbsen**, ganz und gespalten,
grüne **Erbsen**, ganz und gespalten,
neue **Grünkern**, ganz und geschroten,
geräuchertes **Dürrfleisch**, Schweinerippenstücke,
und **Wammerl ohne Knochen**,
bayr. **Bierwurst**, nordd. **Mettwurst** in klein. Stücken,
fste. **Göttinger** und **Salami**,
Krakauerwurst, Landjäger, ferner
alle Sorten **Frischwurst** aus erstkl. Fabrik.,
fstn. **Java-Tafelreis** in versch. Preislagen,
stets frisch gebrannten **Kaffee**
Guatemala und Santos,
schwarzen Tee, offen und abgepackt
in verschiedenen Sorten,
leichtlösl. **Cacaopulver**, garantiert rein,
offen und in Packung, 9184
Speise- und Milch-Schokoladen erster Fabriken,
Schokolade-Kleinpackungen, Taler, Napolitains,
Waldbaur Klein-Milch, Waldbaur Klein-Einzig.

36 Filialen.

Bach-Verein

Der Gesamtchor wird gebeten am **Donnerstag, den 22. ds. Mts.,** abds. 8 Uhr, im Saale des Konservatoriums, Sofienstrasse 43 **in dringender Angelegenheit** vollzählig zu erscheinen

Der Vorstand.

Privat-Tanzinstitut
A. Eisele
Vorholzstr. 56, 2. St. r.
Sprechstunde 11—12 Uhr, 1/2 5—1/2 7 Uhr
Anfänger-Perfection-Seniorenkurse
Einzel-Unterricht 9194

Harmonium

von Mk. 150 an
Katalog umsonst
Teilzahlung
Franko-Lieferung
H. Maurer
Kaiserstraße 176
Ecke Hirschstr.

Liederhalle Karlsruhe

Samstag, 24. Oktober 1925, abends 8 Uhr, im Saale zu den Drei Linden, Rheinstrasse 14

Operette - Singspiel

Programme gegen Vorzeigung der Mitgliedskarten a. Saaleingang. Einführung nicht gestattet. 9202

St. Konradskalender

Jahrgang 1924 wird zurückgekauft.

Badenia, A.-G., Karlsruhe

Schlafzimmer - Bilder

Preiswert. Bilder für alle Räume. Einrahmungen.
Valentin Schläfers Kunsthandlung.
Kaiserstr. 38

Linoleum!

Große Auswahl! Billige Preise!
Fritz Merkel, Kreuzstraße 25
Verlegearbeit wird übernommen.

Baubund-
Möbel
kaufen Sie preiswert
in solider Ausführung
bei der
Nebenstelle des Bad. Baubundes G.m.b.H.,
Schloßplatz 13
Eingang Karl-Friedrichstraße

Künstl. Gebisse

u. Gold, Silber, Platin, kauft zu höchsten Preisen
J. Geimann
Zähringerstraße 36.

Bad. Schwarzwaldverein

Ortsgruppe Karlsruhe.
Postscheckk. 220 Sparkl. 3333

I. Die Monatsblätter für Oktober (Nr. 10) bitte bei Herder, Herrenstrasse 34, abzuholen.
II. Für 1926 **neu** sich anmeldende Mitglieder, die schon vom 1. November l. J. an den Jahresbeitrag von 5 Mk. und 1 Mk. Aufnahmegebühr entrichten, erfreuen sich vom Tag der Einzahlung an aller Rechte der Mitglieder. 9204

Anmeldung bei Prof. Massinger, Matthystrasse 25 oder Oberrechnungsrat Noë, Englerstrasse 6.

Für den Wahlkampf

empfehlen wir die von der Zentrumsparteileitung offiziell herausgegebenen:

3 Wahlflugblätter

Nr. 1. Zentrum und Sozialpolitik im Landtag.
Nr. 2. Um was geht es?
Nr. 3. Wohin führt die Wahlfaulheit?

Partiepreise:

für Nr. 1	für Nr. 2	für Nr. 3
1000 Stück M. 13.—	1000 Stück M. 6.50	1000 Stück M. 6.50
500 „ „ 8.—	500 „ „ 4.—	500 „ „ 4.—
250 „ „ 5.—	250 „ „ 2.50	250 „ „ 2.50
100 „ „ 3.—	100 „ „ 1.50	100 „ „ 1.50
50 „ „ 2.—	50 „ „ 1.—	50 „ „ 1.—

Bestellen Sie sofort!

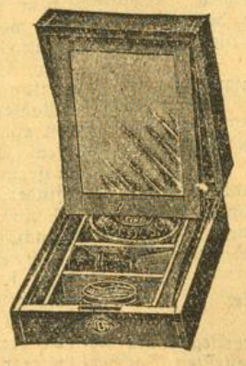
Badenia A.-G. f. Verlag und Druckerei Karlsruhe

Schütze Dich gegen Hautkrankheiten und rasiere Dich selbst.

Komplette Rasiergarnitur Nr. 500

Unübertroffen, praktisch und billig. Fein polierter Holzkasten mit Schloss und verstellbarem Rasierspiegel, enthaltend sämtliche Rasierutensilien: 1 fein hohl geschliffenes Rasiermesser für jeden Bart passend, fertig zum Gebrauch, 1 Streichriemen, 1 Dose Pasta, 1 Stück Rasierseife, 1 Rasierpinsel, 1 vernick. Rasiernapf, alles zusammen **nur Mk. 4.—**

Versand unt. Nachnahme oder gegen Vorauszahlung des Betrages.
Postscheck-Konto Nr. 11 606 Köln
Garantieschein: Nichtgefall. Ware tausche bereitwilligst um oder zahle Betrag zurück.



Carl Friedr. Machenbach
Solingen
Stahlwarenfabrik und Versandhaus
Gegründet 1825
Versand direkt an Private.
Jubiläums-Katalog
mit vielen Tausenden Gegenständen aller Warengattungen versende umsonst und portofrei,
Qualitätsware wie im Frieden.

Zum Storchen Mühlburg

Inhaber: **Franz Eberlin**
Rheinstr. 15, Haltestelle: Philippstr. — Tel. 4879

Jeden Donnerstag
Schlachttag
Bekannte Schlachtplatte Mk. **1.20**
Vorzüglicher Mittags- und Abendtisch
Anerkannt Ia naturreine Weine.
Neuer süsser Edenkobener
Sonntag
Frühschoppen
mit Zwiebelkuchen und frischabgekochten Knöchele.
— ff. Moninger Biere. — 9196

Eingetroffen 9216

Süßer Neuweierer

Creszens Büchelberg

Karl Blum, Stadt Pforzheim.

Brauchen Sie
Baustoffe
Brennstoffe
Düngemittel
Eisen, Draht
Bleche, Zink?
Ich liefere jede Menge ab Werk oder Lager franko Station oder frei Haus in nur erstklassigen Qualitäten
J. C. Roth, Wiesloch

Kaufe

Lumpen, Altpapier Keller und Speicherkram. 7594
Philipp Weniger,
Schwerkriegsbeschädigt
Blücherstr. 3